

Geschichte

Skript

Verfasser: Michael Volkart
16.8.2017

Inhaltsverzeichnis

1. Frühe Neuzeit: Humanismus, Reformation (S. 1–6)
2. Politische Revolutionen: USA, Frankreich, Schweiz (S. 7–19)
3. Industrielle Revolution und Industrialisierung (S. 20–23)
4. Gründung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert (S. 24–28)
5. Der Imperialismus (S. 29–35)
6. Der Erste Weltkrieg (S. 36–42)
7. Russische Revolutionen (S. 43–47)
8. Die Zwischenkriegszeit (S. 48–53)
9. Der Zweite Weltkrieg (S. 54–61)
10. Der Kalte Krieg (S. 62–69)
11. Die Entkolonialisierung (S. 70–74)
Literatur zur Vertiefung (S. 75–76)

1. Frühe Neuzeit: Humanismus, Reformation

Für die Epoche der frühen Neuzeit sind neben der politischen Entwicklung die durch Humanismus und Reformation hervorgebrachten Veränderungen von entscheidender Bedeutung.

Frühe Neuzeit

Die **frühe Neuzeit** ist eine Epoche der europäischen Geschichte und dauert vom Ende des 15. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Die frühe Neuzeit liegt damit zwischen dem **Mittelalter** (6.–15. Jh.) und der **Moderne** (seit Ende 18. Jh.).

In der frühen Neuzeit existierten im westlichen Europa bereits einige der bis heute bestehenden Staaten wie Frankreich, Spanien, Portugal und England. Im zentralen Westeuropa hingegen war die Staatenwelt stärker fragmentiert. Eine Vielzahl kleinerer Staaten waren im **Heiligen Römischen Reich** vereinigt. Dazu gehörten auch die Orte der heutigen Schweiz, die zusammen die **Alte Eidgenossenschaft** bildeten, aus der sich später die Schweiz entwickelte. In Osteuropa waren Ungarn, Polen, Litauen, Russland und das Osmanische Reich einflussreiche Staaten. Die verbreitetste Staatsform in dieser Zeit war die Monarchie.

Monarchie

Als **Monarchie** wird eine Staatsform bezeichnet, in der der Staat von einem Alleinherrscher – einem König – regiert wird. Das Recht zu regieren wird dabei oft innerhalb einer Familie weitervererbt. Monarchien existieren bis heute, wobei es sich bei modernen Monarchien meist um sogenannte **konstitutionelle Monarchien** handelt, in denen der Macht des Königs durch ein demokratisch gewähltes Parlament Grenzen gesetzt sind.

Ein typisches Merkmal der europäischen Gesellschaften des Mittelalters und der frühen Neuzeit war ihre Organisation in **drei Ständen**. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer ständischen oder feudalen Gesellschaft. Als *1. Stand* wird die Geistlichkeit (die Vertreter der Religion) bezeichnet, den *2. Stand* bildete der Adel (politische Herrscher). Der grösste Teil der Bevölkerung gehörte als Bauer oder Stadtbürger dem *3. Stand* an und lebte damit als Untertan.

Die Politische Organisation der Alten Eidgenossenschaft

Die Alte Eidgenossenschaft (siehe Karte unten) war ein relativ lockerer Verbund eigenständiger Orte und verbündeter (zugewandter Orte). Die Orte waren nicht monarchisch organisiert, wurden aber meist von einer kleinen und beschränkten Zahl von Herrscherfamilien regiert. In einigen Orten – wie beispielsweise Zürich – lag ein grosser Teil Macht bei den Zünfte genannten Verbänden von Handwerkern.

Die eidgenössischen Orte hatten eigene und gemeinsame Untertanengebiete. Gerade diese gemeinsamen Untertanengebiete erforderten, dass sich die Orte untereinander regelmässig besprachen. Diese regelmässig durchgeführte Versammlung von Abgeordneten der einzelnen Orte wurde **Tagsatzung** genannt. Von der Tagsatzung abgesehen existierte zwischen den eidgenössischen Orten aber keine gemeinsame Politik und auch keine staatlich-politische Einheit.

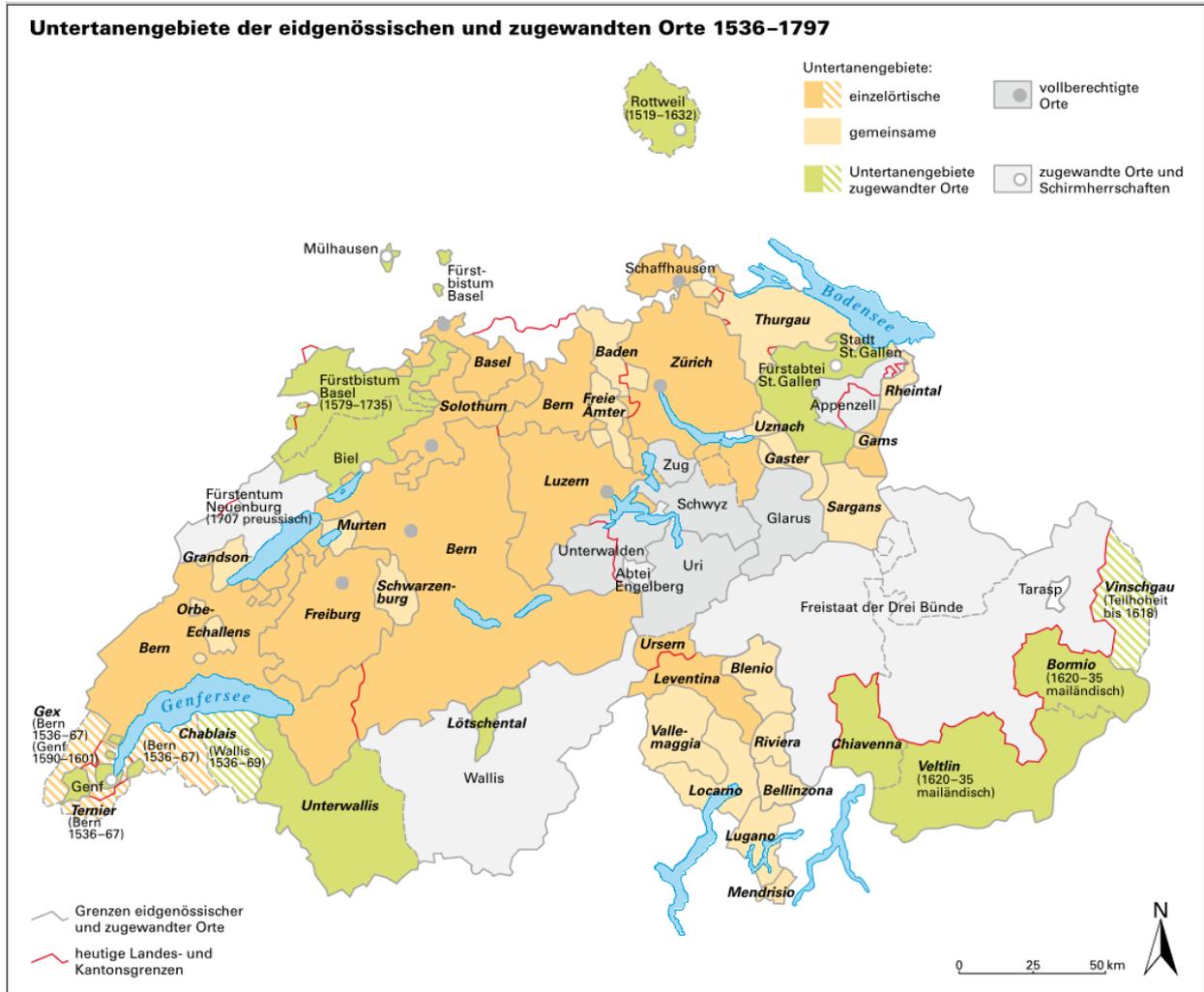


Abbildung 1: Eidgenössische Orte, Verbündete und Untertanengebiete in der frühen Neuzeit

Weltgeschichtliche Veränderungen ab dem 15. Jahrhundert

Spanien, Frankreich, Portugal, England und die Niederlande entdeckten und eroberten ab dem 15. Jahrhundert durch die Seefahrt Gebiete in Nord- und Südamerika sowie in Asien (Karte: SGB1, S. 187). In der „neuen Welt“ entstanden so Kolonien, die von den europäischen Staaten wirtschaftlich ausgebeutet wurden. Ein weltumspannender Handel entwickelte sich. Nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht kam es zu Beginn der frühen Neuzeit zu entscheidenden Veränderungen. In der italienischen Handelsstadt Florenz entstand die Bewegung des **Humanismus** und breitete sich über ganz Europa aus.

Humanismus

Der **Humanismus** (lat. humanus: menschlich) richtete sich gegen die starken religiösen Vorstellungen des Mittelalters und forderte, dass sich die Wissenschaft und die Kunst stärker am Menschen selbst ausrichten sollten. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere der Bildung eine wichtige Bedeutung zugesprochen.

Kirche und Kirchenkritik zu Beginn des 16. Jahrhunderts

Eine besonders wichtige gesellschaftliche Stellung hatte zu Beginn der frühen Neuzeit die katholische Kirche. Ein wichtiges Geschäft der Kirche war seit Beginn des 16. Jahrhunderts der Ablasshandel.

Ablasshandel

„Ablassprediger zogen im Auftrag der Kirchenfürsten durch das Land und predigten den Erlass der Sündenstrafen und die Verkürzung der Zeit im Fegefeuer durch den Erwerb eines Ablassbriefes. Für den Papst und die Angehörigen des hohen Klerus war das Geschäft mit der Angst der Menschen vor dem Tod und vor ewiger Verdammnis eine lukrative Einnahmequelle. Sie finanzierten mit dem Verkauf von Ablassbriefen sowie mit dem Handel mit Ämtern und Titeln prunkvolle Bauwerke und ihre verschwenderische Hofhaltung. Kardinäle, Bischöfe und Äbte lebten oft in Luxus und Verschwendung und herrschten wie weltliche Fürsten.“ (SGB 1, S. 196)

Grundlage für den Ablasshandel bildete die religiöse Vorstellung des Fegefeuers (purgatorium). Das Fegefeuer war der katholischen Lehre zufolge der Ort, an dem Menschen für ihre Sünden zu büßen hatten. Das Fegefeuer, so wurde erklärt, sollte die Seelen reinigen, bevor sie in den Himmel gelangten.



Abbildung 2: Die Vorstellung des Fegefeuers im Spätmittelalter

Der Ablasshandel war nur eines von vielen Problemen, die zu Kritik an der katholischen Kirche führten. Ein weiteres Problem war, dass die Gottesdienste einzig in lateinischer Sprache gehalten wurden und so für die meisten Menschen nicht verständlich waren. Ämter in der Kirche waren käuflich. Mit den Einnahmen aus dem Ämterverkauf und aus dem Ablasshandel wurde der Bau prunkvoller Bauwerke wie des Petersdoms in Rom finanziert.

Es war dieses problematische Vorgehen der Kirche, das anfangs des 16. Jahrhunderts in der **Reformation** zu einer radikalen Umgestaltung der Kirche führte. Bereits rund 100 Jahre früher

hatte **Jan Hus** (1370–1415) aus Böhmen – dem heutigen Tschechien – die Kirche heftig kritisiert. Hus war ein früher Vertreter des Reformationsgedankens. Eigentlicher Urheber der Reformation ab 1517 wurde der deutsche **Martin Luther** (1483–1546). Im Gebiet der heutigen Schweiz waren **Ulrich Zwingli** (1484–1531) und **Jean Calvin** (1509–1564) wichtige Vertreter der Reformation.

Reformation

Die **Reformation** (lat. *reformatio*: Erneuerung) war eine Erneuerungsbewegung der Kirche, die zur Spaltung in einen beim alten Glauben verbleibenden (katholischen) Teil und einen neugläubigen (reformierten) Teil führte. Als Auslöser der Reformation gilt die Veröffentlichung von 95 Thesen durch Martin Luther am 31. Oktober 1517, in denen Luther die gängige Praxis der Kirche stark kritisierte.

Luther forderte, dass sich die christliche Religion wieder stärker an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten solle. Er stellte die Position der Kirchenvertreter – der Priester, aber auch des Papstes – als Mittelpersonen zwischen Gott und den Menschen in Frage. Der Weg zu Gott war nach Luther etwas Individuelles und wurde durch den Glauben und das Bibelstudium ermöglicht.

Luthers Ideen wurden von der römischen Kirche abgelehnt und bekämpft. Der Papst verbot Luthers Schriften und er wurde aus der Kirche ausgeschlossen. In der Folge musste er sich auch vor dem **Kaiser** des Heiligen Römischen Reichs für seine Schriften verteidigen. Als Luther es ablehnte, seine Schriften zu widerrufen, wurde über ihn die **Reichsacht** verhängt – ihm wurden jegliche Rechte entzogen und er hätte getötet werden dürfen.

Luther hatte aber bereits zu viele Anhänger gewonnen, so dass er sich in Sicherheit wähnen konnte. Dafür war verantwortlich, dass es vielen weltlichen (nicht religiösen) Herrschern gelegen kam, wenn die Macht der Kirche eingeschränkt wurde, denn sie konnten damit ihre eigene Machtstellung ausbauen. Die Ideen der Reformation konnten sich darum in vielen Gebieten Europas durchsetzen.

Als Bewegung, die die etablierten Machttäger in Frage stellte, hatte die Reformation aber auch einen gewissen **revolutionären Charakter**. Dies zeigte sich in den zahlreichen Aufständen der Bauern im **deutschen Bauernkrieg ab 1524**. In diesen Aufständen forderten die Bauern, dass die Abgaben an ihre Grundherren reduziert und die Leibeigenschaft abgeschafft werden sollte. Die Bauern und ihre Anführer bezogen sich dabei explizit auf die Bibel, in der sie keine Grundlage für die herrschenden Verhältnisse vorfanden. Martin Luther stellte sich zu Beginn hinter die Forderungen der Bauern, doch mit der zunehmenden Gewalt änderte Luther seine Position und unterstützte die Fürsten, die die Bauern bekämpften. So wurden die Aufstände niedergeschlagen.

Auch auf dem Gebiet der heutigen Schweiz kam es in der Folge der Reformation zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Einige eidgenössische Orte traten zum neuen Glauben über, andere Staaten verblieben katholisch. In den **zwei Kappelerkriegen (1529, 1531)** konnten sich die Katholiken durchsetzen und erwirkten, dass keine weiteren Orte zum reformierten Glauben übertreten durften.

Die durch die Reformation ausgelösten Kriege in Europa wurden 1555 im **Augsburger Religionsfrieden** beigelegt. In Augsburg wurde das Prinzip *cuius regio, eius religio* (wessen Herrschaft, dessen Glauben) festgelegt. Dieses Prinzip besagte, dass die Untertanen eines Gebiets der gleichen Glaubensrichtung anzugehören hatten wie ihr Herrscher. Das Prinzip sollte weitere religiöse Streitereien verhindern und blieb für rund 100 Jahre bestehen. Im Westfälischen Frieden von 1648 wurde es aufgeweicht.

Die verschiedenen Ausprägungen der Reformationsbewegung (lutherisch, reformiert, anglikanisch) konnten sich vor allem in den nördlichen Gebieten Europas durchsetzen, wie die folgende Karte aufzeigt.

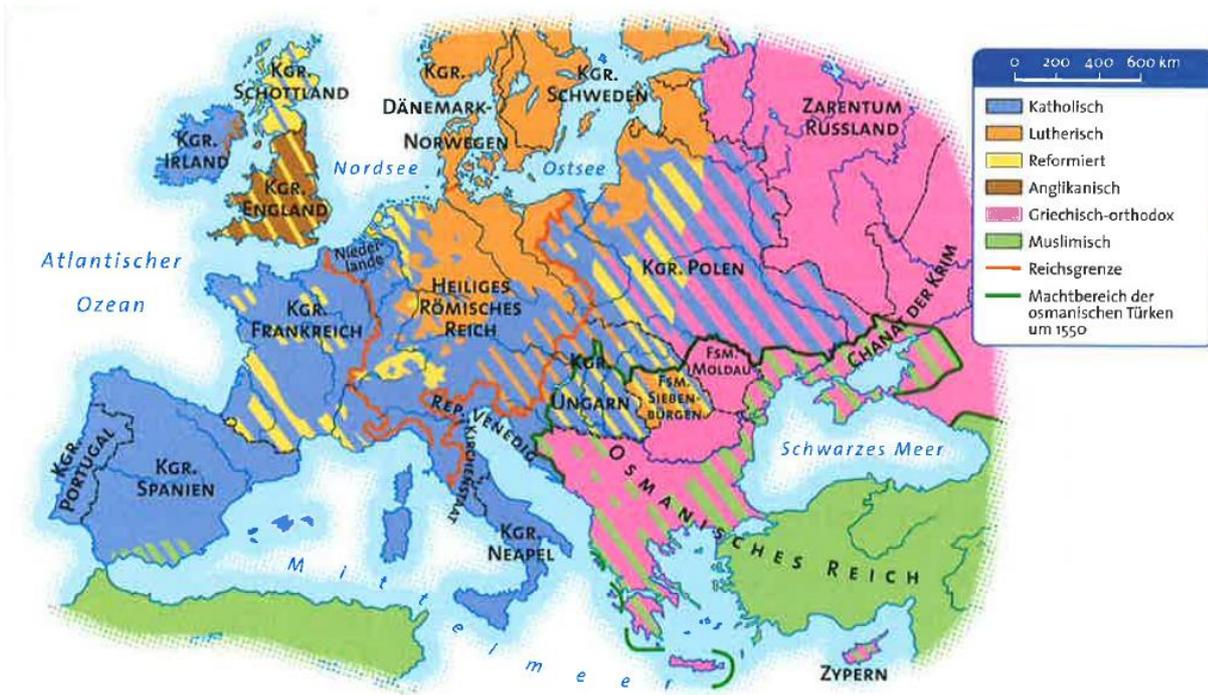


Abbildung 3: Staaten und Konfessionen in Europa um 1570.

Frühe Neuzeit: Humanismus und Reformation

Die frühe Neuzeit war weltgeschichtlich eine Zeit grosser Umbrüche. Die europäischen Seemächte Spanien, Frankreich, Portugal, England und Niederlande entdeckten und eroberten neue Gebiete in Amerika und Asien. In Europa selbst stellten Humanismus und Reformation die Machtstellung der Kirche und der Religion in Frage. Die Reformation führte zu einer religiösen Umgestaltung in Europa. Vor allem der Norden Europas wandte sich von der Kirche in Rom ab und orientierte sich an neuen, reformierten religiösen Vorstellungen. Die Reformation führte vor allem im 16. und 17. Jahrhundert zu vielen Kriegen in Europa.

Empfohlene Literatur zum Thema

SGB 1, S. 164–215 (Humanismus und Reformation allgemein), 216–245 (Reformation in der Schweiz).

EDA: Die Reformation.

https://www.eda.admin.ch/content/dam/PRS-Web/de/dokumente/die-reformation_DE.pdf [23.5.2017].

Bibliographie

Lehrmittel

SGB 1: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 1. Von der Urgeschichte bis zur Frühen Neuzeit, Berlin: Cornelsen, 2011.

Fachliteratur

Schnyder, Caroline: Reformation, in: Historisches Lexikon der Schweiz, E-HLS. <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13328.php> [4.4.2017].

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Eidgenössische Orte, Verbündete und Untertanengebiete in der frühen Neuzeit. HLS: <http://www.hls-dhs-dss.ch/graphics/6080d.svg> [4.4.2017].

Abb. 2: Fegefeuerdarstellung aus der elsässischen Legenda Aurea von 1419, Universitätsbibliothek Heidelberg.
https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/2e/Heidelberg_cpg_144_Els%C3%A4ssische_Legenda_Aurea_338r_St._Patricks_Fegefeuer.jpg [21.11.2016].

Abb. 3: Staaten und Konfessionen in Europa um 1570. SGB 1, S. 205.

2. Politische Revolutionen: USA, Frankreich, Schweiz

Die Kolonisation Nordamerikas

1607 landeten erste englische Schiffe in Nordamerika. Damit begann die Kolonisation dieser Gebiete. Bereits einige Jahre zuvor waren spanische Schiffe in Nordamerika gelandet, doch Spanien wandte sich in der Folge vor allem dem Süden Amerikas zu.

Kolonisation

Kolonisation bezeichnet die Errichtung von Handelsstützpunkten und Siedlungskolonien insbesondere der europäischen Staaten in Asien, Afrika und Amerika seit dem 16. Jahrhundert. Die Kolonialmächte verfolgten dabei wirtschaftliche und militärische Ziele.

Amerika war zu dieser Zeit von **indigenen Völkern** bewohnt, die die Europäer als „Indianer“ bezeichneten. Zunächst lebten die europäischen Siedler und die Ureinwohner relativ friedlich zusammen und betrieben Handel miteinander. Mit der Zeit wurden die indigenen Völker aber von den Europäern zunehmend verdrängt. Es wurden Reservate gebildet und die indigenen Völker wurden dort angesiedelt. Aus Europa wurden Infektionskrankheiten eingeschleppt, die für viele der Ureinwohner tödlich waren.

Viele der europäischen Kolonisten waren wegen der religiösen Verfolgung in Europa nach Amerika gegangen. Sie gehörten der religiösen Bewegung des **Puritanismus** an, die Fleiss und Arbeit als wichtige menschliche Werte erachtete. Im Verlauf des 17. und 18. Jahrhunderts entstanden **13 englische Kolonien** in Nordamerika, die dann später zu den Gründerstaaten der Vereinigten Staaten an der amerikanischen Ostküste wurden.

Für die Bewohner der nordamerikanischen Kolonien galt das englische Gesetz. Es gab ein an Eigentum gebundenes Wahlrecht, mit dem die freien Bewohner Nordamerikas Volksvertretungen wählen konnten. Viele der Bewohner Nordamerikas waren hingegen nicht frei, sondern lebten als **Sklaven** auf den Plantagen, in denen Tabak, Reis, Indigo und Baumwolle angebaut wurde. Die Sklaven wurden per Schiff aus Afrika nach Amerika gebracht.

Die Amerikanische Revolution, 1763–1783

Die Besiedlung Amerikas durch englische Siedler war von Anfang an dem Prinzip des **Merkantilismus** gefolgt: Die Kolonien mussten Rohstoffe nach Grossbritannien liefern und verarbeitete Produkte zurückkaufen. Damit sollte im Mutterland die Wirtschaft und damit die Macht des Staates im Vergleich mit anderen Staaten gestärkt werden.

1763 musste Frankreich, nach sieben Jahren Krieg, seinen Kolonialbesitz in Nordamerika, das heutige Kanada, an Grossbritannien abgeben. Der Krieg hatte viel gekostet, weshalb in Amerika neue Abgaben – wie Ein- und Ausfuhrzölle, eine Stempelsteuer und eine Teesteuer - erhoben wurden. Gegen diese neuen Abgaben begann sich in den amerikanischen Kolonien **Widerstand** zu regen. Ab 1770 schlossen sich die Kolonisten in Widerstandsbewegungen zusammen. 1774 versammelten sie sich in einem **Kontinentalkongress** und beschlossen, dass man den Handel mit Grossbritannien einstellen und dessen Waren boykottieren werde. Grossbritannien versuchte diese Entwicklung kriegerisch zu stoppen, doch dies gab dem Widerstand nur weitere Kraft. Am **4. Juli 1776** trat der zweite Kontinentalkongress zusammen und erklärte die **Unabhängigkeit der Unites States of America**. Dies wurde in der Unabhängigkeitserklärung festgehalten.

Quellenausschnitt: Unabhängigkeitserklärung der USA, 4.7.1776

„Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; dass zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt werden, die ihre rechtmässige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten; dass, wann immer irgendeine Regierungsform sich als diesen Zielen abträglich erweist, es Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen und diese auf solchen Grundsätzen aufzubauen und ihre Gewalten in der Form zu organisieren, wie es ihm zur Gewährleistung seiner Sicherheit und seines Glückes geboten zu sein scheint.“ (SGB2, S. 62.)

Frankreich und Spanien unterstützten die amerikanische Unabhängigkeit, da damit ihr Konkurrent Grossbritannien geschwächt wurde. Mit Hilfe der ausländischen Truppen konnten die amerikanischen Truppen die britischen Truppen 1781 besiegen. 1783 wurde die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika durch Grossbritannien anerkannt.

Die junge USA im 19. Jahrhundert

Nachdem sich die einzelnen Staaten zunächst eigene Verfassungen gegeben hatten, konnte sich 1787 die Idee einer gemeinsamen Verfassung durchsetzen.

Verfassung

Eine **Verfassung** ist ein Grundgesetz des Staates, in dem die Regeln der Herrschaft und die Rechte und Pflichten der Staatsbürger festgelegt sind.

Charakteristisch für die US-amerikanische Verfassung ist das System der Gewaltenteilung, das als **checks and balances** bezeichnet wird. Die Gewaltenteilung in den USA zeigt sich darin, dass sich die drei Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative gegenseitig kontrollieren. Die Staaten der USA waren sich nicht in allen Fragen einig. Strittig war insbesondere die Frage, ob **Sklaverei** zulässig sei oder nicht. Die Sklavenfrage wurde darum nicht gesamtstaatlich geregelt, sondern der Verantwortung der einzelnen Staaten überlassen, um die Einheit der Union nicht zu gefährden.

Im 19. Jahrhundert dehnten sich die USA immer weiter **gegen Westen** aus. Neue Gebiete wurden schrittweise den Vereinigten Staaten einverleibt. Millionen von Menschen migrierten aus Europa in die USA und waren an der Besiedlung des Westens beteiligt. Technische Erneuerungen wie Windräder, der Pflug oder die Eisenbahn begünstigten diesen Prozess.

Während in den südlichen Staaten die Sklaverei die bestimmende Wirtschaftsform war, waren die Nordstaaten und die neuen Staaten im Westen fortschrittlicher und traten für die Abschaffung der Sklaverei ein. Dies bildete einen wichtigen Grund für die zunehmenden Konflikte im Land, die schliesslich zwischen 1861 und 1865 zum **Bürgerkrieg** führten. 1861 kam es zum offenen Bruch zwischen Norden und Süden. Die sieben Südstaaten South Carolina, Florida, Alabama, Georgia, Louisiana, Texas und Mississippi traten aus der Union aus und gründeten die „Konföderierten Staaten von Amerika“. Noch im selben Jahr schlossen sich Arkansas, Tennessee, North Carolina und Virginia den „Konföderierten Staaten von Amerika“ an. Der Krieg brach aus. Militärisch waren die Südstaaten von Anfang an unterlegen. Der Norden war in Punkto Bevölkerungszahl und auch Wirtschaftskraft dem Süden stark überlegen. Die Südstaaten hofften auf Unterstützung durch Grossbritannien und Frankreich, da diese an weiteren



Baumwolllieferungen aus dem Süden interessiert waren. Doch Grossbritannien und Frankreich wollten keinen Krieg mit den Nordstaaten riskieren. Die Nordstaaten gewannen den Krieg vor allem auf dem Meer, da sie so den Export von Baumwolle und den Import von Nahrungsmitteln im Süden blockieren konnten. Im April 1865 kapitulierte der Süden endgültig, auch weil die Truppen der Nordstaaten mit der „Strategie der verbrannten Erde“ die Zivilbevölkerung in den Krieg hineingezogen hatten (Zerstörung aller Infrastruktur). Der Krieg forderte mehr als 600'000 Menschenleben.

Die **Industrialisierung** (vgl. Kapitel 3) beschleunigte sich in den USA ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Eine Grundlage dafür waren die grossen **Rohstoffvorkommen** in den USA: Kohle, Eisenerz, Erdöl und Gold. Entscheidend für die Industrialisierung der USA war der Ausbau der Eisenbahn und der stetige Zustrom an Einwanderern, der den Bedarf an Arbeitern in den Fabriken sättigte. Die USA wurden so im Verlauf des 19. Jahrhunderts zur dominierenden Wirtschaftsmacht auf der Welt. Das starke Wirtschaftswachstum führte dazu, dass sich das Vermögen immer stärker in den Händen Weniger konzentrierte. Es entstand eine Unterschicht von Arbeitern, die nur sehr geringe Einkommen und Vermögen hatten. Sie lebten unter sehr schlechten Bedingungen in Slums. Der amerikanische Staat kümmerte sich nur sehr begrenzt um das Elend der Arbeiterschaft. Dennoch blieb die Arbeiterbewegung im Vergleich mit Europa vergleichsweise schwach, gerade auch, weil für viele Menschen die Ideen des *American Dream* weiterhin bestehen blieben.

Frankreich: Absolutismus und Aufklärung

Die Revolution in Frankreich folgte 1789 und damit wenige Jahre nach derjenigen in den USA. Im 18. Jahrhundert war Frankreich ein absolutistisches Land.



Absolutismus

Als **Absolutismus** wird eine Form der Monarchie bezeichnet, in der dem König eine praktisch unbeschränkte Macht zukommt. Der Absolutismus war in Europa im 17. und 18. Jahrhundert die verbreitetste Regierungsform.

Abbildung 4: Herrscherportrait des französischen Königs Ludwig XIV.

Eine wichtige Bedingung für den Umsturz von 1789 war die Bewegung der Aufklärung.

Aufklärung

Als **Aufklärung** wird eine Reformbewegung des 17. und 18. Jahrhunderts in Europa bezeichnet, die Wissenschaft und Erziehung als Mittel betrachtete, um die bestehenden politischen und religiösen Verhältnisse zu überwinden. Wichtige Forderungen der Aufklärung waren, dass die Politik öffentlich und die Meinungen frei sein sollten.

Die Aufklärung veränderte die Naturwissenschaften, aber auch die Politik und Philosophie. Der Grundgedanke, der viele Aufklärer charakterisierte, war der Wunsch, die Welt zu erkennen und zu verstehen und dadurch für den Menschen nutzbar zu machen. Alte, oft religiös geprägte Vorstellungen mussten dabei überwunden werden.

Widerstand gegen den Absolutismus

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts regte sich in Frankreich der Widerstand gegen den Absolutismus und die ständische Gesellschaft. Der Adel und die Kirche beherrschten zusammen mit dem König das Land, während der dritte Stand – die Bauern und Bürger – meist nichts oder nur sehr wenig besass. Im 18. Jahrhundert war es zu einem hohen **Bevölkerungswachstum** in Frankreich gekommen: die Bevölkerung war von 18 Millionen Menschen im Jahr 1715 auf 26 Millionen im Jahr 1785 gewachsen (+44%). Die Landwirtschaft konnte mit dieser Entwicklung nicht mithalten und die **Versorgung** der Menschen wurde immer schwieriger. Dies führte zu Unruhen und Aufständen. Die Jahre 1788 und 1789 waren besonders schwierig, da es wegen Dürre und Hagel zu **Missernten** kam. Die Preise für Nahrungsmittel stiegen stark an, für die Bauern wurde es immer schwieriger, ihre Steuern zu bezahlen. Darum kam die Idee auf, dass nun auch die Geistlichkeit und der Adel Steuern zu bezahlen hätten. Doch diese widersetzten sich dieser Idee.

Um die Frage der Besteuerung zu entscheiden, berief der König Ludwig der XVI. schliesslich Anfang Mai 1789 Vertreter der drei Stände nach Versailles ein. Diese sogenannte **Einberufung der Generalstände** hatte es in Frankreich im Mittelalter regelmässig gegeben, vor allem zur Klärung von Fragen der Besteuerung und der Religion. Im Zeitalter des Absolutismus, mit der uneingeschränkten Macht des Königs, hatte es aber keine Einberufung der Generalstände mehr gegeben. Die Generalstände bestanden aus je etwa 300 Vertretern der drei Stände, wodurch der Adel und die Geistlichkeit, die ähnliche Interessen vertraten, bezüglich der Anzahl Stimmen überlegen waren. Die Vertreter des 3. Standes waren mit diesem System nicht einverstanden und sie traten darum, mit einigen Vertretern aus den anderen beiden Ständen, in einer neuen Versammlung zusammen: der **Nationalversammlung** (17. Juni 1789). Das Zusammentreten der Nationalversammlung wurde vom König nicht gutgeheissen, doch die Versammlung legte selbständig fest, dass eine **Verfassung** ausgearbeitet würde. Nach einigem Zögern erkannte der König die Nationalversammlung an. Doch gleichzeitig zog er das Militär in Paris zusammen. Dies erweckte in der Bevölkerung den Eindruck, dass der König die neue Entwicklung mit Gewalt stoppen würde.

Die Französische Revolution

Die Bevölkerung von Paris sah sich durch die Truppen des Königs bedroht, drang in die Waffenlager der Stadt ein und bewaffnete sich. Die Lage wurde immer angespannter. In der Folge kam es zum **Sturm auf die Bastille** (14. Juli 1789), ein Gefängnis und Waffenlager der königlichen Truppen.

In der Nationalversammlung wurden in der Folge – dem Druck aus der Bevölkerung folgend – die Abschaffung der Leibeigenschaft und ein Ende der Steuerfreiheit für Geistliche und Adel bestimmt. Ebenso erklärte die Nationalversammlung die Gültigkeit der Menschen- und Bürgerrechte (vgl. M5, SGB 2, S. 98). Mit dieser Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte änderte sich die reale Situation für die Menschen nur unwesentlich. Die wirtschaftliche Not und die Versorgungsschwierigkeiten blieben bestehen. Die Bevölkerung hatte den Eindruck, dass der König in seinem Schloss in Versailles weiterhin seinen alten Lebensstil weiterlebte und sich nicht um die Situation der einfachen Menschen kümmerte.

Eine Volksmenge marschierte, zusammen mit Truppen der revolutionären Nationalgarde, nach Versailles (**Marsch nach Versailles**). Die Mehrheit dieser Menge bestand aus Marktfrauen. In Versailles drang die Menge gewaltsam ins Schloss ein, es gab einige Tote und Verletzte. Die Menge erreichte, dass der König und seine Familie nach Paris gebracht wurden. Dort wurde

die königliche Familie im Tuileries-Schloss untergebracht. Mit dem König wanderte auch die Nationalversammlung nach Paris, wodurch die Pariser Bevölkerung Einfluss auf die Nationalversammlung ausüben konnte. Eine wichtige Massnahme, die die Nationalversammlung traf, um die finanziellen Schwierigkeiten zu bekämpfen, war der **Verkauf von Kirchenbesitz**. Dies führte jedoch zu Widerstand von Seiten der Geistlichen. Allgemein wuchs die Zahl derjenigen, die sich der neuen Ordnung zu widersetzen versuchten. Solche sogenannte Konterrevolutionäre sammelten sich speziell im grenznahen Ausland.

Im Juni 1791 kam es schliesslich zum Versuch des Königs, aus Paris und aus Frankreich zu fliehen. Kurz vor der Grenze wurde der König aber erkannt und zurück nach Paris gebracht. Der **Fluchtversuch des Königs** führte dazu, dass die Forderungen nach seiner Absetzung immer stärker wurden. Doch politisch wurde zuerst eine andere Lösung durchgesetzt. Mit der Verfassung vom September 1791 wurde eine konstitutionelle Monarchie eingeführt. Der König blieb dabei das Staatsoberhaupt, aber die Nationalversammlung wurde mit der Gesetzgebung betraut.

Die Revolution und Europa

Der königliche Fluchtversuch hatte gezeigt, dass die Verhältnisse in Frankreich alles andere als gefestigt waren: es drohte eine Gegenrevolution aus den Nachbarstaaten. Das absolutistische Ausland drohte mit einer Intervention in Frankreich. Die tatsächliche Bereitschaft, einen Krieg gegen Frankreich zu führen, war aber vorerst gering, denn erstens war ja Frankreich immer noch eine konstitutionelle Monarchie und zweitens war Frankreich nicht so mächtig, dass es das Mächtegleichgewicht in Europa störte. Die **französischen Kriegspläne** wurden dann aber ab Herbst 1791 von einigen dem König nahestehenden Ministern vorangetrieben. Mit dem Krieg sollte von den inneren, insbesondere wirtschaftlichen Problemen abgelenkt werden und damit die Autorität des Königs wiederhergestellt werden.

Im April 1792 erklärte Frankreich Österreich und Preussen den Krieg. Der Krieg wurde zu einem **europäischen Konflikt** zwischen dem revolutionären Frankreich und den europäischen Staaten, die sich gegen Frankreich vereinten und eine sogenannte Koalition bildeten. In den Jahren bis 1815 kam es zu zahlreichen Konflikten in Europa, die als **Koalitionskriege** bezeichnet werden.

Radikalisierung der Revolution: Sansculotten und Jakobiner

Durch den Krieg kam es zu einer zunehmenden Politisierung in der Bevölkerung. Dies führte zu einem Machtzuwachs auf Seiten der radikalen Revolutionäre. Wichtig war hierbei eine Volksbewegung: die **Sansculotten**.



Abbildung 5: Die Kleidung der Sansculotten

Die Sansculotten waren vor allem Arbeiter und Handwerker. Sie trugen lange Hosen anstatt der Kniebundhosen und Seidenstrümpfe („sans“: franz. „ohne“ / „culotte“: franz. „Kniebundhose“) die für die reichen Adligen typisch waren. Die Sansculotten forderten soziale und wirtschaftliche **Gleichheit**. Unterstützung für Arme und mehr Bildung durch ein staatliches Schulwesen gehörten auch zu ihren Forderungen.



Die Sansculotten forderten von der Nationalversammlung die endgültige Absetzung des Königs. Die Nationalversammlung, in der ein wesentlicher Teil für die Aufrechterhaltung der konstitutionellen Monarchie eintrat, ging auf diese Forderung nicht ein. Fast täglich fanden vor dem Tuilerienpalast Aufmärsche von protestierenden Gruppen von Sansculotten statt. Sie drohten, den Palast mit Gewalt zu stürmen. Der Nationalversammlung wurde eine Frist gesetzt, den König abzusetzen. Als dies nicht geschah, wurde das **Tuilerien-Schloss** von den Aufständischen **gestürmt**. Dabei wurde der König festgenommen. Die Aufständischen erzwangen, dass der König in Haft genommen wurde und dass das Parlament neu und demokratisch gewählt wurde.

Bei den Wahlen, die in der Folge durchgeführt wurden, kam es zu einer **Radikalisierung** bei der Sitzverteilung im Parlament (Nationalkonvent). Politisch dominant wurde die Partei der **Jakobiner**. Diese erhielten ihren Namen dadurch, dass sie sich jeweils in einem Jakobinerkloster trafen. Sie verfolgten das Ziel der Verwirklichung der politischen und sozialen Gleichheit.

Ende September 1792 wurde schliesslich die **Republik** ausgerufen und der König abgesetzt.

Republik

Republik (lat. *res publica*: öffentliche Angelegenheit) ist eine Bezeichnung für eine Regierungsform, in der es keinen König gibt. Grundgedanke einer Republik ist, dass die politische Macht bei der Bevölkerung liegt.

Die Radikalisierung zeigte sich unmittelbar auch im Alltag. Es wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt, Getreidevorräte beschlagnahmt und es wurden Personen verhaftet, die als verdächtig galten. Zur Radikalisierung trugen einerseits der Krieg und die gegenrevolutionären Aufstände bei, andererseits auch die weiterhin bestehenden wirtschaftlichen Probleme. Es kam zu starker Inflation und Aufständen auf den Strassen. Am 17. Januar 1793 beschloss der Nationalkonvent schliesslich mit knapper Mehrheit (387:334 Stimmen) die **Hinrichtung des Königs**. Vier Tage später wurde der König öffentlich enthauptet.

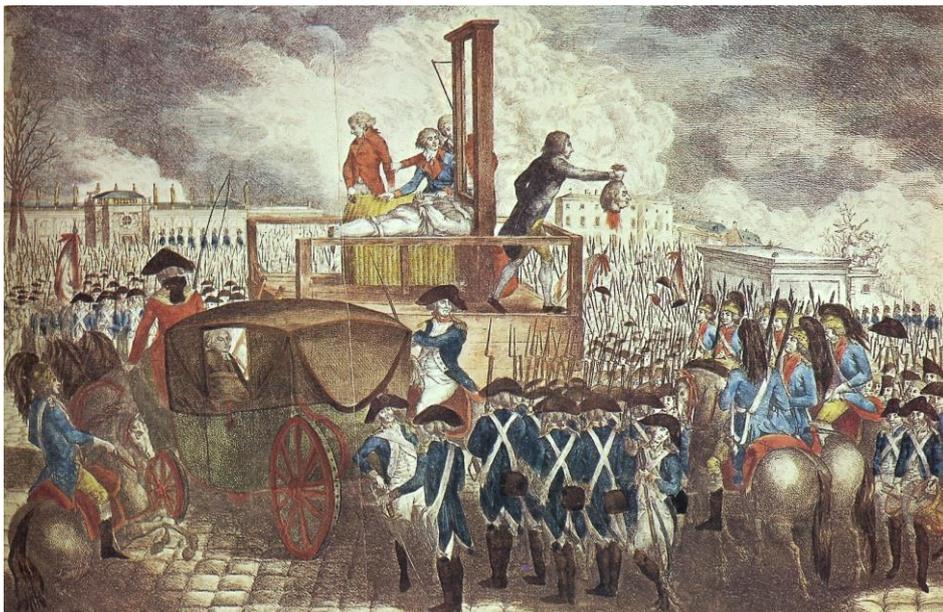


Abbildung 6: Enthauptung Ludwigs XVI.

Die Enthauptung mit der **Guillotine** wurde zum Symbol der Herrschaft der jakobinischen Partei. Neun Monate nach König Ludwig wurde auch seine frühere Frau, Marie Antoinette, mit der Guillotine hingerichtet. Die Herrschaft der Jakobiner kann aus moderner Perspektive als Diktatur beschrieben werden. Politische Gegner wurden verfolgt und oft mit dem Tod bestraft.

Der Terror der Jakobiner dauerte etwas mehr als ein Jahr. Im Juli 1794 wurden die politischen Führer der Jakobiner verhaftet und exekutiert.

Nach dem Sturz der Jakobiner: Aufstieg Napoleons

Nach dem Sturz der Jakobiner wurde eine **neue Verfassung** ausgearbeitet. Diese sollte eine Diktatur wie diejenige der Jakobiner verhindern. Frankreich führte zwischen 1792 und 1815 zahlreiche Kriege gegen die konservativen europäischen Staaten (Koalitionskriege). In diesen Kriegen zeichnete sich der Oberbefehlshaber der Armee, **Napoleon Bonaparte**, durch besondere Erfolge aus. Er erfreute sich einer wachsenden Beliebtheit in der Bevölkerung, was ihm im November **1799** ermöglichte, einen **Staatsstreich** durchzuführen. In der Folge baute Napoleon eine **Alleinherrschaft** über Frankreich auf. Seine Machtposition liess sich Napoleon durch Volksabstimmungen bestätigen. 1804 liess sich Napoleon in Paris im Beisein des Papstes zum Kaiser über Frankreich krönen.

Napoleons Herrschaft basierte auf seinen militärischen Erfolgen, durch die er sich den Rückhalt in der Bevölkerung sicherte. Dieses Verständnis zeigt sich auch in den Bildern, die Napoleon von sich anfertigen liess und in denen er sich als grosser Militärführer präsentierte.



Abbildung 7: Napoleon überquert 1800 den Grosse St. Bernhard

Die Zeit Frankreichs unter Napoleon (1799–1814/15) wird meist ambivalent betrachtet. Die Rechtsgleichheit, die seit der Revolution von 1789 etabliert worden war, blieb aufrechterhalten. Der Staat wurde nach modernen Prinzipien verwaltet und zentral regiert. Ein Teil des in dieser Zeit eingeführten Rechts besteht bis heute weiter. Gleichzeitig war Frankreich unter Napoleon trotz der Volksabstimmungen alles andere als eine Demokratie. Die alten Eliten konnten sich unter Napoleon wieder in mächtige Stellungen bringen. In den französischen Kolonien wurde die Sklaverei wiedereingeführt.

Europäische Kriege der Revolutionszeit

Die Französische Revolution fand in den ersten Jahren zahlreiche **Anhänger in Europa**. In ländlichen und städtischen Aufständen, u.a. auch in der Schweiz, bezog man sich auf Frankreich als Vorbild. Zu einer eigenständigen Durchsetzung der Revolution wie in Frankreich kam es dennoch nicht, und trotzdem wirkte sich die Französische Revolution stark auf Europa aus. Dazu trugen vor allem die Kriege der Revolutionszeit bei. Die französischen Truppen erwiesen sich im Krieg gegen die Armeen der konservativen Staaten Europas nach kurzer Zeit als überlegen. Sie kämpften für die Revolution und ihre Begeisterung war gross. Weil in Frankreich die allgemeine **Wehrpflicht** galt, konnte die ganze männliche Bevölkerung zum Militärdienst aufgeboten werden. Die Franzosen hatten dadurch einen sehr grossen Soldatenbestand. In den

Armeen der Feinde kam es im Gegenzug oft zu Desertion (Fahnenflucht, die Soldaten kamen ihren militärischen Verpflichtungen nicht nach). Innerhalb weniger Jahre unterwarf Napoleon mit seinen Truppen einen grossen Teil des europäischen Kontinents und die mächtigen Österreich, Preussen sowie kleinere Staaten gerieten unter französische Herrschaft (vgl. Karte M3 in SGB 2, S. 112).

Eine wichtige Motivation für die durch Frankreich geführten Kriege war die **wirtschaftliche Ausbeutung der eroberten Gebiete**. In den besetzten Gebieten installierte Napoleon seine harte Herrschaft, erhob hohe Steuern. So wurde die neue Herrschaft Napoleons bald nicht mehr als Befreiung, sondern als neue Belastung empfunden und der **Widerstand** gegen die französische Besetzung wuchs an. Entscheidend für das Ende der französischen Dominanz in Europa war der **Krieg Napoleons gegen Russland**. Mit einer Armee von 700'000 Soldaten griff Napoleon 1812 Russland an. Die Begeisterung der Soldaten, die auch aus den verschiedenen besetzten Gebieten stammten, war allerdings gering. Zuerst drangen die französischen Truppen weit nach Russland vor, doch der russische Zar lehnte Verhandlungen mit Napoleon ab. Das französisch besetzte Moskau wurde durch russische Truppen abgebrannt und die Versorgungswege für die französischen Truppen wurden abgeschnitten. Mit dem kommenden Winter wurde der Russlandfeldzug zur Katastrophe. Die Soldaten hungerten, viele von ihnen erfroren. Im Oktober 1813 waren die französischen Truppen geschlagen, Napoleon musste abtreten und wurde auf die italienische Insel Elba verbannt. Er kehrte im März 1815 noch einmal für 100 Tage an die Macht zurück, worauf er in Waterloo südlich von Brüssel eine erneute militärische Niederlage erlitt (gegen Grossbritannien und Preussen). Napoleon starb 1821 in der Verbannung auf der Insel Sankt Helena im Atlantik. Nach dem Ende der französischen Herrschaft in Europa fand in Wien von 1814 bis 1815 der **Wiener Kongress** statt. Hier wurden die Länder und Grenzen in Europa politisch nach dem Krieg neugestaltet.

Die Schweiz in der Revolutionszeit: Helvetische Republik (1798-1803)

Im April 1798 marschierten französische Truppen auf dem Gebiet der Alten Eidgenossenschaft ein und erwirkten so einen politischen Umsturz: die **Helvetische Revolution**. Die politisch konservativen souveränen Orte, die als Alte Eidgenossenschaft einen Staatenbund gebildet hatten, wurden in einen neuen Einheitsstaat – die **Helvetische Republik** – eingegliedert.

Staatenbund und Bundesstaat

Als **Staatenbund** wird ein Zusammenschluss von Staaten bezeichnet, bei dem die einzelnen Staaten ihre Eigenständigkeit vollständig behalten. Ein Beispiel hierfür ist die Alte Eidgenossenschaft.

Als **Bundesstaat** wird ein aus souveränen Einzelstaaten zusammengesetzter Gesamtstaat bezeichnet. Die Einzelstaaten treten in einem Bundesstaat gewisse Kompetenzen wie die Aussenpolitik an den Gesamtstaat ab. Ein Beispiel hierfür ist die heutige Schweiz.

Die militärische Invasion Frankreichs in der Schweiz erwirkte also eine politische Revolution in der Schweiz – der Umsturz wurde von aussen herbeigeführt. Es gab aber auch in der Schweiz viele **Anhänger der Aufklärung**. Diese tauschten sich in Briefwechseln aus oder sie trafen sich in Gesellschaften wie der 1761 gegründeten Helvetischen Gesellschaft. Die politischen Verhältnisse in der Schweiz waren vor dem Umsturz von 1798 seit langer Zeit ziemlich stabil gewesen. In begrenztem Umfang war es jedoch auch in der Schweiz zu Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse gekommen, der dann aber niedergeschlagen wurde. Mit der französischen Revolutionen erhielten die Aufstände eine neue Kraft. In den 1790er-Jahren lehnten sich die Bewohner des Dorfs Stäfa am Zürichsee gegen die Herrschaft durch die Stadt Zürich auf. Im Januar 1798 kam es in der Waadt – einem Untertanengebiet Berns – zu Aufständen

gegen die Herrschaft Berns. Diese Aufstände wurden durch französische Truppen unterstützt. Die Berner Truppen, die die Waadt bis zu diesem Zeitpunkt besetzt gehalten hatten, zogen sich zurück. Sie versuchten zwar noch, Widerstand zu leisten, doch mussten sich schon nach kurzem Kampf geschlagen geben.

Die meisten Regierungen traten unter dem französischen Druck kampflos zurück. Ein erfolgreicher Widerstand der Schweizer Orte wurde verunmöglicht durch den Unwillen, eine gemeinsame Verteidigung zu organisieren. In den konservativeren Innerschweizer Orten wurde zwar Widerstand geleistet, aber gegen die französischen Truppen waren auch diese Orte letztlich klar unterlegen. Die Franzosen hatten in der Schweiz bereits viele Verbündete, die die Ideen der Aufklärung unterstützten und den von Frankreich aufgezwungenen Umbruch begrüßten. So wurde nur drei Monate nach dem Einmarsch der französischen Truppen erklärt, dass die Alte Eidgenossenschaft aufgelöst werde und an ihrer Stelle ein Einheitsstaat entstehe, die **Helvetische Republik**. Eine Verfassung war bereits vorgängig nach französischen Vorbild ausgearbeitet worden. Zumindest auf dem Papier wurden damit Religions-, Handels-, Niederlassungs- und Pressefreiheit verwirklicht. An Stelle der alten Orte entstanden neue Kantone, die keine Selbstbestimmungsrechte mehr hatten. Die Schweiz wurde zu einem zentralistischen Staat. Die Verbesserung der Schulbildung war ein wichtiges Projekt in der Zeit der Helvetik. Eine wichtige Persönlichkeit in diesem Zusammenhang war der Pädagoge Heinrich Pestalozzi.

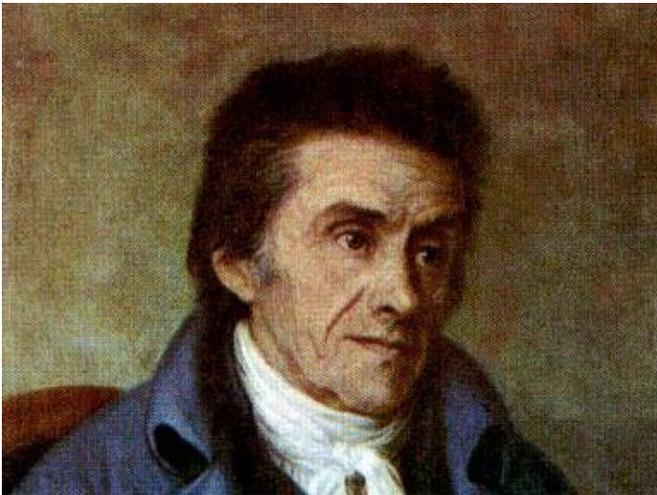


Abbildung 8: Heinrich Pestalozzi

Die Helvetische Republik war stark **von Frankreich abhängig**. Nicht nur wurden die Staatskassen durch die französischen Truppen geleert, sondern die Schweiz musste auch selbst Truppen für die französische Armee bereitstellen, um diese in ihren militärischen Missionen in ganz Europa zu unterstützen. Zu Beginn hatte die Neuordnung besonders bei den vor der Revolution unterdrückten Bevölkerungsteilen vielerorts Begeisterung ausgelöst, doch die neuen Belastungen durch die französische Besetzung liessen diese Begeisterung schnell zurückgehen. Dazu kam, dass die Helvetische Republik zwischen Februar und Oktober 1799 (im 2. Koalitionskrieg) zum Kriegsschauplatz wurde und die östliche Hälfte der Schweiz von österreichischen und russischen Truppen besetzt wurden, die sich im Krieg mit Frankreich befanden. Die französischen Truppen konnten die Österreicher und Russen zwar bis zum Oktober 1799 wieder zurückdrängen, doch der Krieg belastete das Land stark. Die Truppen beider Kriegsparteien mussten von der Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt werden, es kam zu Hungersnöten.

Verschiedene **Gründe** können dafür angeführt werden, **wieso die Helvetische Republik letztlich scheiterte:**

- Die Kriege in Europa waren eine grosse Belastung für die politische Führung und das Land im Allgemeinen.
- Besonders die konservativen Kantone der Innerschweiz wünschten sich mehr Selbstständigkeit innerhalb des zentralistischen Staats. Dies destabilisierte die Politik der Helvetischen Republik.
- Die Finanzen des Staates wurden schnell zu einem grossen Problem. Einerseits wurden in der Helvetik die alten Steuern – der Zehnten – abgeschafft, andererseits übernahm der Staat das ganze Schul- und Sozialwesen der Kirche und hatte dadurch hohe Ausgaben. Die helvetische Führung war gezwungen, den Zehnten wieder einzuführen und verlor dadurch den Rückhalt bei den Bauern.

Für das **Ende der Helvetischen Republik** war dann wie schon für den Beginn Frankreich verantwortlich: 1802 zog Napoleon die französischen Truppen aus der Schweiz ab. In der Ost- und Zentralschweiz kam es sofort zu einem Aufstand der konservativen Kräfte, die sich für eine Rückkehr zu den früheren Verhältnissen interessierten, in denen die einzelnen Orte souverän gewesen waren. Es kam zu einer Art Bürgerkrieg und die Helvetische Regierung wurde aus Bern nach Lausanne vertrieben. Obwohl die Schweiz nicht mehr von französischen Truppen besetzt war, blieb der französische Einfluss bestehen. In der unklaren Situation bestellte Napoleon etwa 70 Schweizer Abgeordnete nach Paris und erklärte diesen, wie die Schweiz in Zukunft organisiert sein würde.

Die Mediationszeit (1803-1813)

Napoleon gab der Schweiz eine neue Verfassung, die Mediationsverfassung. Die Zeit, während der diese Verfassung in Kraft war, wird als **Mediationszeit** bezeichnet. Statt eines Einheitsstaates sollte die Schweiz in Zukunft ein **Staatenbund** von souveränen Kantonen sein: jeder Kanton hatte wieder seine eigene Verfassung. Für die gemeinsame Politik des Staatenbundes wurde die Tagsatzung wiedereingerichtet. Während auf staatlicher Ebene die alten Verhältnisse wiederhergestellt wurden, blieben einige Errungenschaften der Helvetischen Republik bestehen: so bleiben beispielsweise die Untertanengebiete abgeschafft.

Als französischer Satellitenstaat musste die Schweiz Frankreich Soldaten für dessen Kriege bereitstellen, so auch im Russlandfeldzug. Etwa 8000 Soldaten nahmen am französischen Russlandfeldzug 1812/13 teil, nur 30 von ihnen kehrten in die Schweiz zurück. Als sich die Niederlage Napoleons in den europäischen Kriegen abzeichnete, lief die Schweiz auf die Gegenseite über und beteiligte sich in der Schlussphase des Konflikts auf der Seite der Alliierten. Es setzten nun Diskussionen ein, wie die Schweiz fortan aussehen würde. Die konservativen Kräfte forderten, dass die Verhältnisse von vor der Revolution wiederhergestellt würden.

Die Restauration (1814-1830)

Es wurden lange Verhandlungen zwischen den verschiedenen Kantonen geführt und 1815 konnte man sich schliesslich auf einen neuen Bundesvertrag einigen. Die Schweiz verblieb ein Staatenbund wie während der Mediationszeit. Die Kantone durften aber untereinander separate Bündnisse abschliessen. Die Jahre von 1814 bis 1830 werden als Zeit der **Restauration** (Wiederherstellung) bezeichnet. Man nennt die Epoche so, weil konservative Kräfte hier dominierten.

Nach dem Ende der französischen Dominanz in Europa wurde am **Wiener Kongress** die Ordnung in Europa neu bestimmt. Unter der Leitung des österreichischen Aussenministers Fürst von Metternich berieten politische Vertreter aller bedeutenden Mächte Europas, mit Ausnahme des Osmanischen Reiches. Die führende Rolle spielten Russland, das Vereinigte Königreich, Österreich und Preussen sowie das wiederhergestellte Königreich Frankreich. Die Vertreter arbeiteten darauf hin, in Europa ein **Gleichgewicht der Mächte** zu schaffen und die Zustände

von vor der Revolution wiederherzustellen. Dabei gab es auch ein Interesse daran, dass die Schweiz als Staat zwischen den europäischen Grossmächten ein eigenständiger und neutraler Staat sein würde.

Die Restaurationszeit dauerte rund 15 Jahre. Die Verhältnisse in der Schweiz waren in dieser Zeit relativ stabil, denn in allen Kantonen waren konservative Regierungen an der Macht. Gleichzeitig kam als neue politische Kraft der **Liberalismus** auf.

Liberalismus

Der **Liberalismus** ist eine Geisteshaltung und Weltanschauung, die auf der Freiheit des Individuums und des Gewissens beruht. Der Liberalismus fand in Europa in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts grosse Verbreitung. Er orientierte sich an den Ideen der Aufklärung. Zahlreiche Vereinigungen und Zeitungen setzten sich für liberale Ideen ein. Die Schweizer Liberalen kritisierten die politische Organisation der Schweiz: es fehlten individuelle Rechte, es gab weiterhin Rechtsunterschiede zwischen Stadt und Land, die Kantone beharrten zu stark auf ihrer Eigenständigkeit.

Die Regeneration (1830-1848)

1830 kam es in Frankreich in der Pariser Juli-Revolution zur definitiven Absetzung des seit 1814 wieder herrschenden Königs. Teilweise schon vor diesem Umsturz in Frankreich, teilweise auch danach, kam es in den Schweizer Kantonen zu **liberalen Umstürzen**. Dabei spielten die Bewohner der ländlichen Gebiete eine wichtige Rolle, die sich ausserhalb der Städte versammelten und von der Kantonsregierung eine Überarbeitung der Verfassung verlangten. Die Regierungen in den einzelnen Kantonen konnten dem Druck nicht lange standhalten und es wurden vielerorts Neuwahlen durchgeführt und in der Folge neue Verfassungen ausgearbeitet. Es kam jedoch nicht in allen Kantonen zu liberalen Umstürzen: die **katholischen Kantone der Innerschweiz** (mit Ausnahme Luzerns) verblieben bei ihrer alten **konservativen Ausrichtung**. Dies sollte sich noch zu einem Grund für weitere Konflikte entwickeln.

In den regenerierten Kantonen mit liberalen Regierungen wurde, wie schon während der Helvetik, die Schulbildung vorangetrieben. Auch Universitäten wurden in dieser Zeit gegründet (Zürich 1833, Bern 1834). Typisch für die Regenerationszeit sind die Bemühungen, ein **nationales Einheitsdenken zu fördern**. Es wurden Vereinigungen gegründet, die wohltätige Zwecke verfolgten (wissenschaftliche und kulturelle Gesellschaften).

In Italien, Deutschland und Frankreich kam es auch zu liberalen Aufständen, doch diese konnten sich längerfristig nicht durchsetzen. Politische Flüchtlinge aus Europa kamen darum in den liberalen Schweizer Kantonen unter. Sie wurden zu einem Teil der Schweizer liberalen Bewegung. Der Druck der konservativen europäischen Grossmächte, diese Flüchtlinge auszuweisen, stärkte die Liberalen. Die Liberalen forderten eine stärkere Vereinheitlichung der Schweiz, doch die konservativen Kantone widersetzten sich diesem Plan.

Auf konservativer wie auf liberaler Seite wurden extremere Positionen stärker und der Konflikt zwischen den beiden Lagern wurde dadurch immer offensichtlicher. Die Kantonsregierungen schürten den Konflikt weiter. Die konservativen, katholischen Kantone schlossen sich 1845 zu einer Schutzvereinigung, dem sogenannten **Sonderbund** zusammen. Die liberalen Kantone beschlossen darauf an der Tagsatzung, dass dieser Sonderbund wieder aufgelöst werde.

Der Sonderbundskrieg 1847

Weil sich die Sonderbundskantone weigerten, ihr Bündnis aufzulösen, beschloss die Tagsatzung, militärische Gewalt anzuwenden. Nachdem der sogenannte Kriegsrat des Sonderbunds beschloss, dass die Truppen mobilisiert würden, beschloss auch die Tagsatzung, dass zum

Krieg gerüstet würde. In Europa wurde die politische Lage in der Schweiz genau verfolgt. Der Sonderbund suchte Unterstützung bei den konservativen Grossmächten Preussen, Österreich und Frankreich. Diese unterstützten den Sonderbund mit Waffen und Geld. Trotz dieser Unterstützung waren die Sonderbundskantone militärisch klar schwächer, so dass die Tagsatzungstruppen nach nur einem Monat mit der Einnahme Luzerns die Sonderbundstruppen besiegten. Die restlichen Kantone des Sonderbundes erkannten schnell, dass sie keine Chance hatten und ihre Regierungen traten ab.

Mit der Auflösung des Sonderbundes war der Weg frei für die Ausarbeitung einer **Bundesverfassung**. Die konservativen europäischen Mächte waren zu diesem Zeitpunkt selbst unter starkem Druck und waren deshalb nicht bereit, in der Schweiz einzugreifen. Obwohl die ehemaligen Sonderbundskantone die neue Verfassung ablehnten, wurde sie im **September 1848** eingeführt. Viele wesentliche Elemente, die bis heute das politische System der Schweiz bestimmen, wurden mit dieser Verfassung eingeführt – ein siebenköpfiger Bundesrat bildete die Exekutive, National- und Ständerat die Legislative. Es gab im 19. und 20. Jahrhundert einige Revisionen der Verfassung, die eine stärkere politische Einheit der Schweiz herbeiführten. Die Schweiz wurde mit der Verfassung von 1848 vom Staatenbund zum Bundesstaat umgewandelt. Die Kantone behielten ihre eigenen Verfassungen (föderalistischer Charakter der Schweiz), sie durften sich aber nicht mehr verbünden. Eine Zentralisierung fand jedoch statt bezüglich Aussenpolitik, Militär, Währung und Zöllen. Bern wurde zur Hauptstadt der Schweiz und die Schweizer Fahne zur gemeinsamen Flagge erklärt. In den Jahren nach 1848 wurde die Einheit der Schweiz bald zur Selbstverständlichkeit, man kann darum von 1848 als „**Geburtsstunde der Schweiz**“ sprechen.

Politische Revolutionen: USA, Frankreich, Schweiz

Die politischen Umstürze in den USA und in Frankreich basierten auf dem Gedankengut der Aufklärung und führten die Welt in ein neues Zeitalter: die Moderne. Das revolutionäre Frankreich führte während etwa 20 Jahren Kriege gegen die europäischen konservativen Mächte und verbreitete damit die Ideen der Revolution. Nach dem Wiener Kongress von 1814/15 kam es in Europa zu einer politischen Restauration. Die politische Geschichte der Schweiz in der Revolutionszeit war weitestgehend durch die Ereignisse in Frankreich bestimmt.

Empfohlene Literatur zum Thema

SGB 2, S. 6–35 (Absolutismus und Aufklärung), S. 36–85 (Geschichte der USA bis zum 19. Jahrhundert), S. 86–115 (Frankreich in der Revolutionszeit), S. 116–171 (Die Schweiz im langen 19. Jahrhundert).

EDA: Unter französischer Herrschaft (1798–1815).

https://www.eda.admin.ch/content/dam/PRS-Web/de/dokumente/unter-franzoesischer-herrschaft-1798-1815_DE.pdf [23.5.2017].

EDA: Auf dem Weg zum Bundesstaat (1815–1848).

https://www.eda.admin.ch/content/dam/PRS-Web/de/dokumente/auf-dem-weg-zum-bundesstaat-1815-1848_DE.pdf [23.5.2017].

Bibliographie

Lehrmittel

SGB 2: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 2. Vom Absolutismus bis zum Ende des des Ersten Weltkriegs, Berlin: Cornelsen, 2010.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 4: Herrscherportrait des französischen Königs Ludwig XIV. SGB 2, S. 8.

Abb. 5: Die Kleidung der Sansculotten. SGB 2, 99.

Abb. 6: Enthauptung Ludwigs XVI. University of North Carolina,
http://www2.uncp.edu/home/rwb/louis16_execution.jpg [27.11.2016].

Abb. 7: Napoleon überquert 1800 den Grossen St. Bernhard. SGB 2, S. 109.

Abb. 8: Heinrich Pestalozzi.

http://images.gadmin.st.s3.amazonaws.com/n10411/images/detail/385031_pestalozzi.jpg
[10.4.2017].

3. Industrielle Revolution und Industrialisierung

Industrielle Revolution und Industrialisierung

Die **industrielle Revolution** bezeichnet die erste Phase der Industrialisierung, die in Grossbritannien um 1770 einsetzte. In dieser Zeit entwickelte sich erstmals die industrielle Produktion von Gütern in Fabriken. Allgemeiner wird vom Prozess der **Industrialisierung** gesprochen, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Im Mittelpunkt stehen die Einführung und Fortentwicklung der industriellen Produktionsweise (neue Energiequellen, Maschinen, Fabrik, Arbeitsteilung auf zunehmend wissenschaftlicher Grundlage, Wachstum des Sozialprodukts). Die Industrialisierung und der damit verbundene Wandel der Wirtschaftsstruktur bildeten die Grundlage für den Imperialismus – die europäische Dominanz über den Rest der Welt im 19. Jh. (vgl. SGB 2, S. 324).

Die Frage, wieso die industrielle Revolution gerade in Grossbritannien ihren Anfang nahm, ist nicht einfach zu beantworten. Wichtig war die relative **Durchlässigkeit** der Gesellschaftsschichten in Grossbritannien. Es war also im Vergleich mit Kontinentaleuropa eher möglich, einen sozialen Aufstieg zu schaffen. Ausserdem besass England bereits **Kolonien**, die Rohstoffe ins Mutterland lieferten. Schliesslich begünstigte auch die positive Entwicklung der Landwirtschaft eine Steigerung des allgemeinen Wohlstands.

Die erste Phase der Industrialisierung war in Grossbritannien geprägt durch die Entwicklung der **Baumwollindustrie** ab 1770. Baumwolle wurde in Indien und in den südlichen Kolonien Nordamerikas angebaut. Die gefertigten Tuche wurden in England, Europa und in den Kolonien verkauft. Grundlage für diese Entwicklung war die Erfindung der **Spinn- und Webmaschine** (1760-1780). Mit der Zeit wurden diese Maschinen auch mit Dampfkraft betrieben. Wichtig für die Industrialisierung war auch die **Eisenbahn**. Sie wurde vor allem für den Bergbau entwickelt, hatte dann aber auch grosse Auswirkungen auf den Transport anderer Güter, der viel günstiger wurde.



Abbildung 9: „Spinning Jenny“ (erste industrielle Spinnmaschine)

Die Industrialisierung verlief nicht in allen Ländern synchron: Während sie in Grossbritannien ab 1770 einsetzte, folgten Frankreich und Belgien etwa 1820, die Schweiz 1830, die USA und Deutschland 1870 und Russland sowie Japan ab 1880.

Durch die Industrialisierung kam es zu einem **Wachstum der Städte** und zum Entstehen von Grossstädten. Die Industrialisierung bewirkte einen starken Anstieg im internationalen Handel. Die neuen Industrien waren darauf angewiesen, ihre Rohstoffe und ihre Produkte auf dem internationalen Markt zu erhalten und zu verkaufen. Das Schwergewicht des Welthandels lag bis zum Ersten Weltkrieg in Europa. Für die industrialisierten Länder waren aber insbesondere auch die **Kolonien** als Lieferanten von **Rohstoffen** und als **Absatzmärkte** sehr wichtig.

Grossbritannien als grösste Kolonialmacht und als Land mit der am stärksten fortgeschrittenen Industrialisierung beherrschte den Welthandel lange unangefochten. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts versuchten Frankreich und das Deutsche Reich, Grossbritannien seine Führungsposition streitig zu machen. Sehr erfolgreich war dabei insbesondere das Deutsche

Reich. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die USA zur führenden Industriemacht auf der Welt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts beherrschten Europa und die USA die Weltwirtschaft, während andere Kontinente immer stärker in Abhängigkeit gelangt waren (vgl. Kapitel 5).

Gesellschaftliche und ökologische Folgen der Industrialisierung

In den im 19. Jahrhundert entstehenden Fabriken hatten sich die Arbeiterinnen und Arbeiter an strenge Vorschriften zu halten. Die Arbeitszeiten waren sehr lange – teilweise bis zu 16 Stunden pro Tag. Oft waren in einer Familie beide Ehepartner voll berufstätig, manchmal auch die Kinder. Die Arbeit in den Fabriken war monoton und anstrengend.

In den wachsenden Städten entwickelte sich eine klare Trennung von reicheren, bürgerlichen Quartieren und Arbeiterquartieren. **Arbeiterquartiere** waren meist nahe bei den Industriebauten gelegen und sehr dicht gebaut. Die Arbeiterinnen und Arbeiter lebten mit ihren Familien in sehr engen Platzverhältnissen und unter oft bedenklichen hygienischen Bedingungen. Für die schlechte Hygiene waren vor allem die ungenügenden Abwasser- und Kanalisationssysteme verantwortlich. Die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft wurden ab den 1830er-Jahren zum Gegenstand der öffentlichen Verhandlung, man sprach in diesem Zusammenhang von der „**sozialen Frage**“.

Soziale Frage

Als **soziale Frage** werden die Notlage und die ungelösten Probleme vor allem der Industriearbeiter speziell in den frühen Phasen der Industrialisierung bezeichnet. Dazu gehörten: unsichere Arbeitsplätze, häufige Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne bei langen Arbeitszeiten, Wohnungselend, fehlende Versorgung bei Krankheit, Invalidität und Tod (vgl. SGB 2, S. 330).

Der Marxismus als Antwort auf die soziale Frage

Der **Marxismus** ist eine politische Theorie und Bewegung, die nach einem ihrer Begründer, Karl Marx, benannt ist.

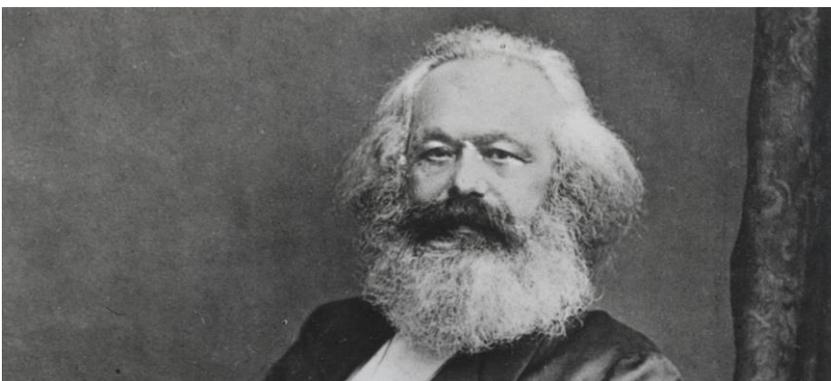


Abbildung 10: Karl Marx (1818-1883)

Karl Marx entwarf die marxistische Theorie zusammen mit seinem politischen Weggefährten Friedrich Engels (1820-1895). Die Begriffe **Marxismus** und **Kommunismus** werden oft fälschlicherweise als Synonyme verwendet. Man könnte den Marxismus als Theorie bezeichnen, die beschreibt, *wie menschliche Gesellschaften funktionieren*. Der Kommunismus stellt im Gegenzug eine mögliche Form der gesellschaftlichen Organisation dar, und zwar nach Marx und Engels die *ideale Form der Organisation* (zum Kommunismus vgl. Kapitel 7).

Eine wichtige Grundlage des Marxismus ist das **Menschenbild**, das Marx und Engels vertreten. Diesem Menschenbild zufolge will sich der Mensch in seiner Arbeit verwirklichen. In der industrialisierten Welt ist für die ArbeiterInnen aber eine Selbstverwirklichung in der Arbeit nicht mehr möglich. Wichtig in diesem Zusammenhang ist der Begriff der **Entfremdung**. Entfremdung meint, dass die Fabrikarbeiter die von ihnen geschaffenen Produkte nicht mehr als Ausdruck ihrer selbst empfinden. Die zentrale negative Auswirkung der Industrialisierung sehen Marx und Engels aber nicht in der Entfremdung, sondern in der mit der Industrialisierung und dem Kapitalismus entstandenen **Klassengesellschaft** mit dem vermögenden Bürgertum – der Bourgeoisie – auf der einen Seite und dem besitzlosen Proletariat – der Arbeiterschaft – auf der anderen Seite.

Die gesellschaftlichen Veränderungen über die Zeit beschreibt der Marxismus mit der Geschichtstheorie des **Historischen Materialismus**. Der Historische Materialismus versteht die Weltgeschichte als gesetzmässige Entwicklung, die durch die widersprüchliche wirtschaftliche Struktur der Gesellschaft bestimmt wird. Gesellschaften durchlaufen nach Marx und Engels verschiedene Stufen, in denen ein **Klassenkampf** zwischen Herrschenden und Unterdrückten ausgetragen wird (vgl. M1, SGB 2, S. 228). Die marxistische Geschichtstheorie wird als *materialistisch* bezeichnet, weil sie die Grundlage für alle gesellschaftlichen Veränderungen in der Wirtschaft – dem Materiellen – sieht.

In der marxistischen Theorie ist die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft zentral, die mit der Industrialisierung entstanden ist. Nach Marx und Engels ist der sogenannte **Mehrwert** der Antrieb des Kapitalismus. Der Mehrwert ist der Gewinn, den der Bourgeois in der Güterproduktion abschöpft. In einer Fabrik wäre der Mehrwert derjenige Betrag, der dem Fabrikhaber nach Abzug seiner Ausgaben (Rohstoffe, Maschinen, Löhne) als Gewinn übrigbleibt. Im kapitalistischen System bleibt der Mehrwert nach Marx immer beim Eigentümer der Produktionsmittel – dem Fabrikhaber bzw. Kapitalist – während der Arbeiter, der die Güter herstellt, keinen Anteil an diesem Mehrwert hat. Dies führt zu einer Anhäufung des Mehrwerts, zur sogenannten **Akkumulation**. Während der Reichtum der besitzenden Klasse immer weiter zunimmt, verarmt das Proletariat. Die dadurch entstehenden Spannungen führen dazu, dass es am Schluss notwendigerweise zu einer **Revolution** kommen muss (vgl. dazu das Kommunistische Manifest, M3, SGB 2, S. 229).

Industrielle Revolution und Industrialisierung

Im ausgehenden 18. Jahrhundert kam es in der Welt zu markanten Veränderungen: mit der Industriellen Revolution setzte der Prozess der Industrialisierung ein, der bis heute andauert. Die Industrialisierung wälzte die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen komplett um. Nach den politischen Umstürzen Ende des 18. Jahrhunderts gab die fortschreitende Industrialisierung neuen politischen Strömungen wie dem Liberalismus und dem Kommunismus Auftrieb.

Empfohlene Literatur zum Thema

SGB 2, S. 206–253.

Bibliographie

Lehrmittel

SGB 2: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 2. Vom Absolutismus bis zum Ende des des Ersten Weltkriegs, Berlin: Cornelsen, 2010.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 9: „Spinning Jenny“ (erste industrielle Spinnmaschine). <http://spartacus-educational.com/TexJenny2.jpg> [20.5.2017].

Abbildung 10: Karl Marx. <https://www.dhm.de/fileadmin/medien/lemo/Titelbilder/puck123.jpg> [11.4.2017].

4. Gründung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert

Ein für das 19. Jahrhundert charakteristischer Prozess ist die Gründung von Nationalstaaten.

Nation / Nationalstaat

Der Begriff der **Nation** wurde bereits im Mittelalter und der frühen Neuzeit verwendet und bezeichnete Gruppen mit gemeinsamer Herkunft. Der Begriff leitet sich aus dem lat. Begriff *natio* (Geburt) ab. Seit dem 18. Jh. wurde der Begriff auf ganze Völker übertragen und bezeichnet eine Gruppe von Menschen mit gleicher Sprache, gleicher Tradition, gleichen Bräuchen oder gemeinsamer Abstammung.

Als **Nationalstaat** wird ein Staat bezeichnet, in dem die Idee der Nation verwirklicht ist in dem also Menschen einer einzelnen Nation vereinigt sind. Der Nationalstaat löste im 19. Jahrhundert den Territorialstaat der frühen Neuzeit ab, in dem die Idee der Nation noch keine Rolle gespielt hatte.

Der Blick auf Europa zu Beginn des 19. Jahrhunderts zeigt, dass die Idee der Nation vielerorts nicht verwirklicht war. Einerseits wurde in verschiedenen Ländern die gleiche Sprache gesprochen (z.B. im Heiligen Römischen Reich / Deutschen Bund und den Schweizer Kantonen), andererseits gab es Länder, in denen viele verschiedene Sprachen gesprochen wurden (Österreich, Osmanisches Reich). Diese Konstellation – die aufkommende Idee des Nationalismus und deren Nicht-Umsetzung - bildete die Grundlage für viele Konflikte bis in die Gegenwart.

Benedict Anderson: Kritik am Konzept der Nation

Der US-amerikanische Sozialwissenschaftler Benedict Anderson hat das Konzept der Nation kritisch hinterfragt (vgl. M4, SGB 2, S. 181). Anderson konstatiert, dass Nationen als menschliche **Konstruktionen** („imagined communities“) zu verstehen sind. Sie sind nach Anderson problematisch, da ihr Wesen in der Abgrenzung besteht.

Für die Entstehung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert waren verschiedene Faktoren von Bedeutung: es musste eine nationale **Öffentlichkeit** entstehen, die sich in einer nationalen Bewegung (wie dem Liberalismus) vereinigte, vernetzte und austauschte. Diese Vereinigung war meist wirtschaftlich motiviert. Prozesse der Identitätsbildung wurden bewusst vorangetrieben: es wurde eine Nationalliteratur und eine nationale Symbolik geschaffen, es wurden nationale Feste durchgeführt und die Idee der Nation wurde auch durch die Erziehung gefördert.

Dies sind Prozesse, die oft bereits vor der offiziellen Gründung eines Nationalstaats einsetzen, sie schufen gerade die Voraussetzung, damit Nationalstaaten überhaupt gegründet werden konnten. Die Schaffung von Nationalstaaten war oft mit dem Prozess einer **Erfindung von Traditionen** (Begriff von Eric Hobsbawm) – Geschichten über eine gemeinsame Abstammung – verbunden. Die Schweiz liefert hier ein gutes Beispiel: Für die **Schweiz** war die Erfindung einer Tradition wegen der sprachlichen Vielfalt im Land von besonderer Bedeutung. Im 19. Jahrhundert wurden deswegen die Bündnisverträge, die die Schweizer Orte im späten Mittelalter untereinander abgeschlossen hatten, zu sogenannten **Bundesbriefen** erklärt. In diesen Bundesbriefen sei, so wurde im 19. Jahrhundert erklärt, bereits ein Denken als politische Einheit auszumachen. Der Entstehungszeitpunkt der Schweiz wurde damit um viele hundert Jahre in die Vergangenheit zurückversetzt – es wurde eine Tradition geschaffen.

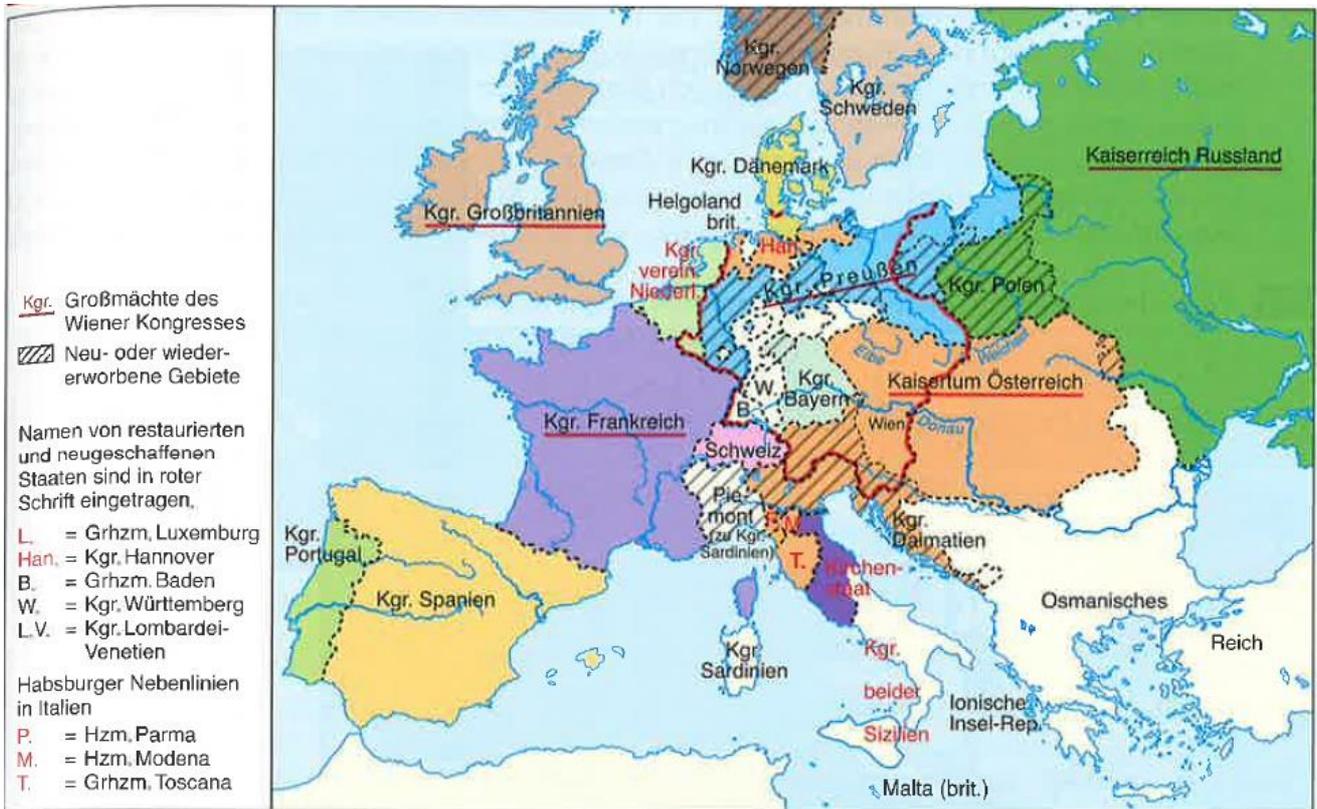


Abbildung 11: Europa nach dem Wiener Kongress, 1815

In den Verhandlungen im Wiener Kongress 1814-15 musste Frankreich die während den Napoleonischen Kriegen gewonnenen Gebiete wieder abtreten. Frankreich selbst blieb aber bestehen, was mit der Idee eines «Gleichgewichts der Mächte» verbunden war. Das Heilige Römische Reich wurde zum Deutschen Bund umgewandelt, wobei Österreich nur in Teilen zum Deutschen Bund gehörte. Das Kaisertum Österreich und das Kaiserreich Russland vereinigten Menschen unterschiedlichster Abstammung in einem Land. Diese Konstellation führte dazu, dass es in Europa ab den 1820er-Jahren zu zahlreichen Revolutionen und Aufständen für mehr Selbstbestimmung kam. Die deutschsprachigen und italienischsprachigen Gebiete waren stark zersplittert, der Nationsgedanke war dort also nicht verwirklicht. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden dann der italienische und der deutsche Nationalstaat.

Die Gründung des italienischen Nationalstaats

Das Gebiet des heutigen Italiens bestand nach dem Wiener Kongress aus verschiedenen **Einzelstaaten**: im Nord-Westen lag das Königreich Piemont-Sardinien, im Süden das Königreich beider Sizilien, im Nordosten die Grossherzogtümer Parma, Modena und Toskana, im Zentrum der vom Papst geführte Kirchenstaat. Die heute zu Italien gehörenden Regionen Lombardei und Venetien waren Teil Österreichs. Verschiedene europäische Adelsdynastien hatten in den italienischen Gebieten ihre Einflussgebiete. Alle Gebiete waren zunächst politisch konservativ ausgerichtet.

Wie in Resteuropa kam es auch in den italienischen Gebieten ab 1820 zu zahlreichen Aufständen, die aber unterdrückt wurden. Eine wichtige Bewegung, die sich bereits zu dieser Zeit für eine nationale Vereinigung Italiens und ein Ende der Herrschaft Österreichs über die norditalienischen Gebiete einsetzte, war **La Giovine Italia** („Junges Italien“). Wichtige Vertreter in dieser geheimen Gesellschaft waren Giuseppe Mazzini und Giuseppe Garibaldi. Die nationale Einigung in Italien erfolgte erst nach **drei Unabhängigkeitskriegen** der italienischen Staaten gegen Österreich. Die wichtigste Kraft auf italienischer Seite war in diesen Kriegen das Königreich Sardinien-Piemont, das seit 1848 eine konstitutionelle Monarchie war.

Im **1. Unabhängigkeitskrieg (1848–1849)** konnte Österreich das Königreich Sardinien-Piemont noch relativ schnell besiegen.

Im **2. Unabhängigkeitskrieg (1859–1861)** erhielt Sardinien-Piemont die Unterstützung Frankreichs. So wurden die österreichischen Herrscher in den norditalienischen Provinzen abgesetzt. Gleichzeitig wurde der italienische Süden durch den Freiheitskämpfer Garibaldi und seine Truppen befreit. Garibaldi trat für eine radikale politische Umgestaltung Italiens zu einer Republik ein, doch er konnte sich gegen das konservativer auftretende Sardinien-Piemont nicht durchsetzen. Garibaldi übergab Süditalien an Vittorio Emanuele II, den Herrscher Sardinien-Piemonts. Dieser wurde in der Folge 1861 zum König des neuen Königreichs Italien erklärt. Italien war damit geeint.

Im **3. Unabhängigkeitskrieg (1866)** gewann Italien dank einer Allianz mit Preussen – das ebenfalls gegen Österreich kämpfte – schliesslich auch noch das im Norden gelegene Venetien von Österreich. 1870 wurden schliesslich die Gebiete des Kirchenstaats zu Italien geschlagen. Das traditionelle Zentrum Rom wurde zur neuen Hauptstadt Italiens.

In der konstitutionellen Monarchie, die Italien jetzt war, gab es zwar bürgerliche Freiheitsrechte, doch ein grosser Teil der Bevölkerung blieb von der politischen Mitsprache ausgeschlossen. Das Beispiel der Gründung des italienischen Nationalstaats zeigt, dass die Interessen der europäischen Grossmächte von entscheidender Bedeutung waren: erst als Sardinien-Piemont Frankreich als Verbündeten gewinnen konnte, wurde die Unabhängigkeit von Österreich realistisch. In für das 19. Jahrhundert charakteristischer Art zeigt sich, wie sich überregionale Konstellationen auf die verschiedenen Regionen Europas auswirkten. Für die nationale Einigung Italiens waren zahlreiche Kriege nötig.

Die Gründung des deutschen Nationalstaats

Wie Italien war auch das heutige Deutschland nach dem Wiener Kongress ein stark zersplittertes Gebiet (vgl. Karte oben). Einflussreiche Mächte waren Preussen und Österreich. Daneben bestanden viele kleiner Königreiche und Herzogtümer, insgesamt existierten knapp 40 deutschsprachige Territorien.

Am Beginn der nationalen Einigung in Deutschland stand eine **kulturelle Bewegung**. Diese wurde getragen von einer gebildeten Elite von Pfarrern, Lehrern, Professoren, Studenten und Beamten. Durch diese kulturelle Bewegung entstand ein nationales Einheitsdenken bereits bevor die militärisch-politischen Entwicklungen 1871 schliesslich zur Gründung des Deutschen Reichs führten.

Eine grundlegende Entwicklung für die Entstehung des Deutschen Reichs war die Gründung des **Deutschen Zollvereins** 1834. Dieser sollte den wirtschaftliche Handelsverkehr zwischen den Einzelstaaten, der durch Zölle eingeschränkt war, erleichtern. Die Initiative für die Gründung des Zollvereins hatte das mächtige Preussen gegeben. Durch den nach der Gründung des Zollvereins einsetzenden erleichterten Handelsverkehr konnte der Zollverein grosse Gewinne erzielen. Er setzte seine Mittel zur Modernisierung von Infrastruktur und Gewerbe ein. Das Beispiel der Gründung des Deutschen Zollvereins zeigt, dass die zunehmende politische Vereinigung wirtschaftlich motiviert war.

Die deutsche Einigung war vor allem auch ein **politischer Prozess**. Wie in den meisten Orten in Europa kam es auch in den deutschen Staaten ab 1848 zu Versuchen liberaler Umstürze, die aber meist scheiterten. Das einflussreiche Preussen hingegen wurde 1848 zu einer konstitutionellen Monarchie umgewandelt und liberale Kräfte konnten mit der Zeit an Einfluss gewinnen.

1864 führten Preussen und Österreich gegen das Königreich Dänemark mit Erfolg den **Deutsch-dänischen Krieg**, der sich um den Einfluss in den Herzogtümern Schleswig und Holstein drehte. In der Folge des Kriegs wurden die Herzogtümer in den deutschen Zollverein aufgenommen.

Doch Österreich und Preussen waren nur wenig einig: Österreich war eine absolute Monarchie, während Preussen eine konstitutionelle Monarchie war, in der auch liberale Kräfte eine

Rolle spielten. Dies führte 1866 zum **Deutschen Bürgerkrieg**, nachdem Preussen eine Bundesreform vorgeschlagen hatte, die die Schaffung einer demokratisch gewählten Nationalversammlung vorsah. Es kam in der Folge zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Preussen mit seinen norddeutschen Verbündeten und Österreich mit seinen süddeutschen Verbündeten. Preussen ging aus dem Krieg als Sieger hervor. Der deutsche Bund wurde mit dem Krieg aufgelöst und Österreich trennte sich stärker von den anderen deutschen Gebieten ab. Aus dem Kaiserreich Österreich wurde die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, die bis zum 1. Weltkrieg bestand. Der deutsche Bund war nach dem Bürgerkrieg zwar aufgelöst, aber die norddeutschen Länder hatten sich noch vor dessen Auflösung zum norddeutschen Bund verbunden. Von diesem norddeutschen Bund ging dann die Bewegung zur Gründung des deutschen Reichs aus. Es brauchte dazu aber noch einen weiteren Krieg.

Am Beginn des **Deutsch-französischen Krieg** von 1870/71 standen Streitigkeiten um die Neubesetzung des Königsthrons in Spanien. Preussen wollte einen verbündeten Herrscher einsetzen, was zur Kriegserklärung Frankreichs an Preussen führte. In der Folge stellten sich die süddeutschen Staaten hinter Preussen – es kam also im Krieg gegen Frankreich zu einer Vereinigung der deutschen Staaten. Noch während des Kriegs nahmen die deutschen Staaten Einigungsverhandlungen auf. Im Januar 1871 wurde das Deutsche Reich gegründet. Im weiteren Verlauf des Kriegs gegen Frankreich konnten Gebiete gewonnen werden: Lothringen und Teile des Elsass.

Die Schweiz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die Schweiz stellte und stellt im Gegensatz zu Italien und dem Deutschen Reich keinen Nationalstaat dar, denn sie ist sprachlich und kulturell nicht einheitlich. Der Idee eines einheitlichen Nationalstaats wurde die Idee einer **Willensnation** entgegengesetzt: die Schweiz wurde als Einheit verstanden, weil dies dem Willen der Bevölkerung entsprach.

Die Konflikte, die die Schweiz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts prägten, waren insbesondere sozialer Art. Mit der **Industrialisierung** wuchs die Schicht der Arbeiter und Kleinbürger und begann, sich in den politischen Diskurs einzubringen. In diesem Zusammenhang wichtig war die 1874 erneuerte Bundesverfassung, mit der der das fakultative Gesetzesreferendum eingeführt wurde. Damit mussten Bundesgesetze einer Volksabstimmung unterbreitet werden, wenn 30'000 (heute 50'000) Stimmberechtigte dies verlangten. Der Einfluss der Stimmbürger nahm damit in der Folge immer stärker zu.

Die Industrialisierung veränderte die Schweizer Gesellschaft und wandelte sie von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft. Zu Beginn war vor allem die Textilindustrie von Bedeutung, später auch die Maschinenindustrie und die Chemie. Mit der Industrialisierung veränderte sich auch das Transportwesen in der Schweiz. Zuglinien wurden gebaut, 1882 wurde der Eisenbahntunnel durch den Gotthard eröffnet. Dies ermöglichte die touristische Erschließung des Alpenraums. Der Tourismus wurde zu einem prägenden Wirtschaftszweig für die Schweiz.

Die Gründung von Nationalstaaten

Für die Gründung der Nationalstaaten in Italien und Deutschland bildeten kulturelle Bewegungen die Grundlage. Daneben waren ökonomische Beweggründe von entscheidender Bedeutung. Liberale Kräfte setzten sich aus ökonomischem (Eigen-) Interesse für die Schaffung eines Nationalstaats ein. Für die nationale Vereinigung wurden zahlreiche Kriege geführt. In der Schweiz wurde der nationale Gedanke mit weniger Dringlichkeit verfolgt.

Empfohlene Literatur zum Thema

SGB 2, S. 152–171 (Schweiz), 176–202 (Italien und Deutsches Reich), 236–253 (Schweiz).

EDA: Der Bundesstaat im 19. Jahrhundert.

https://www.eda.admin.ch/content/dam/PRS-Web/de/dokumente/der-bundesstaat-im-19-jahrhundert_DE.pdf [23.5.2017].

Bibliographie

Lehrmittel

SGB 2: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 2. Vom Absolutismus bis zum Ende des des Ersten Weltkriegs, Berlin: Cornelsen, 2010.

Fachliteratur

Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München: C.H. Beck, 2009.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 11: Europa nach dem Wiener Kongress, 1815. SGB 2, S. 193.

5. Der Imperialismus

Imperialismus

Als **Imperialismus** wird eine Epoche der Weltgeschichte in der Zeit zwischen 1870 und 1914 bezeichnet, in der die europäischen Grossmächte sowie die USA und Japan in Konkurrenz zueinander versuchten, möglichst grosse Gebiete als Kolonien in ihr Reich – ihr Imperium – aufzunehmen und in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit zu bringen. Am Ende des Zeitalters des Imperialismus steht, als dessen Folge, der 1. Weltkrieg.

Der Historiker Jürgen Osterhammel hat den Begriff Imperialismus in einer breiteren Art definiert, die die typischen Merkmale des Zeitalters des Imperialismus nennt, aber auch auf andere Epochen anwendbar ist: „Unter Imperialismus lässt sich [...] die Summe von Handlungen verstehen, die auf die Eroberung und den Erhalt eines Imperiums abzielen. [...] Imperialismus ist durch einen besonderen Stil von Politik gekennzeichnet: Grenzen überschreitend, den Status quo nicht achtend, interventionistisch, das Militär schnell einsetzend, Krieg riskierend, Frieden diktierend. Imperialistische Politik geht von einer Hierarchie der Völker aus, immer einer von Starken und Schwachen, meist kulturell oder rassistisch abgestuft. Imperialisten sehen sich als zivilisatorisch überlegen und daher zur Herrschaft über andere berechtigt.“ (Osterhammel 2009, S. 620f.)

Wirtschaftliche Grundlagen des Imperialismus

In **wirtschaftlicher Hinsicht** lässt sich der Imperialismus als Fortführung des früheren Kolonialismus im Verbund mit der Industrialisierung verstehen. Gebiete wurden im Zeitalter des Imperialismus wesentlich umfangreicher erobert als zur Zeit des Kolonialismus. Als neue Gebiete rückten Afrika und Asien in den Blickpunkt, während das früh kolonisierte Lateinamerika bereits zu grossen Teilen unabhängig geworden war.

Die neue Form der Kolonialisierung im Zeitalter des Imperialismus wurde durch die technischen Neuerungen der **Industrialisierung** ermöglicht. Dampfschiffe und Eisenbahnen ermöglichten den Transport von Gütern in vorher nie gekanntem Ausmass.

Dampfschiffe und Eisenbahnen

1825 fuhr das erste ausschliesslich mit Dampfkraft betriebene Schiff von England nach Indien und benötigte dafür fast vier Monate. Um 1900 wurde die gleiche Reise von Schiffen in gerade einmal 3 Wochen gemacht. Statt den Luxusgütern wie Gold und Gewürzen, die mit Segelschiffen transportiert worden waren, wurden mit den Dampfschiffen nun Massengüter wie Kohle und Getreide transportiert. Für die Schifffahrt nach Asien von grosser Bedeutung war die Eröffnung des Suez-Kanals 1869.

Eisenbahnen ermöglichten zu Beginn die Erschliessung neuer Gebiete. Ab 1880 wurden sie zu einem sich verselbständigenden Faktor des Imperialismus. In den USA und in Kanada wurde der Kontinent von Ost nach West durchgehend verbunden. Russland zeigte mit dem Bau der transsibirischen Eisenbahn seine imperialen Ansprüche in Sibirien (1891–1905). Das Deutsche Reich unterstützte das Osmanische Reich von 1903 bis 1940 beim Bau der Bagdadbahn, die die heutigen Staaten Türkei, Syrien und Irak verband.

Die neuen Technologien ermöglichten ein starkes Anwachsen der Produktion und des Handels. Dies führte auch dazu, dass die Suche nach Rohstoffen und Absatzmärkten immer intensiver betrieben wurde. Der Imperialismus wurde erst ermöglicht durch das mit der Industrialisierung entstandene Kapital. Dieses schuf die Grundlage, damit die imperialen Länder ihre Herrschaft über die ganze Welt ausdehnen konnten. Die imperialistischen Länder standen in Konkurrenz zueinander. So wird für die Zeit ab 1880 bis zum 1. Weltkrieg von einem *Wettlauf um Afrika* gesprochen. Der Begriff des Wettlaufs zeigt: es ging nicht mehr darum, einzelne koloniale Handelsstationen zu errichten, sondern vielmehr darum, die Welt flächendeckend zu beherrschen.

Ideologische Grundlagen des Imperialismus

In **ideologischer Hinsicht** bildete der **Sozialdarwinismus** eine wichtige Grundlage für den Imperialismus.

Sozialdarwinismus

Als **Sozialdarwinismus** wird die Anwendung der biologischen Evolutionstheorie Charles Darwins (1809–1882) auf gesellschaftliche Fragestellungen bezeichnet. Darwin hatte in Bezug auf die Entwicklung der Lebewesen postuliert, dass diejenigen sich durchzusetzen vermögen, die am besten an die Umweltbedingungen angepasst sind („survival of the fittest“). Der Sozialdarwinismus leitete aus dieser Theorie gesellschaftliche Prinzipien ab: nur die Tüchtigsten und Stärksten sollten überleben. Konflikte zwischen Staaten wurden ebenso auf diese Weise interpretiert.

Eng mit dem Sozialdarwinismus verbunden war der **Rassismus**.

Rassismus

Als **Rassismus** wird eine Ideologie bezeichnet, die in pseudowissenschaftlicher Weise biologische Unterscheidungen zwischen Menschen zur Rechtfertigung gesellschaftspolitischer Massnahmen benutzt. Der Rassismus verherrlicht die eigene „Rasse“, andere „Rassen“ werden abgelehnt und unterdrückt.

Rassismus und Sozialdarwinismus lieferten den europäischen Ländern Argumente dafür, die Herrschaft über die Gebiete in Afrika und Asien auszubauen. In Europa herrschte zu dieser Zeit insbesondere bezüglich Afrika die Idee einer „**Kulturlosigkeit**“ vor. Afrika wurde als „weisser Fleck“ beurteilt, den es zu erobern gelte. Beispielhaft lässt sich eine rassistische Gesinnung in den Schriften des deutschen Kolonialbeamten Paul Rohrbach erkennen.

Paul Rohrbach: rassistische Begründung für die Ausbeutung Afrikas

„Auch der grösste Negerfreund kann nicht behaupten, dass die schwarze Rasse im ganzen genommen mit der Summe körperlicher Arbeitskraft, über die sie verfügt, im Verhältnis annähernd so viel Werte schaffte, wie die übrigen Völker, die durch ihre Lebensumstände und durch ihre innere Charakterveranlagung zu wirklicher Arbeit getrieben werden. [...] Es ist daher nicht einzusehen, woher die Schwarzen ein Privileg auf weniger Arbeit und mehr Nichtstun haben sollen, als alle übrigen Völker der Welt.“ (Rohrbach 1911, S. 34f.)

Erforschung fremder Kulturen

Rassismus war im 19. Jahrhundert weit verbreitet. Viele Forscher hatten aber auch ein echtes Interesse an den neuen Kulturen. Bereits bevor die Kolonialisierung Afrikas in den 1880er-Jahren in grösserem Ausmass begann, wurden im ganzen 19. Jahrhundert zahlreiche **Forschungsreisen** auf den Kontinent unternommen. Die Europäer erforschten und erschlossen die inneren afrikanischen Gebiete mit dem Ziel, sie später für ihre Zwecke nutzbar zu machen. In vielen europäischen Ländern wurden zu diesem Zweck Forschungsgesellschaften gegründet. Einer der bekanntesten Forscher aus dieser Zeit war der Schotte David Livingstone (1818-1873). Livingstone arbeitete zuerst als Missionar in Afrika, später begann er den afrikanischen Kontinent zu bereisen und seine Beobachtungen in Büchern festzuhalten. Livingstone erforschte Natur, Flüsse, Tiere und Pflanzen. Er beobachtete auch die Lebens- und Arbeitsweise der Menschen. In seiner Heimat wurde Livingstone mit seinen Schriften zu einem Helden und seine Schriften fanden grosse Verbreitung. Livingstone trat – anders als der oben erwähnte Rohrbach – den Kulturen Afrikas mit einem gewissen Respekt entgegen.

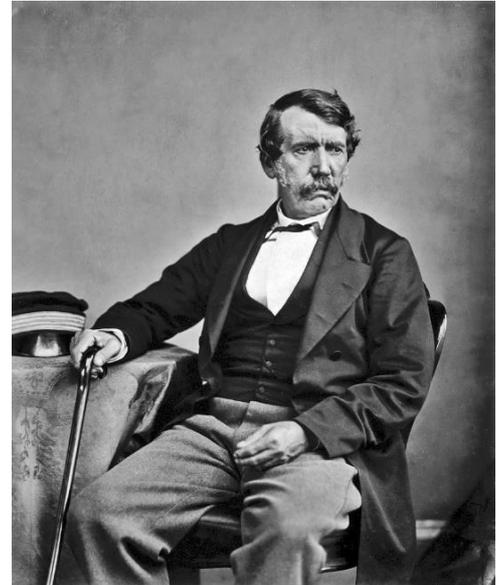


Abbildung 12: David Livingstone

David Livingstones Beobachtungen

Auf seinen Reisen durch Afrika führte Livingstone ein Tagebuch. Bei seinem Aufenthalt im südlichen Afrika (heutiges Angola) hielt Livingstone fest:
„Als wir den Lucalla hinauf in den Cazengo fuhren, hatten wir Gelegenheit, einige blühende Kaffeepflanzungen zu besuchen, und merkten, dass Leute, die ohne Kapital, aber mit redlichem Fleiss begannen, im Verlauf weniger Jahre sich ein angenehmes Leben geschaffen hatten. [...] Mit so bequemen Aussichten auf Reichtum scheint die Vorsehung dazu aufzufordern, den Sklavenhandel aufzuheben, und rechtmässigen Handel zu führen. Wir sahen die weibliche Bevölkerung, wie gewöhnlich, mit Baumwollspinnen und mit dem Bebauen ihrer Ländereien beschäftigt. Ihr einziges Ackergerät ist eine Hacke mit Doppelstiel. Viele Männer sahen wir weben. Sie scheinen weniger fleissig als die Weiber zu sein, denn sie brauchen einen ganzen Monat, um ein Gewebe zu vollenden [...].“ (sprachlich leicht modernisiert nach Livingstone 1858, S. 55)

Antiimperialismus

Eine wichtige Ursache für den Imperialismus war neben der wirtschaftlichen Entwicklung die von den europäischen Ländern verfolgte Politik. Diese imperialistische Politik stiess aber auch innerhalb der Länder auf Widerstand: insbesondere **linke politische Parteien und Bewegungen** prangerten die Ausbeutung der Kolonien an.

Wichtige Vertreterinnen und Vertreter des Marxismus und der Arbeiterbewegung – wie Rosa Luxemburg – entwarfen eigene Theorien über den Imperialismus. Luxemburg erklärte den Imperialismus als notwendige Folge der anwachsenden Produktion, die mit der Industrialisierung eingesetzt hatte. Die in den Herkunftsländern ausgebeutete Arbeiterschaft kam nach Luxemburg für den Kauf der produzierten Güter nicht in Frage, da sie selbst gar nichts besass. Es

war darum für Luxemburg die logische Folge, dass die kapitalistischen Länder eine Erweiterung ihres Territoriums anstreben mussten. Personen und Parteien, die sich dem Imperialismus widersetzen, werden heute unter dem Begriff **Antiimperialismus** zusammengefasst.

Deutscher Imperialismus

Der deutsche Imperialismus wurde durch Gruppierungen wie die *Gesellschaft für Deutsche Kolonisation* vorangetrieben. Diese sah es als Nachteil an, dass das Deutsche Reich im Vergleich mit anderen Ländern spät mit der Kolonialisierung der Welt begonnen hatte. Die deutsche Kolonialpolitik verblieb hingegen auch nach der Gründung des Deutschen Reichs 1871 zuerst eher zurückhaltend. Dafür war insbesondere der Reichskanzler Otto von Bismarck verantwortlich. Bismarck war von 1871 bis 1890 als Reichskanzler der Regierungschef des Deutschen Reichs. Unter Bismarck schloss das Deutsche Reich zahlreiche Verteidigungsbündnisse mit den europäischen Grossmächten ab. Die vom Deutschen Reich getragene europäische **Bündnispolitik** bewirkte, dass für die Zeit bis 1890 von einem **Gleichgewicht** in Europa gesprochen werden kann: es existierte ein Bündnis zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien. Grossbritannien und Russland waren durch indirekte Verträge mit ihnen verbunden. Frankreich war als einzige der europäischen Grossmächte in Europa isoliert. Nachdem der deutsche Kaiser Wilhelm I. 1888 starb, kam sein Enkel Wilhelm II. an die Macht. Unter Wilhelm II. wurde die koloniale Politik des Deutschen Reichs verschärft. Reichskanzler Bismarck musste 1890 unter Druck des neuen Kaisers zurücktreten. Einer der Nachfolger Bismarcks als Reichskanzler – Bernhard von Bülow – formulierte das neue Motto der deutschen Aussenpolitik mit einer Aussage, die sehr bekannt geworden ist: „Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“ Damit war die koloniale Politik, wie sie die kolonialen Gesellschaften gefordert hatten, endgültig in der Politik angekommen.

Konflikte im Zeitalter des Imperialismus

Nicht nur das Deutsche Reich verfolgte in diesem Zeitraum seine kolonialen Ziele vehementer, sondern auch aussereuropäische Mächte wie Japan und die USA. Dadurch wuchsen die Konflikte zwischen den Grossmächten. Dies zeigen die folgenden Beispiele auf.

Kongo-Konferenz 1884-1885: Die Kongo-Konferenz fand von November 1884 bis Februar 1885 in Berlin statt. Das Gebiet rund um den Kongofluss in Zentralafrika wurde ab 1879 durch den englischen Journalisten und Forscher Henry Morton Stanley im Auftrag des belgischen Königs Leopold II. erforscht und kolonial erschlossen. Im Auftrag des belgischen Königs kaufte Stanley die Gebiete rund um den Kongo-Fluss von den lokalen Herrschern auf. Mit dem Kauf der Gebiete wurde nicht nur der Boden gekauft, sondern auch die Arbeitskraft der Menschen, die dort wohnten. Es entstand ein riesiges Gebiet, das im Privatbesitz des belgischen Königs war und das wirtschaftlich mit Kautschukplantagen (Gummi) und Minen ausgebeutet wurde. Auch Frankreich und Portugal beanspruchten aber das Gebiet für sich, was zu Konflikten führte. Eine internationale Regelung des Vorgehens bei der Kolonialisierung Afrikas musste gefunden werden. Der deutsche Kanzler Bismarck rief darum die Kongo-Konferenz ein. In den Verhandlungen in Berlin wurde ein Verfahren festgelegt, wie der Erwerb von Kolonien in Zukunft zu geschehen hatte. In der Kongoakte, die die teilnehmenden Länder zum Schluss der Konferenz unterschrieben, wurde festgehalten, dass andere Kolonialmächte beim Erwerb einer Kolonie jeweils ihr Einverständnis erklären mussten. Es wurde ausserdem festgehalten, dass die faktische politische und militärische Kontrolle über ein Gebiet ein Recht auf Herrschaft in diesem Gebiet erwirkte. Mit diesem Prinzip wurde der Wettlauf um Afrika verschärft.

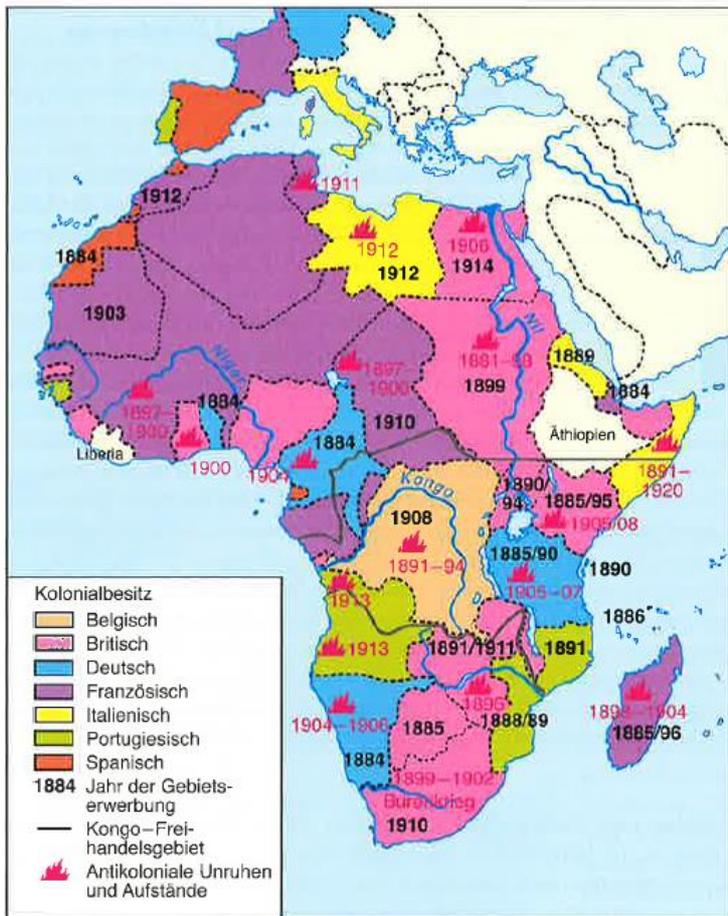


Abbildung 13: Europäische Kolonien in Afrika 1914

In der Zeit nach der Kongo-Konferenz waren es vor allem Grossbritannien und Frankreich, die sehr grosse Teile Afrikas in ihren Besitz bringen konnten. Sie besaßen anders als beispielsweise das Deutsche Reich bereits stärkere Flotten und hatten bereits früher Handelsstationen in den Küstengebieten eingerichtet. Bis zum 1. WK wurde fast ganz Afrika unter den europäischen Mächten aufgeteilt. Mit den Gebietsgewinnen Frankreichs und Grossbritanniens war auch eine zunehmende Konkurrenz zwischen diesen Mächten verbunden.

Faschoda-Krise 1898: Die Faschoda-Krise 1898 war ein Zusammenstoss zwischen Frankreich und Grossbritannien im heutigen Südsudan. Während Frankreich seine Kolonialgebiete von West nach Ost verbinden wollte, verfolgte Grossbritannien das Ziel einer Verbindung von Nord nach Süd. Im Ort Faschoda trafen Kolonialtruppen Frankreichs und Grossbritanniens 1898 aufeinander. Beide beanspruchten das dortige Gebiet für sich. Es bestand die Gefahr eines grossen Kriegs zwischen Frankreich und Grossbritannien. Frankreich musste aber einsehen, dass Grossbritannien stärker war und der Konflikt konnte in der Folge friedlich beigelegt werden. Eine bedeutende Folge der Faschoda-Krise war eine einsetzende Annäherung zwischen Frankreich und Grossbritannien, die unter der Bezeichnung Entente cordiale auch im 1. Weltkrieg wichtig wurde.

stand die Gefahr eines grossen Kriegs zwischen Frankreich und Grossbritannien. Frankreich musste aber einsehen, dass Grossbritannien stärker war und der Konflikt konnte in der Folge friedlich beigelegt werden. Eine bedeutende Folge der Faschoda-Krise war eine einsetzende Annäherung zwischen Frankreich und Grossbritannien, die unter der Bezeichnung Entente cordiale auch im 1. Weltkrieg wichtig wurde.

Boxeraufstand 1899–1901: Als Afrika unter den europäischen Mächten aufgeteilt war, rückten auch andere Gebiete in den Fokus der imperialistischen Politik. Ein wichtiger Konflikt, der in diesem Zusammenhang entstand, war der sogenannte Boxer-Aufstand in China. Das chinesische Reich wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert stark von den imperialistischen Mächten bedrängt. Japan hatte 1894 und 1895 einen siegreichen Krieg gegen China geführt und herrschte seit diesem Zeitpunkt über einen Teil des chinesischen Reiches. Die Europäer unterhielten ebenso bereits etliche Stützpunkte und Handelshäfen.

Gegen diese koloniale Ausbeutung entstand Ende des 19. Jahrhunderts eine aufständische Bewegung von Bauern auf dem Land. Von den Europäern wurden diese Aufständischen als Boxer bezeichnet, da es unter ihnen einige Kämpfer aus Kampfkunstschulen gab. Die Aufständischen hingegen selbst nannten sich „Bewegung der Verbände für Gerechtigkeit und Harmonie“. Die Bewegung der Boxer wuchs an, bis sie schließlich gegen die Hauptstadt Peking marschierten. Sie ermordeten Missionare und Abgeordnete der Kolonialmächte. Dies war der Anlass für eine blutige militärische Niederschlagung des Aufstands durch die verbundenen Kolonialmächte unter der Führung des Deutschen Reichs. In einem Friedensabkommen musste China riesige Entschädigungssummen an die Kolonialmächte bezahlen und seinen Markt den siegreichen Kolonialmächten öffnen. China wurde in der Folge zwar nicht zu einer formalen Kolonie, doch es wurde wirtschaftlich in kolonialer Art ausgebeutet.

Marokko-Krisen 1905–1906, 1911: Die *Entente cordiale* zwischen Grossbritannien und Frankreich hatte unter anderem auch zur Folge, dass Nordafrika zwischen den beiden Mächten aufgeteilt wurde: Marokko wurde der französischen Sphäre zugeschlagen, Ägypten der britischen. Vor allem um diese – für das Deutsche Reich bedrohliche – Annäherung von Frankreich und Grossbritannien zu verhindern, bestand das Deutsche Reich darauf, dass die „Marokko-Frage“ an einer internationalen Konferenz verhandelt werden müsse. Der deutsche Kaiser reiste 1905 nach Marokko und erklärte die Unabhängigkeit Marokkos, um Druck auf Frankreich zu erzeugen. Er löste damit die **erste Marokkokrise** aus. So kam es 1906 im südspanischen Algeciras zur Konferenz zwischen den europäischen Grossmächten und der USA. Das deutsche Vorgehen war zwar einerseits erfolgreich, denn an der Konferenz wurde beschlossen, dass Marokko ein souveräner Staat bleiben sollte. Eine Schwächung des Bündnisses zwischen Grossbritannien und Frankreich konnte das Deutsche Reich aber dennoch nicht erreichen.

Die **zweite Marokkokrise** von 1911 wurde wiederum durch Streitigkeiten zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich verursacht. Das Deutsche Reich war bereits nach der ersten Marokkokrise international isoliert. Nachdem französische Truppen 1911 marokkanische Städte besetzten, schickte der deutsche Kaiser Wilhelm II. ebenfalls Truppen nach Marokko. Er wollte erreichen, dass Frankreich koloniale Gebiete an das Deutsche Reich abtreten würde. Es kam zu Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich, in denen sich Frankreich und das Deutsche Reich verständigten: das Deutsche Reich erhielt ein kleines Gebiet in Zentralafrika zugesprochen, musste aber im Gegenzug die Herrschaft Frankreichs über Marokko anerkennen. Das eigentliche Ziel konnte das Deutsche Reich nicht erreichen: das Deutsche Reich blieb international noch stärker isoliert und das britisch-französische Bündnis festigte sich weiter.

Der Imperialismus

Eine imperialistische Politik verfolgten die europäischen Grossmächte, aber auch Japan und die USA. Der Imperialismus war vor allem wirtschaftlich motiviert, hatte aber auch eine ideologische Komponente, die sich in den Konzepten des Sozialdarwinismus und des Rassismus ausdrückte. Die imperialistische Politik führte zu wachsenden Spannungen zwischen den Kolonialmächten. Es wurden Bündnisse geschlossen und die Machtkonstellationen des 1. Weltkriegs begannen sich herauszubilden.

Empfohlene Literatur zum Thema

SGB 2, S. 254–297.

Bibliographie

Lehrmittel

SGB 2: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 2. Vom Absolutismus bis zum Ende des des Ersten Weltkriegs, Berlin: Cornelsen, 2010.

Fachliteratur

Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München: C.H. Beck, 2009.

Quellen

Livingstone, David: Missionsreisen und Forschungen in Süd-Afrika während eines sechzehnjährigen Aufenthalts im Innern des Continents. Aus dem Englischen von Dr. Hermann Lotze. Bd. 2, Leipzig: Hermann Costenoble, 1858.

Rohrbach, Paul: Das deutsche Kolonialwesen, Leipzig: Gloeckner, 1911.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 12: David Livingstone. https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/21/David_Livingstone_-1.jpg [18.4.2017].

Abbildung 13: Europäische Kolonien in Afrika, 1914. SGB 2, S. 282.

6. Der Erste Weltkrieg

Der 1. Weltkrieg bildete – als Kräfte messen der Grossmächte – eine Konsequenz des durch diese Staaten betriebenen Imperialismus. Vielerorts herrschte zu Beginn eine grosse Begeisterung über den Krieg. Unmittelbarer Auslöser des Kriegs waren die Ereignisse im südosteuropäischen Balkan.

Interessen der Grossmächte

Osmanisches Reich

Zu den noch unabhängigen Staaten gehörte das Osmanische Reich, das von den Türken beherrscht wurde. Diese hatten unter der Herrscherfamilie der Osmanen im 15. Jahrhundert Südosteuropa bis Ungarn und Vorderasien bis zum Persischen Golf erobert. Verwaltung und Armee waren seither jedoch nur ungenügend modernisiert worden. Seit dem 18. Jahrhundert verlor das Reich Gebiet um Gebiet; man sprach vom „kranken Mann am Bosphorus“. Die Völker auf dem Balkan begannen mit Erfolg, sich zu befreien und eigene Staaten zu bilden. Bald jedoch kam es zu Streitigkeiten zwischen den befreiten Balkanvölkern, weil sie sich über den Grenzverlauf ihrer Staaten nicht einig wurden (Balkan-kriege). Die befreiten Balkanvölker hofften aber auch auf weitere Gebietsgewinne auf Kosten von Österreich-Ungarn. Im Südosten dieses Reichs lebten viele Serben und Rumänen. Manche von ihnen wollten lieber dem unabhängigen Serbien oder dem unabhängigen Rumänien angehören.

Grossbritannien

Grossbritannien wollte zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem seine starke Stellung sichern und Konflikte vermeiden. Daher war es bereit, über strittige Fragen mit den anderen Staaten Abkommen zu schliessen (wie die *Entente cordiale* mit Frankreich). Grossbritannien überliess Marokko den Franzosen und erhielt im Gegenzug Ägypten. Mit Russland konnte sich Grossbritannien auf eine Aufteilung des Irans in Einflusszonen (Norden: Russland, Süden: Grossbritannien) einigen. Grossbritannien war entschlossen, die mit Abstand stärkste Seemacht zu bleiben, die Meere zu beherrschen und sein Kolonialreich zu schützen.

Frankreich

Frankreich sah ein, dass es Grossbritannien auf dem Meer und in den Kolonien nicht gewachsen war. Sein Hauptziel blieb, Elsass-Lothringen vom Deutschen Reich zurückzugewinnen, sein Hauptgegner war daher das Deutsche Reich. Gegen dieses suchte Frankreich die Freundschaft Grossbritanniens und Russlands.

Deutsches Reich

Das Deutsche Reich galt als die stärkste Landmacht mit dem modernsten Heer. Um seinen aufstrebenden Welthandel und seine Kolonien zu schützen, wollte es nun auch eine starke Seemacht werden und den britischen Vorsprung aufholen. Die politische Führung im Deutschen Reich dachte auch an den Erwerb weiterer Kolonien, etwa auf Kosten von Portugal oder Belgien. Auf dem Balkan unterstützte das Deutsche Reich Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich. Deutsche Offiziere modernisierten das osmanische Heer.

Österreich-Ungarn

In Österreich-Ungarn lebten viele Völker und es wurden zahlreiche Sprachen gesprochen (neben Deutsch und Ungarisch waren dies u.a. Polnisch, Böhmisches, Serbokroatisch, Slowenisch und Rumänisch). Österreich-Ungarn fürchtete, der Aufstieg Serbiens auf dem

Balkan könnte bewirken, dass sich die Slawen, die in Österreich-Ungarn lebten, vom Reich abspalten würden. Österreich-Ungarn suchte darum nach einer passenden Gelegenheit, um Serbien eine Niederlage beizubringen oder es sogar in seine Abhängigkeit zu zwingen. In Österreich-Ungarn befürchtete man, dass Russland das Osmanische Reich ganz zerstören und dadurch sehr mächtig werden würde.

Russland

Russland war zunächst in Asien der Hauptgegner der Briten. Als Russland aber 1904/05 im Russisch-Japanischen Krieg eine schwere Niederlage erlitt, verzichtete es auf eine weitere Ausdehnung in Asien und einigte sich mit Grossbritannien. Dafür wollte es nun wieder gegen das Osmanische Reich vorgehen, Istanbul mit den militärisch wichtigen Meerengen erwerben und seine Stellung auf dem Balkan verstärken. Russland verfolgte das Ziel des Panslawismus: die slawischen Völker sollten alle geeint und unabhängig werden.

Kriegsgefahr und Bündnissysteme

Wegen der zahlreichen Streitigkeiten um Kolonialfragen und wegen der Entwicklung auf dem Balkan bestand fast ständig die Gefahr eines Krieges. 1912 bis 1913 kam es zwischen den Balkanstaaten und dem Osmanischen Reich zu zwei Kriegen, aus denen sich die Grossmächte nur knapp heraushalten konnten. Im Ersten Balkankrieg 1912 nahmen die Bundesgenossen Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland dem Osmanischen Reich fast den ganzen europäischen Besitz ab, im Zweiten Balkankrieg 1913 kämpften die Länder dann um die Verteilung ihrer neuen Eroberungen.

Mit Blick auf die Gefahr eines grossen, internationalen Kriegs versuchten die einzelnen Staaten ihre Stellung zu verbessern, indem sie mit anderen Staaten Verteidigungsbündnisse abschlossen. Die Gefahr dieser Bündnissysteme bestand darin, dass sich ein Krieg zwischen zwei Staaten rasch zu einem Krieg aller Grossmächte ausweiten konnte. Zusammenstellung nach: DGZG 2, S. 270–274; SGB 2, S. 288–290.

Der Ausbruch des 1. Weltkriegs

Am 28. Juni 1914 wurden der österreichisch-ungarische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau vom serbischen Nationalisten Gavrilo Princip in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo ermordet. Princip gehörte zu einer Gruppe von Attentätern, die schon kurz zuvor versucht hatten, mit einer Bombe Franz Ferdinand, den Neffen des österreichischen Kaisers, zu töten. Mit diesem **Attentat** wollte sich die Gruppe gegen die Unterdrückung der Serben im österreichisch-ungarischen Kaiserreich wehren. Nach dem Anschlag gerieten die bestehenden Spannungen zwischen den europäischen Ländern ausser Kontrolle.

Österreich-Ungarn forderte eine genaue Untersuchung der Ereignisse vom 28. Juni, weil man vermutete, dass die serbische Regierung hinter dem Attentat steckte. Die Forderungen zu dieser Untersuchung waren absichtlich hoch gesetzt, so dass man sichergehen konnte, dass Serbien sie nicht annehmen würde. So sollten die Ereignisse diesen Forderungen zufolge durch eine österreichisch-ungarische Untersuchungskommission aufgeklärt werden. Serbien sollte also zulassen, dass auf seinem Territorium eine österreichisch-ungarische Polizei eingesetzt würde, die serbisch-nationalistische Gruppierungen unterdrücken würde. Österreich-Ungarn setzte ein **Ultimatum** unter seine Forderungen: Serbien erhielt 2 Tage Zeit, um auf die Forderungen einzugehen. Die serbische Regierung lehnte die Untersuchung jedoch ab. So folgte am 28. Juli Österreich-Ungarns Kriegserklärung an Serbien. Bereits vor der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien wurden im Hintergrund zahlreiche Vereinbarungen zwischen den europäischen Ländern getroffen, wie man sich im Fall einer Kriegserklärung verhalten würde.



Das Deutsche Reich erklärte seine Unterstützung Österreich-Ungarns in einem allfälligen Krieg. Russland drohte hingegen, sich in einem Krieg Österreich-Ungarns gegen Serbien hinter Serbien zu stellen. Doch Österreich-Ungarn liess sich, mit der Unterstützung des Deutschen Reichs, von dieser russischen Drohung nicht von weiteren Schritten abhalten.

Am **28. Juli 1914** erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Russland unterstützte Serbien und stellte sich damit gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich. So kam es am 1. August zur Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Russland. Frankreich hatte mit Russland ein Bündnis abgeschlossen und war nicht bereit, auf die deutsche Forderung einzugehen, sich aus einem deutsch-russischen Krieg herauszuhalten. Am 3. August erklärte darum das Deutsche Reich Frankreich den Krieg. Von den grossen europäischen Mächten war zu diesem Zeitpunkt einzig Grossbritannien noch nicht in den Krieg eingetreten. Bevor sich der Konflikt auf die Grossmächte ausgeweitet hatte, hatte man in Grossbritannien eher eine zurückhaltende Politik verfolgt. Mit der Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Russland und an Frankreich waren aber die Bündnispartner Grossbritanniens bedroht. So trat am 4. August auch Grossbritannien in den Krieg.

Im 1. Weltkrieg standen sich damit zwei Bündnisse gegenüber: die **Mittelmächte** und die **Entente**. Ihren Ursprung hatten diese Bündnisse bereits in der Zeit des Imperialismus. Die grundsätzlichen Gegensätze zwischen den Bündnissen erklären sich insbesondere aus der Kolonialpolitik. Hier war das Deutsche Reich ab 1890 immer offensiver aufgetreten und hatte damit die Feindschaft der anderen Kolonialmächte bewirkt.

Auf Seiten der **Mittelmächte** kämpften das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich. Die **Entente** bestand aus Frankreich, Grossbritannien und Russland. 1917 trat auch die USA auf Seiten der Entente in den Krieg ein.



Abbildung 14: Bündnisse und Frontverlauf im 1. Weltkrieg

Der Kriegsverlauf im Überblick

Im **Westen** verfolgte das Deutsche Reich das Ziel, möglichst schnell einen Sieg gegen Frankreich herbeizuführen. Dazu war bereits 1905 der *Schlieffenplan* ausgearbeitet worden. Die Idee war, nach einem schnellen Sieg im Westen alle Truppen in den Osten verlegen zu können. Der Vorstoss kam aber schnell zum Erliegen, die Front bewegte sich nur noch wenig hin und her. Im Krieg in Schützengräben kam es zu sehr vielen Todesopfern.

Im **Osten** kam es zu Beginn zu Gebietsgewinnen Russlands, doch die deutschen Truppen konnten diese Gebiete schnell zurückerobern. Für die russische Bevölkerung war der Krieg eine grosse Belastung, es kam zu Lebensmittelknappheit und zu politischen Spannungen. Diese führten zu den Russischen Revolutionen im Februar und Oktober 1917 und zum Ausscheiden Russlands aus dem Krieg bereits vor dessen Ende (vgl. Kapitel 7).

Im **Südosten** – auf dem Balkan – wurde ebenso gekämpft. Anfangs konnte sich Serbien gegen Österreich-Ungarn halten. 1915 erhielt Österreich-Ungarn aber Unterstützung durch das Deutsche Reich und in der Folge konnten die Mittelmächte auch auf dem Balkan Gebietsgewinne erzielen.

England führte auf eigenem Landesgebiet keinen Krieg gegen die Mittelmächte, war jedoch beim Krieg auf dem Meer gegen das Deutsche Reich stark miteinbezogen. Die Nordsee wurde von den Engländern abgeriegelt, so dass auf diesem Weg keine Güter mehr in das Deutsche Reich gelangen konnten. Dies war einer der Gründe für die Hungersnot im Deutschen Reich im Winter 1916/17. Die deutsche Marine bekämpfte England im U-Boot-Krieg und ging auch allgemein gegen Handelsschiffe vor.

Im Mai 1915 versenkte ein deutsches U-Boot das US-amerikanische Passagierschiff *Lusitania*, mehr als 1000 Personen kamen ums Leben (das Schiff hatte auch Munition geladen). Das deutsche Vorgehen wurde von vielen Ländern verurteilt. Der vom Deutschen Reich geführte U-Boot-Krieg war ein wichtiger Faktor für den **Kriegseintritt der USA 1917**. Ausserdem hatte das Deutsche Reich im Geheimen Mexiko zum Angriff auf die Südgebiete der USA aufgefordert und deutsche Unterstützung versprochen, doch dieser Plan war öffentlich geworden. So kam es zum Kriegseintritt der USA. Dieser lieferte den Alliierten eine entscheidende Übermacht im Krieg.

Die **Schweiz** wurde vom Ersten Weltkrieg nur indirekt betroffen. Zwar wurde die Grenze vom Schweizer Militär befestigt und mit Soldaten besetzt, es kam hingegen zu keinen Kriegshandlungen in der Schweiz (ausführlicher zu den Auswirkungen des Kriegs in der Schweiz vgl. Kap. 8, Die Schweiz in der Zwischenkriegszeit).

Aussereuropäische und koloniale Aspekte

Der erste Weltkrieg fand nicht nur in Europa statt. Das Deutsche Reich verlor im Laufe des Kriegs Kolonialgebiete, die nach dem Krieg der Verwaltung Japans, Grossbritanniens, Frankreichs, Australiens, Südafrikas und weitere Staaten unterstellt wurden. Diese Gebietsverluste wurden in den Verträgen nach dem 1. Weltkrieg festgehalten.

Vor allem wurden auch Menschen aus den Kolonien und abhängigen Gebieten im Krieg eingesetzt. So schickte beispielsweise China 140'000 Arbeiter nach Europa, um Schützengräben auszuheben und Eisenbahnlinien und Strassen zu bauen. Sehr viele **Soldaten aus Kolonialgebieten** kämpften insbesondere für Grossbritannien. Dennoch war der 1. Weltkrieg im Vergleich mit dem 2. Weltkrieg ein mehrheitlich auf Europa beschränkter Konflikt. Die hauptsächlichen Kriegsschauplätze lagen in Europa.

Der Völkermord an den Armeniern

Während des 1. Weltkriegs kam es im Osmanischen Reich zu einem **Völkermord** an den Armeniern.

Völkermord

Als **Völkermord** gilt der völkerrechtlichen Definition zufolge eine Handlung mit der Absicht, „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Bekannte Beispiele für Völkermorde sind neben demjenigen an den Armeniern der Holocaust im 2. Weltkrieg und der Völkermord der Hutus an den Tutsis in Ruanda während den 1990er-Jahren.

Das Osmanische Reich sah sich im 19. Jahrhundert als Vielvölkerstaat von **nationalen Bewegungen** bedroht: auch die Armenier suchten die Eigenständigkeit. Es war darum bereits Ende des 19. Jahrhunderts zu einigen Massakern an Armeniern gekommen. Im Ersten Weltkrieg war das Kaukasusgebiet (heutige Staaten Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Russland) ein umstrittenes Gebiet zwischen **Russland** und dem **Osmanischen Reich**. Einige Armenier unterstützten in diesem Konflikt die Russen. Dies lieferte der osmanischen Regierung ein Argument, um gegen die Armenier vorzugehen. Im Mai 1915 erliess das Osmanische Parlament ein **Deportationsgesetz**: es wurde damit offiziell beschlossen, die Armenier innerhalb des Landes umzusiedeln. Auf diesen Umsiedlungsmärschen, aber auch durch Massaker, kamen zwischen 300'000 und 1.5 Millionen Armenierinnen und Armenier ums Leben. In der Türkei, die nach dem 1. Weltkrieg aus dem Osmanischen Reich hervorging, wird die Planhaftigkeit dieser Ereignisse bis heute bestritten. Die türkische Politik spricht von „Sicherheitsmassnahmen“, die das Osmanische Reich gegen die Armenier unternommen habe. Sie betont, es habe kein planvolles Vorgehen gegen die Armenier gegeben. Ausserhalb der Türkei und in der Geschichtswissenschaft ist es aber eine anerkannte Tatsache, dass es sich bei den Massakern um einen **Völkermord** gehandelt hat, der mit der Idee der Vernichtung des armenischen Volks betrieben wurde.

Kriegsende

Wenn das Ende des Ersten Weltkriegs betrachtet wird, so wird in der Geschichtswissenschaft vielfach von einem „Epochenjahr“ 1917 gesprochen. Dafür sind die Entwicklungen in den **USA** und in **Russland** entscheidend.

Die USA traten im April 1917 in den 1. Weltkrieg ein. Sie waren bereits vorher wirtschaftlich in den Krieg involviert gewesen und hatten auf Kredit kriegswichtige Güter an die Entente-Mächte geliefert. Während des Kriegs häuften diese dadurch **Schulden** bei den USA an. Im Februar 1917 erklärte das Deutsche Reich, dass in Zukunft ein „uneingeschränkter U-Boot-Krieg“ geführt würde. Damit waren auch US-amerikanische Handelsschiffe gefährdet. Als Folge dieses Entscheids erklärten die USA dem Deutschen Reich den Krieg. Ein Sieg der Entente-Mächte war für die USA auch von eigenem Interesse: nur so konnte garantiert werden, dass die Kriegsschulden zurückgezahlt würden. Mit dem Kriegseintritt der USA im 1. Weltkrieg begann eine Phase, in der die USA stärker in die europäische Politik und die Weltpolitik einzugreifen begann. Im „Materialkrieg“ des 1. Weltkriegs war der Eintritt der USA entscheidend für den Kriegsausgang. Ein wichtiger Faktor für die wachsende Überlegenheit auf Seiten der Entente waren auch die von den Briten gegen Kriegsende eingesetzten Panzer. Das deutsche Militär musste in Anbetracht dieser Übermacht Ende September 1918 kapitulieren. Der Erste Weltkrieg war beendet. Etwa **17 Millionen Menschen** hatten im Krieg ihr Leben verloren.

Mit dem Ende des Kriegs kam es im Deutschen Reich zu einem politischen Umsturz, es entstand eine demokratische Republik: die Weimarer Republik. Bereits etwas früher war es in Russland zu einem politischen Umsturz gekommen, in der Februar- und der Oktoberrevolution von 1917 (vgl. Kapitel 7). Im „Epochenjahr“ 1917 begann sich das bipolare Weltsystem – der Gegensatz USA und Sowjetunion – herauszubilden.

Die Nachkriegszeit

Die politische Ordnung nach dem Krieg wurde in den Konferenzen geregelt, die 1919/20 in den **Vororten von Paris** durchgeführt wurden

- Versailles: Deutsches Reich
- St. Germain: Österreich
- Sèvres: Osmanisches Reich/Türkei
- Neuilly: Bulgarien
- Trianon: Ungarn

Die besiegten Mächte wurden in den Pariser Verhandlungen ausgeschlossen. Zwar nahmen mehr als 30 Staaten an den Verhandlung teil, doch entscheidend in den Verhandlungen war ein „Oberster Rat der Grossmächte“ in dem die USA, Frankreich und Grossbritannien ihre Interessen durchsetzten. Auch für den asiatisch-pazifischen Raum wurden nach dem 1. Weltkrieg Verhandlungen durchgeführt, es entstand dabei 1921 das „**Washingtoner Vertragssystem**“. Die Seemächte USA, Grossbritannien, Japan, Frankreich und Italien verpflichteten sich dabei, ihre Kriegsmarine zu beschränken und vorerst keine neuen Gebiete zu erobern. Aus heutiger Sicht erscheinen zwei Aspekte zu den Pariser Konferenzen besonders wichtig: **territoriale Fragen** und **Reparationen**. Mit den Pariser Konferenzen wurden die Grenzen in Europa, im Nahen Osten sowie in den Kolonialgebieten neu gezogen (vgl. Karten M1 und M2 in SGB 3, S 63f.). Das Deutsche Reich und Russland verloren grosse Gebiete, die Vielvölkerstaaten Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich wurden aufgelöst.

Im **Vertrag von Versailles** wurde das Deutsche Reich zur Abtretung des Saarlands verpflichtet, das reich an Kohlevorkommen war. Das Saarland wurde unter internationale Kontrolle (Völkerbund) gestellt. Das Deutsche Reich musste mit dem Versailler Vertrag alle seine Kolonien abtreten, diese wurden – als Völkerbundsmandate (siehe unten) – an die Siegermächte abgegeben. Auch wurde eine Verkleinerung des deutschen Heers auf 100'000 Soldaten festgelegt. Ein besonders wichtiger Punkt des Versailler Vertrags waren die Reparationszahlungen. Im Vertrag wurde bestimmt:

Quellenausschnitt: Vertrag von Versailles

„Art. 231: Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Kriegs erlitten haben.“ (SGB 3, S. 70)

Das Deutsche Reich wurde damit zur Zahlung enormer Geldsummen und auch zur Lieferung von Materialien verpflichtet. Diese Reparationszahlungen wurden auch ausserhalb des Deutschen Reichs kontrovers beurteilt, denn sie führten zu einer wirtschaftlichen Destabilisierung in Europa und insbesondere im Deutschen Reich. Die deutsche Währung verlor an Wert – es kam zu einer starken **Inflation**.



Mit dem Interesse der Sicherung des Friedens nach dem 1. Weltkrieg wurde 1920 der **Völkerbund** gegründet. Die Gründung eines Völkerbunds war ursprünglich von US-Präsident Wilson angeregt worden. Es sollte nicht mehr ein Gleichgewicht der Grossmächte angestrebt werden, sondern die Sicherheit sollte durch die Zusammenarbeit aller Länder garantiert werden. Konflikte zwischen Mitgliedern des Völkerbunds sollten von einem internationalen Gericht geregelt werden und kriegerische Handlungen eines Staates wirtschaftliche und militärische Sanktionen mit sich ziehen. US-Präsident Wilson, der die Idee des Völkerbunds international vorangetrieben hatte, wurde jedoch der Erfolg bezüglich des Völkerbunds verwehrt: der US-Senat wollte die USA nicht verpflichten, bei fremden Konflikten zu intervenieren. Die USA wurden darum nicht Mitglied im Völkerbund. Auch die Sowjetunion und die Mittelmächte des ersten Weltkriegs wurden vorerst nicht aufgenommen. Der Nutzen des Völkerbunds war also letztlich beschränkt. Er hatte jedoch eine Funktion bei der Errichtung sogenannter **Mandatsgebiete** nach dem 1. Weltkrieg. Als Mandatsgebiete wurden frühere Kolonien bezeichnet, die mit der Zeit in die Unabhängigkeit hätten entlassen werden sollen. Dem Völkerbund fehlte aber die Macht, dies durchzusetzen.

Der Erste Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg muss als Konsequenz der imperialistischen Politik der Grossmächte verstanden werden. Diese verbündeten sich in den Bündnissystemen Entente und Mittelmächte. Unmittelbarer Kriegauslöser war die Ermordung Franz Ferdinands in Sarajevo Ende Juni 1914. Der Erste Weltkrieg wurde hauptsächlich in Europa ausgetragen. Dabei wurden Menschen und Materialien in vorher nie gekanntem Ausmass eingesetzt. Im Epochenjahr 1917 kam es in Russland zur Revolution und die USA trat in den Weltkrieg ein. Damit erhielt die Entente eine entscheidende Übermacht im Krieg. Ende September 1918 war der Krieg für die Entente entschieden, das Deutsche Reich kapitulierte. Nach Kriegsende wurden in den Vororten von Paris zahlreiche Konferenzen durchgeführt. An der Konferenz von Versailles wurde das Deutsche Reich verpflichtet, die durch den Krieg verursachten Schäden mit Reparationszahlungen wiedergutzumachen.

Empfohlene Literatur zum Thema

SGB 2, S. 298–319 (1. Weltkrieg); SGB 3, S. 60–77 (Nachkriegsordnung).

Bibliographie

Lehrmittel

DGZG 2: Meyer, Helmut/Schneebeli, Peter: Durch Geschichte zur Gegenwart. Zürich: Lehrmittelverlag des Kantons Zürich, 2002.

SGB 2: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 2. Vom Absolutismus bis zum Ende des des Ersten Weltkriegs, Berlin: Cornelsen, 2010.

SGB 3: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 3. Vom Beginn der Moderne bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, Berlin: Cornelsen, 2009.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 14: Bündnisse und Frontverlauf im 1. Weltkrieg. http://www.annefrank.org/ImageVault/Images/id_12132/height_615/width_600/compressionQuality_80/scope_0/ImageVault-Handler.aspx [19.4.2017].

7. Russische Revolutionen

Russland war zu Beginn des 20. Jahrhunderts eines der „rückständigsten“ Länder in Europa. Mehrheitlich war es eine reine **Agrargesellschaft** (Landwirtschaft). Armut war weit verbreitet. Technologisch war Russland den anderen Ländern Europas unterlegen, wie die Niederlage im Krimkrieg (1853–1865) gegen das Osmanische Reich, Frankreich, Grossbritannien und Sardinien gezeigt hatte. Eine sehr starke Stellung im Land hatte als oberster Herrscher der **Zar**, der im Verbund mit der Kirche das Land regierte.

Gegen die schwierigen gesellschaftlichen Bedingungen begann sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine Bewegung zu bilden – die „**Intelligenzija**“. Sie verfolgten keine einheitlichen Ziele: einige forderten eine Orientierung an Westeuropa, andere forderten eine Rückbesinnung auf die alte russische Kultur und die soziale bäuerliche Tradition.

Im Zusammenhang mit diesem wachsenden Widerstand kam es **1905** zu einer ersten politischen **Revolution**, nachdem Russland mit dem Ziel einer Expansion gegen Osten einen Krieg gegen Japan gestartet und verloren hatte. Diese Kriegsniederlage bewirkte, dass sich die aufgestauten Spannungen entluden. Es kam zu Massenstreiks der Arbeiter und Meutereien in der Armee. Auf dem Land wurden Grossbauern mit Gewalt enteignet. Das Militär schlug den Aufstand im Auftrag des Zaren zwar nieder, doch der Zar musste Zugeständnisse an die Aufständischen machen. So wurde 1905 erstmals ein staatliches Parlament geschaffen, die **Duma**. Der Einfluss der traditionellen Herrscher blieb aber dennoch gross. Die schwierigen Lebensbedingungen blieben bestehen, es gab Hungerkrisen und es fehlte an Kapital, um eine Industrie aufzubauen.

Von der Februar- zur Oktoberrevolution (1917)

Als 1914 der 1. Weltkrieg ausbrach, erschwerten sich die Bedingungen weiter. Russland war ab 1915 den Mittelmächten unterlegen und schien Ende 1916 militärisch geschlagen. Das Land war vom Krieg schwer betroffen, Soldaten verliessen die Armee und Arbeiter streikten. In Moskau und Petrograd (St. Petersburg) kam es zu Massendemonstrationen, die sich in der Folge ausbreiteten. Der Zar wollte die Demonstrationen im Februar 1917 noch militärisch unterdrücken, doch die Soldaten verweigerten diesen Befehl. Die Demonstrierenden stürmten die Waffenlager, das Staatsgefängnis und das Hauptquartier der Geheimpolizei. In der Folge musste Zar Nikolaus II. zurücktreten – die Revolutionäre hatten in der **Februarrevolution** ihr Ziel erreicht. Stabile Verhältnisse wurden damit aber nicht geschaffen.

Mit der Februarrevolution erhielten die **Sowjets** eine wichtige Stellung in Russland. Als Sowjets wurden basisdemokratische Räte der Arbeiter, Soldaten und Bauern bezeichnet, die sich bereits nach der Revolution von 1905 zu bilden begonnen hatten. Die Sowjets wurden später namensgebend für den kommunistischen russischen Staat – die Sowjetunion. In Konkurrenz zu den Sowjets stand eine Provisorische Regierung, die durch die Duma gebildet wurde.

Die Provisorische Regierung und die Sowjets hatten sehr unterschiedliche politische Ziele. Die Sowjets forderten einen Friedensschluss im Weltkrieg, kürzere Arbeitszeiten und Selbstverwaltung in den Fabriken sowie Landbesitz für die Bauern. Die Provisorische Regierung wollte hingegen den Krieg gegen die Mittelmächte fortsetzen. Die Forderungen der Sowjets sollten – wenn überhaupt – erst nach dem Ende des Kriegs diskutiert werden. Weil sowohl die Sowjets als auch die Provisorische Regierung die Macht für sich beanspruchten, und weil sie sehr unterschiedliche Ziele verfolgten, wird für diese Zeit von einer **Doppelherrschaft** gesprochen. Einen Konflikt gab es nicht nur zwischen Sowjets und Provisorischer Regierung, sondern auch auf Ebene der politischen Parteien. Hier war der Konflikt zwischen **Bolschewiki** und **Menschewiki** prägend. Bolschewiki und Menschewiki waren ursprünglich Teile der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, die 1898 gegründet wurde. Sie verfolgten beide das Ziel, in Russland eine **kommunistische Gesellschaft** zu erschaffen und damit die bestehenden Klassenunterschiede zu überwinden.

Kommunismus

Der Begriff **Kommunismus** hat mehrere Bedeutungen. Einerseits kennzeichnet er die von Marx und Engels entwickelte politische Theorie einer klassenlosen Gesellschaftsform mit dem Ziel der sozialen Gleichheit, andererseits wird als Kommunismus auch die weltweite politische Bewegung und die seit der Oktoberrevolution 1917 in Russland an die Macht gekommene politische Herrschaftsform bezeichnet. Dem Kommunismus zufolge muss der bürgerliche Kapitalismus in einer Revolution überwunden werden (zur Definition vgl. SGB 3, S. 303). Der Kommunismus, wie er im 20. Jahrhundert u.a. in der Sowjetunion real existierte, wich von der ursprünglichen Idee des Kommunismus ab.

Die Menschewiki (russ. „Minderheit“) orientierten sich stärker an der marxistischen Revolutionstheorie: bevor eine kommunistische Gesellschaft entstehen konnte, musste es eine bürgerliche Gesellschaft geben und der Kapitalismus eingeführt werden. Die Bolschewiki (russ. „Mehrheit“) hingegen wollten den Weg zur kommunistischen Gesellschaft abkürzen: dies sollte durch die Sowjets vollzogen werden, während die Provisorische Regierung umgangen würde. Das Versprechen einer schnellen Verbesserung der Lebensbedingungen für alle war attraktiv. So gewannen die Bolschewiki während des Jahres 1917 zunehmend an Einfluss in den Sowjets. Im September 1917 fanden Wahlen für die Sowjets statt und die Bolschewiki gewannen die Mehrheit in den Arbeiter- und Soldatenräten von Petrograd und Moskau. Die neue Machtposition der Bolschewiki ermöglichte es diesen, Pläne für die Machtübernahme im Land zu erarbeiten. Den Bolschewiki gelang es, grosse Teile des Militärs in Petrograd hinter sich zu bringen. Am 25. Oktober 1917 stürmten diese im Auftrag der Bolschewiki den Sitz der Provisorischen Regierung, den Winterpalast, und setzten diese ab. Diese Ereignisse werden als **Oktoberrevolution** bezeichnet. Mit Blick auf die militärische Gewalt kann die Oktoberrevolution auch als Militärputsch bezeichnet werden.

Die bereits vor der Revolution durch die Provisorische Regierung angeordneten Wahlen wurden auch nach der Revolution noch durchgeführt. Die Bolschewiki erhielten dabei nur $\frac{1}{4}$ der Stimmen (vgl. M12, SGB 3, S. 88). Weil sie aber das Militär hinter sich wussten, lösten sie die neue Nationalversammlung bereits beim ersten Zusammentreten auf. Die Bolschewiki waren also nicht gewillt, ihre neue Machtposition abzugeben. Nach der Oktoberrevolution wurde Wladimir Iljitsch Uljanow – genannt **Lenin** – zum ersten Regierungschef im revolutionären Russland.

Der Bürgerkrieg

In den Jahren 1919 bis 1921 kam es in Russland zu einem Bürgerkrieg. Der Krieg wird als Krieg zwischen **Roten** und **Weissen** bezeichnet. Bei den „Roten“ handelte es sich um die Rote Armee, die von Leo Trotzki, einem der wichtigsten Revolutionäre auf Seiten der Bolschewiki aufgebaut worden war. Die „Weissen“ waren keine einheitliche Gruppe. Hier versammelte sich die alte Oberschicht, ein grosser Teil der Mittelschicht und auch viele frühere Angehörige der Armee des Zaren. Die Weissen erhielten internationale Unterstützung, zuerst aus Deutschland und Österreich, nach dem Ende des 1. Weltkriegs auch aus Grossbritannien, Frankreich, den USA und Japan. Die Regierungen dieser Länder befürchteten, dass sich die Revolution auf ihre Länder ausbreiten würde – darum unterstützten sie die Weissen.

Der Krieg ging in Russland also weiter, und während im 1. Weltkrieg 1.8 Mio. Russen ums Leben gekommen waren, forderte der Bürgerkrieg nun 2.7 Mio. Menschenleben. Die internationale Unterstützung der Weissen dauerte aber nicht lange an und noch 1919 wurde sie eingestellt. Dazu trug bei, dass die Organisation in den von den Weissen eroberten Gebieten meist sehr schlecht war und dass sich die Weissen auf kein gemeinsames Ziel einigen konnten. So setzten sich die Roten im Russischen Bürgerkrieg schliesslich durch.



Die Bolschewiki waren auf Zwangsmassnahmen angewiesen, um die Mittel für den Krieg aufzubringen. Man spricht in diesem Zusammenhang von **Kriegskommunismus**. Die Bauern wurden gezwungen, alle Güter abzugeben, die sie selbst nicht benötigten. In Südrussland und der Ukraine kam es dadurch 1921 zu grossen Hungersnöten. Betriebe wurden verstaatlicht und dazu verpflichtet, Kriegsgüter zu produzieren. Es galt eine Arbeitspflicht. Wer verdächtigt wurde, mit den Weissen zu sympathisieren, wurde politisch verfolgt.

Abbildung 15: „Genosse Lenin säubert die Erde vom Unrat“, 1920.

Die junge Sowjetunion

Um die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern, wurde ab 1921 eine neue Wirtschaftspolitik verfolgt, die **Neue Ökonomische Politik (NEP)**: Die während des Bürgerkriegs abgeschafften, kleinen privaten Betriebe mit bis zu 20 Angestellten wurden wieder zugelassen. Die Wirtschaft konnte sich damit etwas erholen, weil die Menschen wieder vermehrt für den Markt produzierten. Bis 1926 wurde das Produktionsniveau der Vorkriegszeit wieder erreicht. An Stelle der Pflicht, landwirtschaftliche Güter an den Staat abzuliefern, wurden in dieser Zeit Steuern in Form von Geld eingeführt.

Bei den Kommunisten herrschte mindestens bis ins Jahr 1920 noch die Vorstellung, dass es zur Weltrevolution kommen würde. 1919 wurde darum die **Kommunistische Internationale** gegründet, die **Komintern**. In der Komintern sollten die kommunistischen Parteien weltweit zusammenarbeiten, um die Weltrevolution vorzubereiten. Doch relativ schnell zeigte sich, dass in anderen Ländern Umstürze vorerst nicht zu erwarten waren. Es dauerte auch eine gewisse Zeit, bis andere Staaten Sowjetrußland anerkannten.



Abbildung 16: Flagge der Sowjetunion

Ende des Jahres 1922 wurde schliesslich offiziell ein kommunistischer Staat unter dem Namen „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ (**UdSSR, Sowjetunion**) gegründet. Die Sowjetunion bestand aus Teilrepubliken, wobei von Russland und Moskau aus die wichtigen Entscheidungen getroffen wurden. Von Anfang an Teil der Sowjetunion waren Russland, Ukraine, Weissrussland, Armenien und Aserbaidschan. In den 1920er-Jahren wurden weitere Unionsrepubliken in Zentralasien wie Usbekistan und Turkmenistan aufgenommen. Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen wurden erst im 2. Weltkrieg Teil der Sowjetunion.

1923 wurde durch die Kommunistische Partei auch eine Verfassung erlassen, die Anfang 1924 in Kraft trat. Die Verfassung orientierte sich an den westlichen Verfassungen, d.h. es gab eine Gewaltentrennung und eine Volkswahl politischer Vertreter. Allerdings war diese Volkswahl in der Praxis stark eingeschränkt, denn die Kommunistische Partei war die einzige Partei, die zugelassen war.

Bereits 1922 hatte Lenin zwei Schlaganfälle erlitten. Lenin konnte ab diesem Zeitpunkt nur noch bedingt in die Politik eingreifen. Es stellte sich die Frage, wer ihm folgen würde. Zwei Politiker kamen hierbei speziell in Frage: **Josef Stalin** war ein Mitarbeiter Lenins und einer der mächtigsten Vertreter im Zentralkomitee, das die Kommunistische Partei führte. Stalin war seit 1922 Generalsekretär der Kommunistischen Partei. **Leo Trotzki** war Befehlshaber in der Roten Armee und ebenfalls Teil des Zentralkomitees. Stalin und Trotzki hatten unterschiedliche politische Ansichten über den erforderlichen weiteren Verlauf der Revolution: Trotzki verlangte, dass die Revolution beständig und auch international weitergeführt werden müsse („permanente Revolution“), Stalin hingegen war der Ansicht, dass eine sozialistische Gesellschaft auch innerhalb eines Landes aufgebaut werden konnte („Aufbau des Sozialismus in einem Lande“). Als Lenin 1924 starb, konnte Stalin am ersten Parteikongress der Kommunistischen Partei erwirken, dass Trozki's Theorie verurteilt wurde und Stalin selbst als Generalsekretär bestätigt wurde. Stalin konnte sich also durchsetzen. Trotzki wurde später aus der Partei ausgeschlossen und 1940 schliesslich vom sowjetischen Geheimdienst ermordet.

Der Aufbau des Stalinismus

Stalin gelang es in den folgenden Jahren, seine Macht immer stärker in Richtung einer Diktatur aufzubauen. Er errichtete das System des Stalinismus.

Diktatur

Als **Diktatur** wird die gewalttätige Herrschaft eines Einzelnen (Diktator) oder einer Gruppe über die Bevölkerung eines Landes bezeichnet. Typisch für Diktaturen ist die Aufhebung der Gewaltentrennung, die staatliche Überwachung und die Unterdrückung der Opposition. Diktatoren setzen oft auf Propaganda, um ihre Stellung zu sichern und begründen einen Kult um die eigene Person (Personenkult).

Stalin liess während der 1920er-Jahre seine politischen Gegner ausschalten. Viele von ihnen wurden ermordet oder starben in Arbeitslagern. Dies war möglich, weil die Kommunistische Partei sehr zentralistisch geführt wurde. Die ganze Partei wurde unter Stalin zu einer von oben geführte Struktur umgebaut. Als Generalsekretär konnte Stalin die verschiedenen ihm untergebenen Stellen (Parteigremien) genau kontrollieren und den Informationsfluss zwischen ihnen überwachen.

Stalin nutzte seine ausserordentliche Macht auch, um ein Wirtschaftsprogramm durchzusetzen, mit dem die Prinzipien der Neuen Ökonomischen Politik aufgehoben wurden. An erster Stelle stand für Stalin die **Industrialisierung**. Stalin setzte besonders auf die Schwerindustrie, d.h. die Bergwerksindustrie (Abbau von Kohle, Eisenindustrie). Die Produktion wurde mit **Fünfjahresplänen** gesteuert: die Partei bestimmte also, welche Mengen welcher Güter wo produziert werden sollten. Betriebe erhielten mit diesen Plänen Wachstumsziele, die sie einhalten mussten. Die Arbeiter in den Fabriken arbeiteten dafür unter sehr harten Bedingungen. Die Landwirtschaft wurde in dieser Zeit in den Dienst der Industrie gestellt. Landwirtschaftliche Güter wurden mit Gewalt eingetrieben und in die Städte gebracht oder exportiert, was dem Staat finanzielle Mittel brachte. Insbesondere die eigentlich getreidereiche Ukraine litt unter diesen Massnahmen, 1932/33 kam es zu einer grossen Hungersnot, die heute teilweise als planmässiger Völkermord bezeichnet wird.

Russische Revolutionen

Der Erste Weltkrieg traf Russland und die russische Bevölkerung stark. Der Unmut der Soldaten und der Bevölkerung führte dazu, dass es 1917 zu zwei Revolutionen kam. In der Februarrevolution im Februar 1917 wurde der Rücktritt des Zaren erwirkt. Als in der Folge die Machtverhältnisse unklar blieben, kam es im Oktober 1917 zu einer weiteren Revolution. In der Oktoberrevolution setzten sich die Bolschewiki an die Macht und verteidigten diese im danach einsetzenden Bürgerkrieg. So wurde ein kommunistischer Staat – die Sowjetunion – eingerichtet. Bereits während des Bürgerkriegs, insbesondere aber danach unter der Führung Stalins, wurden wirtschaftliche Zwangsmechanismen und politische Verfolgung zu bestimmenden Merkmalen der Politik. Die Sowjetunion entwickelte sich unter Stalin zu einer Diktatur.

Empfohlene Literatur zum Thema

SGB 3, S. 78–121.

Bibliographie

Lehrmittel

SGB 3: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 3. Vom Beginn der Moderne bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, Berlin: Cornelsen, 2009.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 15: „Genosse Lenin säubert die Erde vom Unrat“, 1920. http://www.fine-art-images.net/img_z.php?id=15964&s=n [3.2.2017].

Abbildung 16: Flagge der Sowjetunion. https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a9/Flag_of_the_Soviet_Union.svg [19.5.2017].

8. Die Zwischenkriegszeit

Als Zwischenkriegszeit wird die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen – zwischen 1918 und 1939 – bezeichnet. Der Begriff „Zwischenkriegszeit“ ist allerdings nur bedingt geeignet, um diesen Zeitraum zu beschreiben. In Osteuropa war die Zwischenkriegszeit geprägt von Grenzkonflikten und vor allem auch ausserhalb Europas kam es zu grossen Konflikten wie dem Chacokrieg zwischen Bolivien und Paraguay, den Kriegen zwischen Japan und China oder dem durch Italien geführten Abessinienkrieg.

Die USA nach dem 1. Weltkrieg

Die USA ging gestärkt aus Ersten Weltkrieg hervor. Kriegsschäden auf eigenem Territorium hatte sie keine zu beklagen. Die Entente-Länder hatten sich während des Kriegs in den USA verschuldet und mussten diese Schulden nun zurückbezahlen. Unter den republikanischen Präsidenten Harding, Coolidge und Hoover kam es so in den 1920er-Jahren zu einem bemerkenswerten **Wirtschaftswachstum**. Besonders zu Beginn der 1920er-Jahre, unter Präsident Harding, verfolgten die USA eine protektionistische Wirtschaftspolitik.

Protektionismus

Als **Protektionismus** wird eine Wirtschaftspolitik bezeichnet, mit der die Wirtschaft eines Landes vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden soll. Dies geschieht besonders wirkungsvoll über die Erhebung von Zöllen auf Importprodukte. Dadurch erhalten inländische Produzenten einen Wettbewerbsvorteil. Eine typische Auswirkung einer protektionistischen Wirtschaftspolitik ist eine Verminderung des Aussenhandels eines Landes.

Auch die **Immigration** in die USA wurde in den 1920er-Jahren eingeschränkt. Dazu wurden Einwanderungskontingente eingeführt. Dies hatte auch einen rassistischen Hintergrund, denn die Kontingente beschränkten vor allem die Immigration von Menschen aus Südeuropa und Asien.

Die 1920er-Jahre werden wegen des rasanten Wirtschaftswachstums und wegen der kulturellen Entwicklung (Musik, Kino, Geschlechterrollen) als „**Roaring Twenties**“ bezeichnet. Allerdings konnten nicht alle Gesellschaftsschichten gleichermassen vom Wirtschaftswachstum profitieren.

Die Weltwirtschaftskrise ab 1929

1929 kam es an der Aktienbörse in New York zu einer schweren Krise, die sich in der Folge zu einer weltweiten **Wirtschaftskrise** ausweitete. Wie kam es so weit?

Von grundlegender Bedeutung für die Erklärung der Ausbreitung der Krise sind die globalen Geldkreisläufe nach dem 1. Weltkrieg. Das Deutsche Reich war zu Reparationszahlungen an die europäischen Grossmächte verpflichtet worden, diese wiederum waren in den USA verschuldet. Die USA schliesslich vergaben Kredite an das Deutsche Reich, damit dieses seine Reparationszahlungen begleichen konnte.

Der Wirtschaftsboom in den USA in den 1920er-Jahren bewirkte einen starken Anstieg des Aktienhandels an der Börse in New York. Durch Spekulation konnten hohe Gewinne erwirtschaftet werden – der Handel an der Börse und das Bankenwesen wurden nur schwach reguliert. Gegen Ende der 1920er-Jahre begann sich eine Überproduktion in der US-Landwirtschaft abzuzeichnen. Der Markt für landwirtschaftliche Güter war übersättigt, die Preise begannen zusammenzubrechen. Im Herbst 1929 brach der Markt vollends zusammen und es kam zu

einer Panikreaktion, die sich auf das Bankenwesen ausdehnte. Es flossen keine Kredite mehr ins Ausland und damit kam der oben beschriebene globale Geldkreislauf zum Erliegen. Die Krise wurde zu einer Weltwirtschaftskrise. Die **Arbeitslosigkeit** in den industrialisierten Ländern – aber auch in den Kolonien – wuchs rasant an. Dies begünstigte den Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland (siehe weiter unten).

In den USA kam es mit der Krise zu einem politischen Wandel: 1933 wurde mit Franklin D. Roosevelt ein Vertreter der Demokratischen Partei zum Präsidenten gewählt. Roosevelt versuchte die Krise mit dem als **New Deal** bezeichneten Programm zu überwinden. Durch ein stärkeres Eingreifen des Staats in die Wirtschaft sollten mit diesem Programm Arbeitsplätze geschaffen, die Preise für landwirtschaftliche Produkte erhöht und damit eine bessere wirtschaftliche Entwicklung gesichert werden. Um der landwirtschaftlichen Überproduktion entgegenzuwirken wurde ein Teil der Landwirtschaftsfläche stillgelegt. Auch wurden landwirtschaftliche Güter gezielt vernichtet, um das Angebot zu verkleinern. Bauern wurden vom Staat unterstützt. Auch wurden die Hilfeleistungen für Arbeitslose ausgebaut. Für die Umsetzung des New Deal gründete Roosevelt viele neue Regierungsstellen. Es entstand eine grosse bundesstaatliche **Bürokratie**. Von konservativer Seite wurde die New Deal-Politik darum abgelehnt. Die Wirksamkeit des New Deal ist heute umstritten. Wirtschaftshistoriker weisen darauf hin, dass vor allem der Zweite Weltkrieg und die damit einsetzende Produktion von Kriegsgütern eine bedeutende Rolle dafür hatte, dass sich die US-Wirtschaft erholen konnte. Die New Deal-Politik war hingegen auf symbolischer Ebene von Bedeutung, denn sie führte dazu, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Staat bestehen blieb.

Als 1933 in Deutschland Hitler an die Macht kam, reagierten die USA zuerst mit Zurückhaltung. Es wurden Neutralitätsgesetze erlassen und angewandt. Die immer aggressivere Haltung Deutschlands führte dann aber zu einem Umdenken. In einer berühmt gewordenen Rede (Quarantäne-Rede) hielt Präsident Roosevelt 1937 fest, dass die aggressive Politik Deutschlands und weiterer Staaten die Welt wie eine Krankheit befallte und entsprechend isoliert – in *Quarantäne* gesetzt – werden müsse.

Der Faschismus in Italien

Der Faschismus war eine politische Bewegung, die in Italien nach dem 1. Weltkrieg entstand. Politische Prinzipien des Faschismus waren ein starker Nationalismus und die Ausgrenzung von Minderheiten, die Ablehnung des Kommunismus, eine autoritäre Herrschaft, eine neue imperialistische Politik sowie der Fokus auf die nationale wirtschaftliche Entwicklung. Der Faschismus entstand in Italien, hatte dann aber eine Vorbildfunktion für die Nationalsozialisten in Deutschland und für weitere diktatorische Regimes.

Zum Aufstieg des Faschismus muss die Situation in Italien nach dem 1. Weltkrieg betrachtet werden. Nach dem Krieg befand sich Italien in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation. Die Staatsverschuldung war hoch und politisch herrschte eine grosse Instabilität. Arbeiter streikten und besetzten Fabriken und Landgüter. Um Italien vor dem als Bedrohung empfundenen Kommunismus zu schützen, schlossen sich ehemalige Soldaten in Kampfverbänden zusammen und gründeten damit die Bewegung des Faschismus. Sie stellten sich den Arbeitern entgegen. In den ersten Monaten des Jahres 1921 nahmen die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen in Italien bürgerkriegsähnliche Zustände an. **Benito Mussolini** setzte sich an die Spitze der faschistischen Bewegung, und diese wurde immer stärker. Dafür war



Abbildung 17: Benito Mussolini



Mussolinis geschicktes Vorgehen verantwortlich. Er setzte einerseits auf die Gewalt auf der Strasse, andererseits gelang Mussolini und den Faschisten der Einzug ins Parlament. Als im September 1922 ein durch die Sozialisten ausgerufenen Generalstreik fehlschlug, rief Mussolini seine Anhänger zum „**Marsch auf Rom**“ auf. Die Regierung sollte dabei mit Gewalt abgesetzt werden. Eine wichtige Machtposition in Italien hatte neben der amtierenden Regierung immer noch der König. Dieser gewährte den immer stärker auftretenden Faschisten im Oktober 1922 die Bildung einer Regierung. Mussolini war damit im Zentrum der Macht angekommen. Einmal an der Macht, unterdrückten und terrorisierten die Faschisten massiv ihre politischen Gegner. Die Demokratie und der Rechtsstaat wurden abgebaut. An dessen Stelle traten ein durch den Führer Mussolini angeführter Staat.

Symbolisch stützte sich die Herrschaft der Faschisten auf die alte Grösse Italiens und Roms. Diese sollte durch eine neue, imperiale Aussenpolitik wiedererrichtet werden. Das grösste Unterfangen in dieser Hinsicht war der ab 1935 gegen **Abessinien** (heutiges Äthiopien) geführte **Krieg**. Mit 400'000 Soldaten marschierte Italien – das bereits 1895 erfolglos die Eroberung Abessiniens versucht hatte – in Abessinien ein. Die italienischen Soldaten waren den abessinischen Soldaten technologisch klar überlegen. Wohl mehr als eine halbe Million Menschen aus Abessinien kamen im Krieg und in der folgenden Besatzungszeit ums Leben.

Auch in Europa war Italien bereits vor dem eigentlichen Ausbruch des 2. Weltkriegs kriegerisch aktiv. Zusammen mit Deutschland unterstützte Italien im **Spanischen Bürgerkrieg** (1936-1939) die Faschisten und erreichte, dass Francisco Franco den Konflikt für sich entscheiden konnte. Mussolini pflegte eine intensive Beziehung zu Adolf Hitler und rief 1936 die „Achse Rom-Berlin“ aus – eine starke Verbindung der beiden Staaten entstand.

Der Nationalsozialismus in Deutschland

Der Nationalsozialismus war eine politische Bewegung und Ideologie, die nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland entstand. Er orientierte sich am italienischen Faschismus und steigerte diesen zu einer extremeren Form. Der Nationalsozialismus hob sich insbesondere durch die Begründung einer systematischen Rassenlehre vom Faschismus ab. Diese Rassenlehre beschrieb einen „germanischen“ oder „arischen Herrenmenschen“, der zur Herrschaft über andere Rassen berechtigt sei. Konkreten Ausdruck fand diese Rassenlehre in der gegen Juden und Slawen gerichteten Vernichtungspolitik, die Deutschland während des 2. Weltkriegs umsetzte. Wie die italienischen Faschisten mit Mussolini hatten auch die deutschen Nationalsozialisten einen „Führer“ – Adolf Hitler.

Ein wichtiger Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie war die **Revisionspolitik**: Hitler und seine Anhänger strebten eine Revision der Bedingungen des Versailler Friedens an. Deutschlands Stellung als Weltmacht sollte wiederhergestellt werden. Diese Bestrebungen richteten sich nun vor allem gegen Osten. Weil die deutsche Rasse nach Ansicht der Nationalsozialisten die stärkste Rasse war, erachtete man sich als berechtigt, über die Slawen im Osten Herrschaft auszuüben. Die Gebiete im Osten wurden als „natürlicher Lebensraum“ der deutschen Bevölkerung wahrgenommen. Es galt darum für die Nationalsozialisten, diese Gebiete für sich zu gewinnen.

Der politische Aufstieg der Nationalsozialisten begann in den 1920er-Jahren, zur endgültigen Machtergreifung durch die Nationalsozialisten kam es aber erst 1933. Nach dem 1. Weltkrieg war das ehemalige Deutsche Kaiserreich in eine demokratische Republik umgewandelt worden – die **Weimarer Republik**. Den verschiedenen politisch gemässigten Regierungen, die in



Abbildung 18: Adolf Hitler



dieser Zeit regierten, stand eine Opposition von Seiten der Nationalsozialisten und der Kommunisten entgegen. Die Nationalsozialisten gründeten die **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei** (NSDAP) und wählten 1921 Adolf Hitler zu ihrem Vorsitzenden. Zusammen mit Erich Ludendorff, einem General aus dem 1. Weltkrieg, versuchte Hitler im November 1923 einen **Putsch** durchzuführen und die Regierung abzusetzen. Das Vorbild dafür lieferte Mussolinis Marsch auf Rom ein Jahr zuvor. Der Putsch wurde aber bereits in München, wo der Aufstand begann, durch die Polizei **niedergeschlagen**. Hitler wurde festgenommen und die NSDAP verboten. Während seiner Haftzeit schrieb Hitler sein berühmtes Buch „Mein Kampf“. Ab 1923 begannen sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland zu stabilisieren. Dafür war vor allem die US-amerikanische Wirtschaftshilfe verantwortlich. Mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 begannen sich aber auch in Deutschland die Verhältnisse wieder zu verschlechtern. Es kam zu grundlegenden politischen Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten bezüglich der Finanzierung einer Arbeitslosenversicherung. Die Streitereien zwischen den politischen Parteien führten bei den Wählerinnen und Wählern zu einer gewissen Politik- und Parteienverdrossenheit. Die Parteien, die sich als Gegenbewegung zu den etablierten Parteien positionierten, konnten darum Gewinne verzeichnen. Die NSDAP war von Hitler nach dem Verbot im Februar 1925 neu gegründet worden. Ab 1930 wurde die NSDAP auch im Reichstag eine starke Kraft. Sie steigerte ihre Wählerstärke: von 3% im Jahr 1928, über 15% im Jahr 1930, 37% im Jahr 1932 auf 44% im Jahr 1933.

Für das Wachstum der NSDAP war neben den Auswirkungen der Wirtschaftskrise die Propaganda von Bedeutung: die Nationalsozialisten setzten moderne Medien und Technik ein, um die Menschen von ihrer Politik zu überzeugen. Wie die Faschisten setzten auch die Nationalsozialisten auf Gewalt und bauten eigene Truppen auf: die **Sturmabteilung** (SA) und die **Schutzstaffel** (SS). Diese Schutztruppen inszenierten und provozierten Auseinandersetzungen auf den Strassen, insbesondere mit den Kommunisten. Hitler nutzte diese Auseinandersetzungen, um sich als Politiker zu präsentieren, der die Ruhe und Ordnung wiederherstellen könne.

Als im Juni 1932 vorgezogene Reichstagswahlen stattfanden, kamen die Nationalsozialisten auf 37% der Stimmen. Für einen Reichskanzler aus den gemässigten Parteien gab es keine Mehrheit mehr im Reichstag, denn auch die Kommunisten hatten 14% der Stimmen geholt. In dieser Situation ernannte Reichspräsident Hindenburg schliesslich Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler – die NSDAP war im Zentrum der Macht angekommen.

Ende Februar 1933 zündete ein holländischer Kommunist das Reichstagsgebäude in Berlin an. Es ist bis heute umstritten, ob dieser Mann tatsächlich eigenständig gehandelt hat. Der **Brand des Reichstags** könnte auch von den Nationalsozialisten aus Eigeninteresse inszeniert worden sein. Denn in der Folge setzte die nationalsozialistische Regierung die „**Verordnung zum Schutz von Volk und Staat**“ in Kraft.

Grundlegende Freiheiten bezüglich Meinung, Presse und Versammlung wurden damit gestrichen. Politische Gefangene durften nach dieser Verordnung ohne gerichtliche Überprüfung festgehalten werden. Es war also eine Art Ausnahmezustand, der erklärt wurde, und der den Nationalsozialisten die Machtergreifung auch in den deutschen Bundesländern ermöglichte. In den Wahlen im März 1933 konnte die NSDAP erneut zulegen, allerdings nicht sehr stark. Sie hatte immer noch keine absolute Mehrheit im Reichstag. Darum wurde Ende März 1933 ein



Abbildung 19: Brand des Reichstags 1933



weiteres Gesetz eingeführt, das **Ermächtigungsgesetz**. Der Reichstag trat in diesem Gesetz die Kompetenz, Gesetze zu erlassen, an die Regierung ab. Im Sommer 1933 wurden alle politischen Parteien ausser der NSDAP aufgelöst. Die Nazi-Diktatur war endgültig errichtet.

Die Schweiz in der Zwischenkriegszeit

Vom 1. Weltkrieg war die Schweiz weitgehend verschont geblieben. Prägend war für die Zeit des Kriegs vor allem der Konflikt zwischen der deutschsprachigen und der romanischen Schweiz. Während erstere mit den Mittelmächten sympathisierte, stand die französisch- und italienischsprachige Schweiz der Entente näher. Auch waren die sozialen Spannungen während des Kriegs hoch. Die Männer waren im Militärdienst gebunden, die Frauen mussten für das Familieneinkommen sorgen. Gleichzeitig stiegen die Lebensmittelpreise. Die sozialen Spannungen entluden sich im durch die Arbeiterschaft ausgerufenen **Landesstreik** vom November 1918, der unter Druck der Armee aufgelöst wurde. Zwei der Forderungen, die die Organisatoren des Landesstreiks gestellt hatten, wurde dennoch umgesetzt: Die Arbeitszeit wurde auf 48 Stunden pro Woche verkürzt und das Proporzwahlverfahren wurde eingeführt. Kleinere Parteien wie die Sozialdemokratische Partei erhielten damit die Möglichkeit, Sitze im Parlament zu erringen. Von der Mitarbeit in der Regierung – dem Bundesrat – blieben die Sozialdemokraten aber weiterhin ausgeschlossen.



Abbildung 20: Die Höhenstrasse an der Landi 1939

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise waren in der Schweiz vergleichsweise gering, doch auch hier wuchs die Arbeitslosigkeit. Dies ermöglichte den Aufstieg faschistischer Bewegungen, die sich als **Fronten** bezeichneten. Diese hatten in den früher 1930er-Jahren Erfolg, verschwanden dann aber schnell wieder von der politischen Bildfläche. Dies hatte damit zu tun, dass sich die Wirtschaft nach der Krise wieder zu erholen begann. Der demokratische Staat blieb also bestehen. Die politischen Parteien und die Bevölkerung rückten vor dem 2. Weltkrieg wieder näher zusammen, was durch die Abgrenzung gegen aussen („Geistige Landesverteidigung“) gesichert wurde. Die politische Bemühung, die Schweiz zu vereinen, fand Ausdruck in der Landesausstellung („Landi“), die 1939 in Zürich durchgeführt wurde.

Die Zwischenkriegszeit

Die Zwischenkriegszeit war keine Zeit des Friedens. In Europa und vor allem auch ausserhalb Europas kam es in dieser Zeit zu zahlreichen Konflikten. In den USA wuchs die Wirtschaft während der „Roaring Twenties“ stark an. Auch die Gesellschaft und die Kultur wandelten sich in diesen Jahren. Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 bewirkte in der Politik vielerorts eine stärkere Ausrichtung auf nationale Interessen. In diesem Zusammenhang ist der Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland zu erklären. Die Nationalsozialisten begannen unmittelbar nach der Machtergreifung 1933 damit, eine Diktatur aufzubauen.

Empfohlene Literatur zum Thema

SGB 3, S. 60–77 (Nachkriegsordnung); S. 122–147 (USA, Weltwirtschaftskrise); S. 174–213 (Faschismus und Nationalsozialismus); S. 214–245 (Schweiz).

EDA: Die Schweiz in der Zeit der Weltkriege (1914–1945).

<https://www.eda.admin.ch/aboutswitzerland/de/home/geschichte/epochen/die-schweiz-in-der-zeit-der-weltkriege--1914-1945-.html> [23.5.2017].

Bibliographie

Lehrmittel

SGB 3: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 3. Vom Beginn der Moderne bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, Berlin: Cornelsen, 2009.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 17: Benito Mussolini. https://upload.wikimedia.org/wikipedia/en/6/67/Mussolini_biografia.jpg [20.5.2017].

Abbildung 18: Adolf Hitler. https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/9a/Bundesarchiv_Bild_183-S33882%2C_Adolf_Hitler_%28cropped2%29.jpg [20.5.2017].

Abbildung 19: Brand des Reichstags 1933. <https://www.welt.de/img/kultur/mobile101675295/4092500477-ci102l-w1024/Lubbe-5-DW-Kultur-Berlin-jpg.jpg> [20.5.2017].

Abbildung 20: Die Höhenstrasse an der Landi 1939. http://www.alt-zueri.ch/turicum/wirtschaft/landi_39/hoehenstrasse_fahn.jpg [20.5.2017].

9. Der Zweite Weltkrieg

Der Weg in den Krieg

Die durch das deutsche Naziregime betriebene Revisionspolitik richtete sich gegen Osten. Hier sollten neue Gebiete gewonnen werden. Ab Mitte der 1930er-Jahre wurde diese Politik in die Tat umgesetzt.

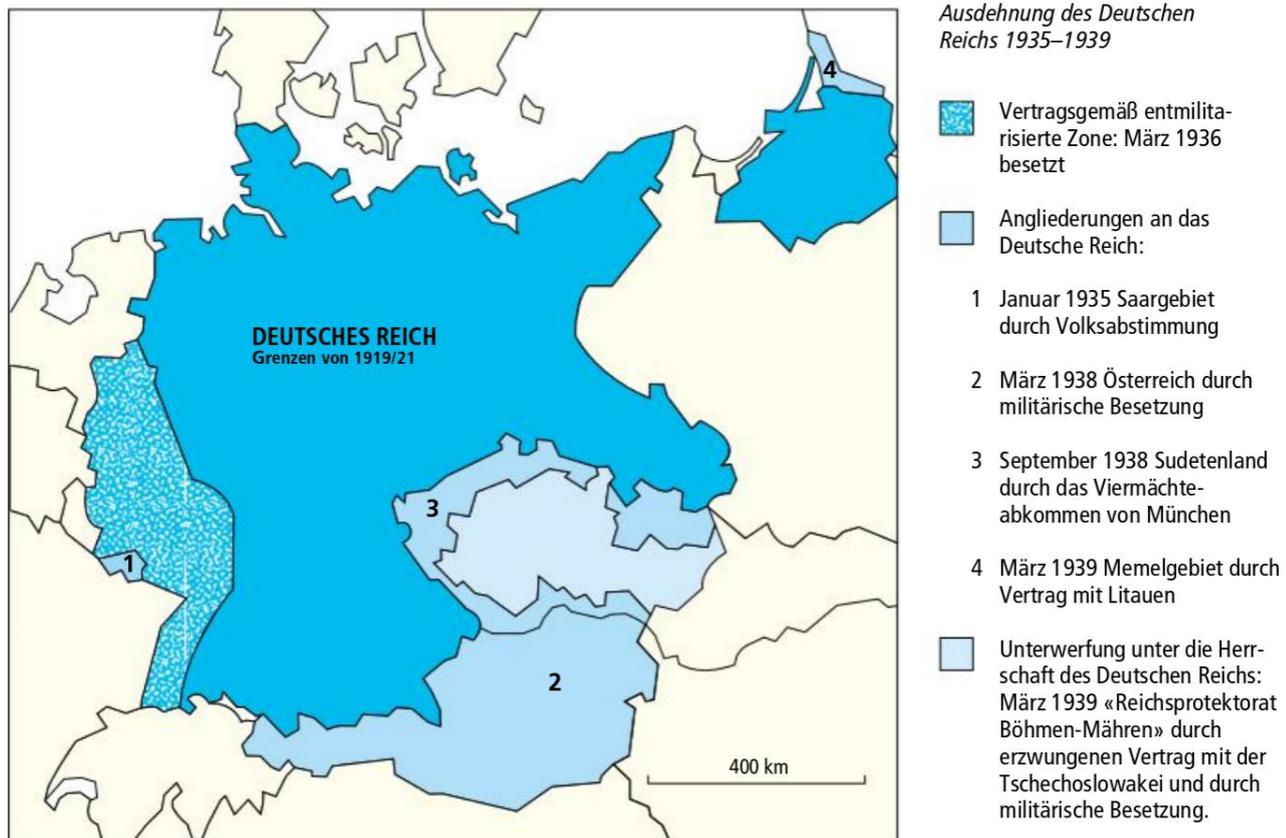


Abbildung 21: Ausdehnung des Deutschen Reichs 1935–1939

Das **Saargebiet** (1) war nach dem ersten Weltkrieg unter Verwaltung des Völkerbunds gestellt worden, wobei Frankreich die Rechte am Kohleabbau in diesem wichtigen Bergbauggebiet erhalten hatte. 1935 entschied die Bevölkerung des Saarlands durch Abstimmung für einen Anschluss an Deutschland. Auch die **entmilitarisierte Zone** östlich des Saargebiets war durch die Verhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg entstanden. Hitler liess diese Zone – das Rheinland – 1936 militärisch besetzen. Eine Reaktion Frankreichs oder Grossbritanniens auf diesen Verstoß gegen die Nachkriegsverträge blieb aus. Deutschland erlaubte die militärische Besetzung des Rheinlands, dass die Westgrenze militärisch befestigt werden konnte. 1938 wurde **Österreich** (2) durch die deutsche Wehrmacht besetzt. Damit entstand eine direkte Verbindung zwischen Deutschland und Italien. Gegen den sogenannten „Anschluss“ Österreichs gab es nur wenig Widerstand. Das **Sudetenland** (3) wurde mit dem **Münchener Abkommen** von 1938 zu Deutschland geschlagen. In diesem Randgebiet der Tschechoslowakei gab es einen grossen Anteil deutschsprachiger Bevölkerung. Die behauptete „Unterdrückung der Sudetendeutschen“ gab den Nationalsozialisten ein Argument dafür, militärische Angriffspläne auf die Tschechoslowakei vorzubereiten. Der britische Premierminister Chamberlain schaltete sich im letzten Moment ein und forderte, dass die Frage an einer Konferenz behandelt würde. Dieses Vorgehen war Ausdruck der **appeasement policy** (Besänftigungspolitik), für die Grossbritannien und Frankreich eintraten. Chamberlain glaubte, dass die aggressive deutsche Aussenpolitik durch Zugeständnisse in friedlichem Rahmen verbleiben würde. So wurde eine



Konferenz in München durchgeführt – die Tschechoslowakei war an dieser Konferenz nicht vertreten – in der bestimmt wurde, dass das Sudetenland an Deutschland abgetreten würde. War bis 1939 die deutsche Expansion auf mehrheitlich deutschsprachige Gebiete beschränkt gewesen, so änderte sich dies ab März 1939 mit der Annektion des **Memelgebiets** (4) und der militärischen Besetzung der westlichen Tschechoslowakei, die als **Protektorat Böhmen und Mähren** in das Deutsche Reich eingegliedert wurde. Als Reaktion auf das deutsche Vorgehen ab März 1939 rückten die Westmächte von der *appeasement policy* ab. Grossbritannien und Frankreich erklärten, dass sie einen deutschen Angriff auf Polen nicht akzeptieren würden (Garantieerklärung).



Abbildung 22: Japanische Expansion bis 1941

Hälfte der 1930er-Jahre also vergleichbar: alle drei Staaten arbeiteten an der Errichtung eines Grossreichs. Das Deutsche Reich in Mittel- und Osteuropa, Italien rund um das Mittelmeer, Japan in Ostasien.

Im August 1939 einigten sich Hitler und Stalin über eine Aufteilung Osteuropas in Interessensgebiete. So wurde im **Hitler-Stalin-Pakt** festgelegt, dass der östliche Teil Polens der sowjetischen Interessenssphäre zugeschlagen würde, der westliche Teil Polens der deutschen Interessenssphäre. Dieser Pakt lieferte Nazi-Deutschland eine wichtige Grundlage, um – ohne einen Krieg gegen die Sowjetunion zu riskieren – einen Militärschlag gegen Polen vorzubereiten.

Der Kriegsverlauf im Überblick

Am **1. September 1939** überschritten die deutschen Truppen die polnische Grenze und nahmen bis Ende Monat Polen ein. Den Vorwand für dieses Vorgehen lieferte ein angeblicher Angriff auf einen deutschen Radiosender durch polnische Soldaten. Tatsächlich hatte die SS – die nationalsozialistische Schutzstaffel – den Angriff inszeniert. Hitler rechtfertigte den deut-

Neben Deutschland betrieben auch Italien (siehe Kap. 8, Faschismus in Italien) und Japan in den 1930er-Jahren eine zunehmend aggressive Aussenpolitik. **Japan** wurde durch die Weltwirtschaftskrise stark betroffen und suchte darum nach neuen Rohstoff- und Absatzgebieten. Zum erklärten Ziel wurde darum die Beherrschung des ostasiatischen Raumes. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts hatte Japan Korea erobert und sich damit auf dem asiatischen Festland festgesetzt. Danach ging Japan vor allem gegen China vor: die Mandchurei wurde erobert und 1932 als Staat Mandschuko Japan angegliedert. Ab 1937 wurden dann grosse Teile des östlichen China von Japan eingenommen und besetzt. Japans Politik war durch ein Überlegenheitsdenken gegenüber anderen Kulturen geprägt. Dies führte zu einer sehr brutalen Kriegsführung insbesondere in China.

Die Politik des Deutschen Reichs, Italiens und Japans war in der zweiten



schen Angriff auch mit der Unterdrückung, die deutsche Minderheiten in Polen erfahren würden. Frankreich und Grossbritannien hatten im Vorfeld erklärt, dass sie einen deutschen Feldzug gegen Polen nicht akzeptieren würden. So erklärten die beiden Länder am 3. September Deutschland den Krieg. Zwei Tage später begann eine eher symbolische militärische Offensive Frankreichs gegen das Saargebiet. Das deutsche Militär leistete keinen Widerstand und zog sich an die befestigte Grenze zurück. Über mehrere Monate blieb es relativ ruhig an der Westfront. Man spricht darum auch von einem „Sitzkrieg“.

Im **Juni 1940** begann dann der eigentliche deutsche **Feldzug gegen Frankreich**. Deutschland verfolgte dabei die Taktik des sogenannten „Blitzkriegs“. Mit diesem sollte ein Stellungskrieg wie im 1. Weltkrieg verhindert werden. Die französischen Verteidigungslinien wurden über die Niederlande und Belgien umgangen, die bereits im Mai erobert worden waren. In nur 3 Wochen wurde Frankreich komplett eingenommen. Frankreich wurde in der Folge zweigeteilt: Nordfrankreich wurde unter deutsche Militärverwaltung gestellt, Südfrankreich blieb zwar formal selbstständig, es wurde dort aber eine Regierung eingesetzt, die gute Beziehungen zu Deutschland unterhielt. Diese Regierung hatte ihren Sitz in der Stadt Vichy, weshalb von *Vichy-Frankreich* gesprochen wird.

In den folgenden Monaten wandte sich Deutschland **Grossbritannien** zu. Es begann die „Luftschlacht um England“. Englische Städte wurden von deutschen Flugzeugen bombardiert, umgekehrt wurden auch in kleinerem Ausmass englische Angriffe auf deutsche Ziele geflogen. Für Deutschland war der Luftkrieg sehr verlustreich und es zeigte sich bald, dass England nicht so einfach einzunehmen war wie Frankreich. Entscheidend für die Stärke Englands war die wirtschaftliche Unterstützung, die die USA leistete. In dieser Situation begann das deutsche Militär, die Angriffe auf England ab Mai 1941 zurückzufahren. Der Luftkrieg endete in einer Pattsituation, niemand konnte ihn definitiv für sich entscheiden.

Gleichzeitig wendete sich Deutschland nun wieder dem Osten zu. Am **22. Juni 1941** begann das sogenannte „Unternehmen Barbarossa“, der deutsche Feldzug gegen die Sowjetunion. Damit brach Hitler mit der Vereinbarung des Hitler-Stalin Pakts. In kurzer Zeit erzielten die deutschen Truppen riesige Geländegewinne. In den eroberten Gebieten wurde die Zivilbevölkerung militärisch terrorisiert. Deutschland führte einen Vernichtungskrieg zur Gewinnung von Lebensraum im Osten. Zivilisten wurden erschossen und ganze Dörfer niedergebrannt. Gegen Ende des Jahres kam der deutsche Vorstoss aber vor Moskau zum Stehen.

Die Bündnisse im Krieg erfuhren mit dem Beginn des deutschen Kriegs gegen die Sowjetunion eine Veränderung. Denn die Sowjetunion hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt aus dem Krieg herausgehalten und trat nun auf Seiten der Alliierten in den Krieg ein. So standen sich nun als wichtigste Kriegsparteien gegenüber:

Achsenmächte: Deutschland, Italien

Alliierte: Grossbritannien, [Frankreich], Sowjetunion



Abbildung 23: Ein polnischer Zivilist wird von einem deutschen Soldaten kontrolliert (1941)

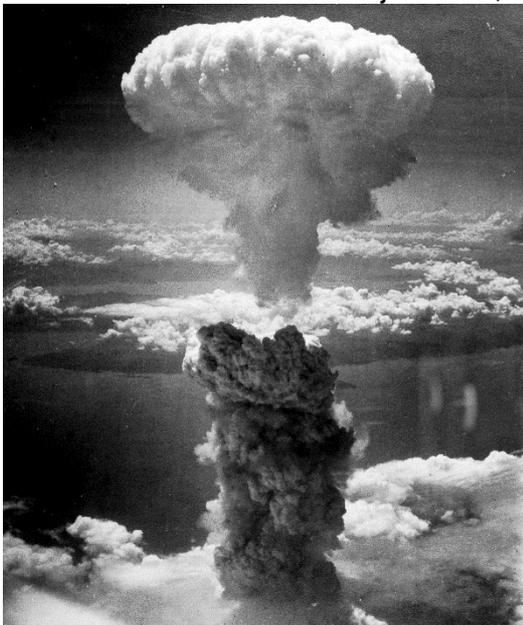
Ab Ende 1941 entwickelte sich der Konflikt auf der anderen Seite der Erde auch zu einem **Weltkrieg**. Im Dezember 1941 traten zwei weitere Grossmächte auf je einer Seite dieser Bündnisse in den Krieg ein. Am **7. Dez. 1941** griff Japan den US-amerikanischen Flottenstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii im Pazifik an. Die USA hatten Japan bereits vorher wirtschaftlich be-



kämpft, indem sie die Lieferung von Erdöl nach Japan blockierten. Nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor wurde der Handelskrieg zu einem offenen Krieg. Die USA erklärten Japan den Krieg. In der Folge erklärten Deutschland und Italien als Verbündete Japans den USA den Krieg. Der Kriegseintritt der USA hatte auf die Ereignisse in Europa natürlich auch Einfluss. Denn auch die Sowjetunion erhielt nun von den USA wirtschaftliche Hilfe für den Kampf gegen Deutschland.

Die deutschen Verluste im Krieg gegen die Sowjetunion wurden dadurch ab 1942 immer grösser. Besonders der **Winter 1942/1943** wurde für die deutsche Armee zur Katastrophe. Die Versorgung der deutschen Armee war nur zu wenig gewährleistet, der Winter tat sein Übriges. In der Schlacht um die Stadt **Stalingrad** kamen auf beiden Seiten je fast 500'000 Soldaten ums Leben. Die verbliebenen deutschen Soldaten mussten kapitulieren und gerieten in russische Kriegsgefangenschaft. Stalingrad steht symbolisch für die Wende im Krieg, denn ab diesem Zeitpunkt begann sich eine deutsche Niederlage abzuzeichnen.

Ein weiteres wichtiges Ereignis für die Wende im Krieg war der **D-Day** am 6. Juni 1944. Alliierte Truppen (USA, GB, Kanada) landeten an diesem Tag in der deutsch besetzten Normandie in Nordfrankreich. 5300 Schiffe und 11000 Flugzeuge setzten aus England via Ärmelkanal nach Frankreich über. Infanteriesoldaten landeten konzentriert an einigen Stränden. Die Invasion in der Normandie leitete die letzte Phase im Krieg ein. Die deutschen Truppen wurden in der Folge zurückgedrängt, bis die **deutsche Armeeführung** am **9. Mai 1945** schliesslich **kapitulieren** musste. Der militärische Sieg gegen Nazideutschland war aber vor allem auch ein Verdienst der Armeen der Sowjetunion, die die deutschen Truppen von Osten her zurückdrängten.



Der Krieg war damit aber noch nicht beendet: Japan stand weiterhin mit den Alliierten im Krieg. Der neue US-amerikanische Präsident Harry S. Truman gab daraufhin sein Einverständnis, die neu entwickelte Atombombe in Japan einzusetzen. Am **6. und 9. August 1945** wurden zwei **Atombomben** über den Städten Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Die Städte wurden zu grossen Teilen zerstört, über 100'000 Menschen kamen auf einen Schlag ums Leben. Viele weitere starben an den Langzeitauswirkungen der radioaktiven Strahlung. Am 2. September 1945 kapitulierte schliesslich auch die japanische Regierung. Der 2. Weltkrieg war beendet. 60 bis 70 Millionen Menschen waren durch den Krieg ums Leben gekommen.

Abbildung 24: Atompilz über Nagasaki

Der Zweite Weltkrieg als globaler Krieg

Der 2. Weltkrieg war ein globales Ereignis. Auch Regionen, in denen keine Kampfhandlungen stattfanden, waren indirekt in den Weltkrieg involviert. Vor allem Grossbritannien hatte auch viele Soldaten aus den Kolonien in seinen Reihen. So kämpften beispielsweise indische Soldaten für Grossbritannien in Ägypten. Die Kolonien waren wirtschaftlich in den Krieg einbezogen und lieferten Rohstoffe für die Kriegswirtschaft. Das kriegswichtige Erdöl kam aus den USA und aus dem britisch dominierten Nahen Osten.

Ein wichtiges Beispiel für den Krieg ausserhalb Europas war der Kampf um die Vorherrschaft in Nordafrika. Hier startete Italien im **September 1940** den **Afrikafeldzug**. Von Libyen aus, das in italienischem Besitz war, sollte das britisch kontrollierte Ägypten erobert werden. Nach ersten Erfolgen konnten die Briten die Italiener ab Ende 1940 Richtung Libyen zurückschlagen. Um eine Instabilität Italiens zu verhindern, griff in der Folge Deutschland an der Seite Italiens in den Krieg in Nordafrika ein. Der Krieg in Nordafrika war geprägt von grossen Bewegungen,

die feindlichen Lager drängten sich immer wieder über weite Strecken zurück. Ein weites Vordringen in den gegnerischen Raum führte aber meist zu Versorgungsproblemen, so dass man später wieder zurückgedrängt wurde. Zu einer Entscheidung im Krieg um Nordafrika kam es, als die Alliierten im November 1942 im Westen Nordafrikas eine neue Front eröffneten. Über 100'000 britische und amerikanische Soldaten landeten in Marokko und Algerien. Die Truppen der Achsenmächte wurden nun von zwei Seiten angegriffen. Im Mai 1943 mussten die deutsch-italienischen Truppen in Afrika schliesslich kapitulieren, der Afrikafeldzug war beendet. Für den Sieg der Alliierten in Nordafrika war vor allem die technologische Überlegenheit entscheidend.

Ein weiterer Aspekt, der den globalen Umfang des 2. Weltkriegs aufzeigt, sind die **Kriegsergebnisse in Asien**. Mit dem Kriegseintritt der USA und Japan Ende 1941 wurde der Krieg definitiv zu einem Weltkrieg. Nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor folgte innerhalb eines Jahres eine Kette japanischer Eroberungen in Asien: Thailand, Hongkong, Britisch-Malaya, Philippinen und viele kleinere Inseln wurden durch das japanische Militär eingenommen. Japan befand sich damit militärisch auf dem Höhepunkt seiner Macht. Dafür konnte sich Japan durchaus auch auf lokale Unterstützung verlassen, denn es konnte sich in den europäischen Kolonien Asiens als Befreier präsentieren. In der Realität war die japanische Besatzung aber von hoher Gewalt geprägt. Ab Juni 1943 begann die alliierte Grossoffensive gegen Japan. Zahlreiche Schläge und Gegenschläge wurden ausgeführt. Entscheidend war die Schlacht um die philippinische Insel Leyte im Oktober 1944, in der die japanische Kriegsmarine vernichtet wurde. Im Juli 1945 sprachen China, Grossbritannien und die USA ein Ultimatum an Japan aus. Als Japan dennoch nicht kapitulierte, kam es zum Abwurf der Atombomben.

Der Holocaust

Als **Holocaust** (auch: Shoah) wird der während des zweiten Weltkriegs durch das Naziregime begangene **Völkermord** an etwa 6 Millionen europäischen Jüdinnen und Juden bezeichnet, der mit dem Ziel durchgeführt wurde, diese Bevölkerungsgruppe vollständig zu vernichten.

Die Nationalsozialisten hatten bereits seit den 1920er-Jahren die Verdrängung der Juden aus der deutschen Gesellschaft und dem Wirtschaftsleben verfolgt. So wurde unter anderem zum Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen. Solche Massnahmen waren motiviert von der *Idee einer jüdischen Weltverschwörung*: antisemitische Kreise waren davon überzeugt, dass die Juden im Geheimen die Welt beherrschten. Als Ende der 1920er-Jahre die Weltwirtschaftskrise die deutsche Wirtschaft in den Abgrund riss, wurden die Forderungen nach einem Vorgehen gegen Juden von breiteren Kreisen in der Gesellschaft getragen. Ziel war der Schutz „deutscher“ Geschäfte. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 forderten lokale Politiker der NSDAP dann ein entschiedenes Vorgehen gegen die Juden. Doch Hitler und die Parteiführung zögerten zunächst. Sie zogen eine Festsetzung an der Macht den zu erwartenden Unruhen vor. Dennoch wurde u.a. ein Boykott jüdischer Geschäfte während drei Tagen beschlossen und Juden wurde die Ausübung des Arzt- und des Anwaltsberufs erschwert. Diese frühen Massnahmen der Nationalsozialisten zielten darauf ab, Juden ihre Rechte zu nehmen und sie aus der Gesellschaft auszugrenzen.

Eine signifikante Verschärfung des Vorgehens gegen die Juden fand mit den **Nürnberger Gesetzen** vom September 1935 statt. Hier wurde die Grundlage für die Rassenpolitik der Nationalsozialisten gelegt. Mit dem **Reichsbürgergesetz** wurde den Juden alle politischen Bürgerrechte genommen. Das **Blutschutzgesetz** verbot gemischte Ehen zwischen deutschen Juden und Nicht-Juden. In den folgenden Jahren wurden die Lebensmöglichkeiten der jüdischen Bevölkerung in einer Vielzahl von Gesetzen weiter eingeschränkt. Viele der Juden, die dazu finanziell in der Lage waren, wanderten in dieser Zeit aus Deutschland aus.

Im November 1938 kam es bei den **Novemberpogromen** dann erstmals zu grösserer und staatlich organisierter Gewalt gegen die Juden. Anlass dazu bot der Anschlag eines Juden auf einen deutschen Gesandten in Paris. Nationalsozialistische Trupps zerstörten darauf Synagogen, jüdische Friedhöfe und Wohnungen. Vermögende Juden wurden verhaftet und in Lager

gebracht. In der Folge radikalisierte sich die Politik gegen die Juden immer weiter. Juden wurden aus ihren Wohngebieten verdrängt. Sie wurden gezwungen, einen gelben Stern zu tragen und wurden in Ghettos oder Lagern zusammengetrieben.

Nach dem Kriegsausbruch begann in den eroberten Gebieten im Osten der **Massenmord an den Juden**. Juden wurden zusammengetrieben und massenweise erschossen. Eine grundlegende Komponente für die Politik der Nationalsozialisten war die Idee, die deutsche Rasse „rein zu halten“. Man spricht darum in diesem Zusammenhang von einem Rassenkrieg, den die Nationalsozialisten führten. Dieser richtete sich nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen andere Bevölkerungsgruppen wie Sinti und Roma, sowie gegen Behinderte. Den hauptsächlichlichen Gegner sahen die Nazis aber in den Juden.

Eine wichtige Entwicklung für den Völkermord an den Juden war die im Januar 1942 in der Nähe von Berlin durchgeführte **Wannsee-Konferenz**. Hochrangige Vertreter des nationalsozialistischen Regimes besprachen sich dort, um den weiteren Umgang mit den Juden zu regeln (vgl. M8, SGB 3, S. 210–211). An der Wannsee-Konferenz wurde die sogenannte **Endlösung der Judenfrage** bestimmt: alle Juden sollten zusammengetrieben, danach möglichst lange mit Zwangsarbeit ausgebeutet und schliesslich ermordet werden. Der Völkermord war bereits vor der Wannsee-Konferenz gestartet worden.

Im Herbst 1941 hatte man in **Auschwitz** – im heutigen Polen – mit der physischen Vernichtung der dort festgehaltenen Juden begonnen. In Gaskammern wurden die Juden ermordet, ihre Überreste wurden in den Krematorien verbrannt. Mit der Wannsee-Konferenz wurde dieses Vorgehen nun auch bürokratisch umgesetzt. Verschiedene Ministerien wurden mit der Ausführung der „Endlösung“ beauftragt, ihr Vorgehen wurde zentral koordiniert. Die Juden wurden aufgespürt, in Konzentrationslagern zusammengeführt, zu Zwangsarbeit verpflichtet und am Schluss in sogenannten „Vernichtungslagern“ ermordet. Dieses Vorgehen wurde in der Öffentlichkeit nur wenig thematisiert.



Abbildung 25: KZ Auschwitz, Ansammlung von Brillen ermordeter Menschen

Die Schweiz im 2. Weltkrieg

Wie schon vom Ersten Weltkrieg war die Schweiz auch vom Zweiten Weltkrieg hauptsächlich indirekt betroffen. Die Schweizer Politik verfolgte insbesondere das Ziel, die Eigenständigkeit der Schweiz zu bewahren und nicht in den Krieg hineingezogen zu werden. Während dem Hauptteil der Kriegszeit (ab 1940) war die Schweiz von den Achsenmächten Deutschland (inkl. des besetzten Frankreichs und Österreichs) und Italien komplett umgeben. Von Seiten Deutschlands gab es während des Kriegs durchaus Pläne, auch die Schweiz einzunehmen, doch dies wurde nie umgesetzt.

Dafür, dass die Schweiz vom Krieg verschont blieb, werden heute verschiedene **Gründe** angeführt. Vor allem von konservativer politischer Seite wird das Konzept des **Réduit** als wichtiger Punkt genannt: Die Soldaten wurden in die Schweizer Berge zurückgezogen, wo eine Befestigungsanlage mit unterirdischen Gängen errichtet worden war. Das Réduit, so wird erklärt, habe eine abschreckende Wirkung auf die Achsenmächte gehabt. Die Geschichtswissenschaft erachtet zumeist andere Gründe für wichtiger und spricht von einer **Anpassung** der Schweizer Politik an die Anforderungen der Achsenmächte. Die Schweiz lieferte den Achsenmächten kriegswichtige Güter und liess den Transport von Waffen über ihr Gebiet zu. Auch der Schweizer Finanzplatz war für Deutschland attraktiv: in der Schweiz konnte Gold „gewaschen“ werden, die Schweiz finanzierte damit den deutschen Krieg mit.



Die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg wird insbesondere auch wegen der Flüchtlingspolitik kritisch betrachtet. Im August 1942 schloss die Schweiz die Grenze für Flüchtlinge. Wohl über 24'000 Flüchtlinge wurden in der Folge an der Grenze abgewiesen.

Die Nachkriegsordnung

Grundlagen für die Nachkriegsordnung wurden bereits im August 1941 mit der **Atlantikcharta** gelegt. In dieser legten die USA und Grossbritannien Prinzipien für die internationale Ordnung nach dem Krieg fest: die beiden Staatsführer Roosevelt und Churchill erklärten in der Atlantik-Charta, dass ihre Länder keine Gebietsvergrösserungen mehr anstreben würden. In Zukunft sollte ein Selbstbestimmungsrecht der Nationen gelten. Zwischen allen Staaten sollte ein freier Handels-, Finanz- und Güterverkehr entstehen. Die Atlantikcharta hatte den Charakter einer Erklärung, sie war also nicht verbindlich.

Dies wurde zum Anlass für den **Washington-Pakt** vom Januar 1942, in dem sich 26 Staaten zusammenschlossen. Der Washington-Pakt legte den Grundstein für die Gründung der Vereinten Nationen nach dem 2. Weltkrieg. Die wichtigen Grossmächte auf Seiten der Alliierten – USA, Grossbritannien und Sowjetunion – unterzeichneten den Pakt. Mit dem Pakt verpflichteten sich die Staaten zum gemeinsamen Kampf gegen die Achsenmächte sowie darauf, nach dem Krieg ein „dauerhaftes System internationaler Sicherheit zu errichten“. Roosevelt, Churchill und Stalin waren sich an der Konferenz in Washington einig, dass Deutschland nach dem Krieg besetzt werden müsse.



Diese Idee wurde im Februar 1945 an einer Konferenz im russischen **Jalta** gefestigt. Dort wurde bestimmt, Deutschland nach dem Krieg in Zonen aufzuteilen. Ein Wiedererstarken Deutschlands wie nach dem Ersten Weltkrieg sollte um jeden Preis vermieden werden. Deshalb wurde auch eine komplette Demilitarisierung und eine Deindustrialisierung Deutschlands vorgesehen.

Abbildung 26: Churchill, Roosevelt und Stalin an der Konferenz in Jalta

Der Zweite Weltkrieg

Im Vergleich zum Ersten Weltkrieg stellte der Zweite Weltkrieg eine weitere Steigerung dar. Es handelt sich beim Zweiten Weltkrieg um den grössten Krieg in der Geschichte der Menschheit. 60 bis 70 Millionen Menschen verloren dabei ihr Leben. Seine äusserste Zuspitzung fand dieser Krieg in der industriellen Vernichtung der europäischen Juden durch den Holocaust. Der Krieg trieb die technologische Entwicklung voran. Neben der Entwicklung von Flugzeugen zeigte sich diese Entwicklung insbesondere in der Entwicklung der Atombombe. Mit der Entwicklung der Atombombe wurde die Grundlage geschaffen für die Zeit des Kalten Kriegs.

Empfohlene Literatur zum Thema

SGB 3, S. 246–298.

EDA: Die Schweiz in der Zeit der Weltkriege (1914–1945).

<https://www.eda.admin.ch/aboutswitzerland/de/home/geschichte/epochen/die-schweiz-in-der-zeit-der-weltkriege--1914-1945-.html> [23.5.2017].

Bibliographie

Lehrmittel

SGB 3: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 3. Vom Beginn der Moderne bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, Berlin: Cornelsen, 2009.

Weltgeschichte: Boesch, Joseph et al.: Weltgeschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart, Zürich: Orell Füssli, 2014.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 21: Ausdehnung des Deutschen Reichs 1935–1939. Weltgeschichte, S. 203.

Abbildung 22: Japanische Expansion bis 1941. SGB 3, S. 249.

Abbildung 23: Ein polnischer Zivilist wird von einem deutschen Soldaten kontrolliert (1941). <https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/ph006894> [21.5.2017]

Abbildung 24: Atompilz über Nagasaki.

<https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/e/e0/Nagasakibomb.jpg> [28.2.2017].

Abbildung 25: KZ Auschwitz, Ansammlung von Brillen ermordeter Menschen.

https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/8/86/Bundesarchiv_Bild_183-R69919%2C_KZ_Auschwitz%2C_Brillen.jpg [21.5.2017].

Abbildung 26: Churchill, Roosevelt und Stalin an der Konferenz von Jalta.

<http://www.bpb.de/cache/images/5/28605-3x2-original.jpg?5748E> [21.5.2017].

10. Der Kalte Krieg

Als Zeit des Kalten Kriegs wird die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Beginn der 1990er-Jahre bezeichnet. In diesem Konflikt standen sich die beiden **Supermächte** USA und Sowjetunion gegenüber, die beide für eine jeweilige gesellschaftliche Organisation eintraten: die USA für den **Kapitalismus**, die Sowjetunion für den **Kommunismus**. Der Konflikt wird als „kalter“ Krieg bezeichnet, weil sich die beiden Supermächte nie direkt, sondern nur diplomatisch, wirtschaftlich, technologisch und propagandistisch bekriegten. Indirekt fanden aber auch „heisse“ Kriege statt. In **Stellvertreterkriegen** kämpften die Supermächte auf der Seite ihrer jeweiligen ideologischen Verbündeten. Hintergrund dieser Kriege bildete die **Dominotheorie**: es sollte verhindert werden, dass Staaten ins gegnerische Lager fallen würden. Weil beide Supermächte Atomwaffen besaßen, fand ein massives Wettrüsten zwischen ihnen statt. Als Folge davon waren beide Länder fähig, ihren Gegner jeweils komplett auszulöschen. Der Kalte Krieg endete 1991 mit der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts.

USA	Supermacht	Sowjetunion
NATO	Militärbündnis	Warschauer Pakt
Kapitalismus	Gesellschaftsform	Kommunismus

Einen Gegenpol zu diesen beiden Mächtegruppierungen bildete ab 1961 die **Bewegung der Blockfreien Staaten**. Die Gründung dieses im Kalten Krieg neutral auftretenden Bündnisses regten die Staatschefs Jugoslawiens, Ägyptens, Indiens und Indonesiens an. Viele neue Staaten aus Afrika und Asien traten in der Folge dem Bündnis bei.

Die Entstehung des Kalten Kriegs

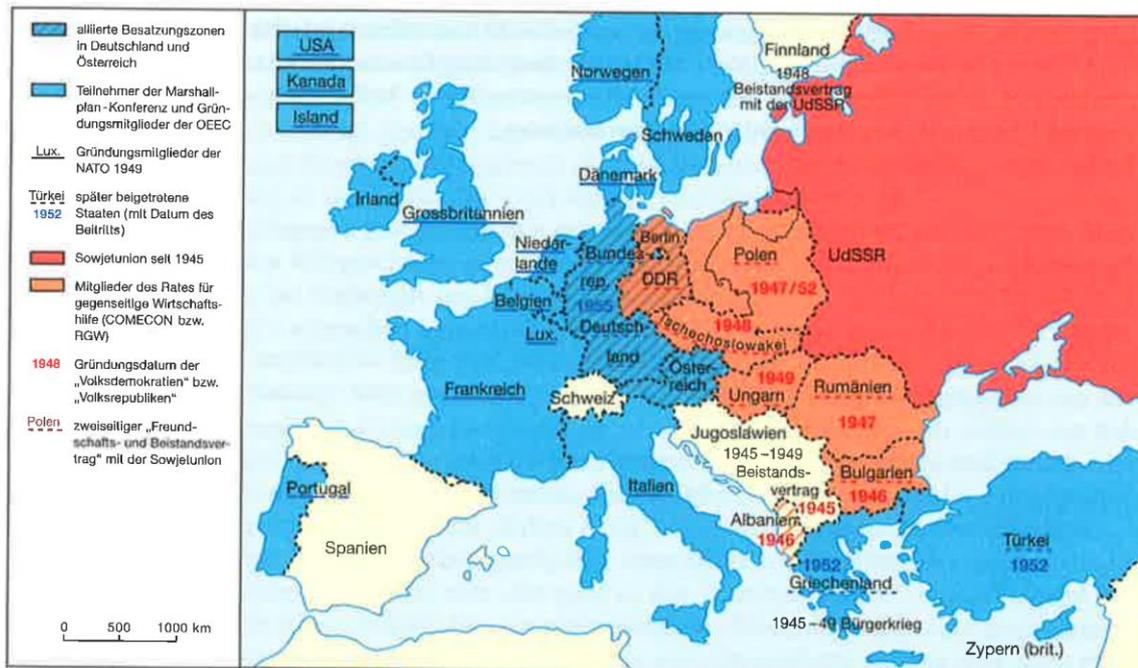


Abbildung 27: Geteiltes Europa nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Phase des Kalten Kriegs begann nach dem Zweiten Weltkrieg, als der bis zu diesem Zeitpunkt gemeinsame Feind – die Achsenmächte – weggefallen war. In dieser neuen Konstellation wurden die Unterschiede zwischen den USA und der Sowjetunion von tragender Bedeutung. Nach dem Krieg übte die Sowjetunion einen starken Einfluss auf die Länder Osteuropas aus. Osteuropa wurde zwar nicht formell in die Sowjetunion eingegliedert, doch es entstanden hier kommunistische Regierungen, die sich dem Einfluss der Sowjetunion unterzogen sahen.

Wie die ganze Welt geriet also auch Europa in dieser Zeit unter den Einfluss des Kalten Kriegs. Für Europa ist in diesem Zusammenhang der Begriff des **Eisernen Vorhangs** wichtig, mit dem die befestigte Grenze zwischen den ideologischen Lagern bezeichnet wurde (vgl. Karte oben). In **Deutschland** führte der Kalte Krieg zur Entstehung zweier Staaten: der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Westen und der kommunistischen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Osten. Die frühere Hauptstadt Berlin war zwar umgeben von der DDR, doch existierte innerhalb der Stadt eine der BRD zugehörige Zone. Getrennt wurden die Stadtteile durch eine Mauer, die 1961 gebaut wurde.

Der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman begründete zu Beginn des Kalten Kriegs die sogenannte **Truman-Doktrin**. Truman forderte, dass die Ausbreitung des Kommunismus auf der Welt verhindert werden sollte. Der Kommunismus sollte also eingedämmt werden („containment“). Eine Massnahme in diesem Zusammenhang war der **Marshall-Plan**, ein Programm zum Wiederaufbau Europas. 1948 versprachen die USA damit allen kooperationsbereiten Staaten amerikanische Finanz- und Wirtschaftshilfe. Die Sowjetunion reagierte auf diesen Plan mit eigenen Massnahmen. Im **Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe** band sie die osteuropäischen Staaten an sich und verhinderte, dass sich diese dem Marshall-Plan anschliessen konnten. Auch militärisch organisierten sich die Bündnisse: der westlichen **NATO** (North Atlantic Treaty Organization) stand im Osten der **Warschauer Pakt** entgegen.

Internationale Zusammenarbeit während des Kalten Kriegs



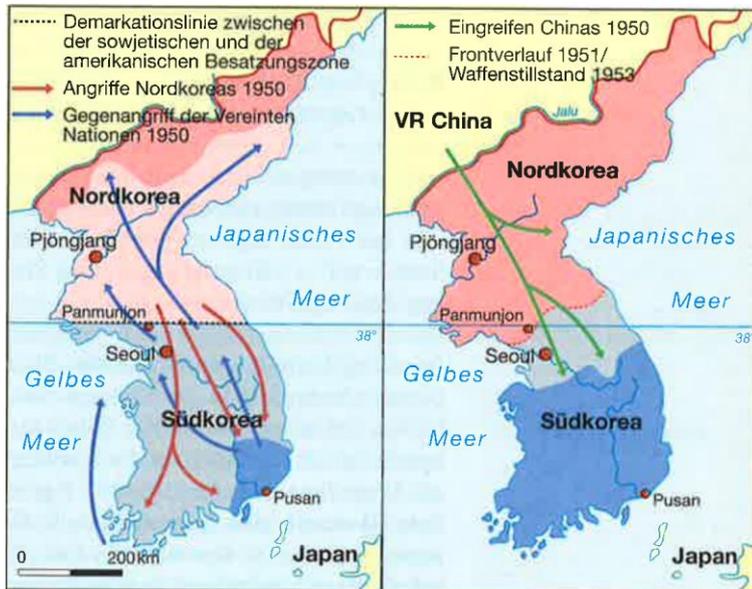
Abbildung 28: Flagge der UNO

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war auch eine Zeit, in der die internationale Zusammenarbeit vorangetrieben wurde. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang waren die **Vereinten Nationen** (UNO). Die UNO bildete die Nachfolgeorganisation des gescheiterten Völkerbunds und sollte, anders als dieser, alle Staaten beinhalten. Sowohl die Sowjetunion als auch die USA traten der UNO bei. Die Gegensätze des Kalten Kriegs drückten sich in der UNO aus. Dies war vor allem der Fall, weil die Mitglieder des Sicherheitsrats (USA, GB, F, UdSSR, China) ein Vetorecht hatten: Sie konnten jederzeit Beschlüsse der UNO verhindern. Eine wichtige Rolle spielte die UNO im Prozess der Entkolonialisierung (vgl. Kap. 11).

Auch in Westeuropa wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit ausgebaut. 1949 gründeten Grossbritannien und Frankreich auf Anregung der USA den **Europarat**. Die Benelux-Staaten und die skandinavischen Länder waren ebenfalls von Anfang an beim Europarat mit dabei. 1963 trat auch die Schweiz dem Europarat bei. Der Europarat verfügt nur über ein Parlament und über keine Exekutive. Wichtig ist auch die Judikative mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der wie der Europarat im französischen Strassburg ansässig ist. Einen Erfolg der europäischen Integration bildete insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit. 1951 wurde die sogenannte „Montanunion“ gegründet, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. 1957 ging aus der Montanunion die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG hervor, aus der sich schliesslich in den 1990er-Jahren die **Europäische Union** herausbildete. Innerhalb Westeuropas war also die Zeit des Kalten Kriegs auch eine Zeit des Zusammenarbeitens. Diese Zusammenarbeit war aber – und das gilt zu grossen Teilen auch für die EU bis heute – vor allem wirtschaftlicher Art.



Konjunktoren des Kalten Kriegs



Beim Blick auf den Kalten Krieg kann von *Konjunktoren* – d.h. von Ausprägungen des Konflikts – gesprochen werden.

Den ersten grossen Tiefpunkt im Kalten Krieg bildete der **Koreakrieg** (1950–1953). Korea war vor und während des 2. Weltkriegs eine japanische Kolonie gewesen. Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Land aufgeteilt. Ähnlich wie in Deutschland entstanden zwei Besatzungszonen, eine sowjetische im Norden, eine amerikanische im Süden. 1948 wurden zwei separate Staaten gegründet, die unter dem Einfluss der jeweiligen Besatzungsmächte verblieben. Beide Staaten begannen in der Folge, ihre Armeen aufzurüsten. 1950 griff Nordkorea Südkorea an und nahm

Abbildung 29: Kriegsverlauf im Koreakrieg

schnell fast ganz Südkorea ein (vgl. Karte, linker Teil). Die USA konnten ihren Einfluss im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geltend machen und so kam es noch im selben Jahr zu einem Rückschlag der nordkoreanischen Truppen durch südkoreanische Truppen und amerikanisches Militär im Verbund mit Truppen weiterer 15 UNO-Mitgliedsstaaten. Die Truppen des Südens drangen bis in die nordkoreanische Hauptstadt Pjöngjang vor. Beim Angriff wurden auch Kraftwerke auf chinesischem Boden bombardiert. China forderte darum den sofortigen Rückzug der UNO-Truppen und griff dann auch selbst in den Krieg ein. Die südkoreanischen Truppen wurden wieder zurückgeschlagen, es kam zu einem Stellungskrieg (vgl. Karte, rechter Teil). Dieser dauerte bis Juli 1953, als nach langen Verhandlungen ein Waffenstillstand beschlossen wurde. Mehr als eine Million Zivilisten und zwei Millionen Soldaten waren im Krieg ums Leben gekommen. Korea ist bis heute geteilt.

1953 war auch das Jahr, in dem der sowjetische Diktator Stalin starb. Er hatte während fast 30 Jahren die Sowjetunion dominiert. Stalins Nachfolger wurde Nikita **Chruschtschow**, der seine Regierung unter das Stichwort „**Entstalinisierung**“ stellte. Dies bedeutete: eine Öffnung der Gesellschaft und Wirtschaft, ein Abkommen vom stalinistischen Terror, weniger Konfrontation mit dem Westen. Im Hintergrund wurde die militärische Aufrüstung aber weiter betrieben. Die grösste Zuspitzung erhielt die militärische Aufrüstung dann 1962 in der **Kubakrise**.

Kubakrise

Im Oktober 1962 entdeckten amerikanische Aufklärungsflugzeuge, dass auf Kuba Abschussbasen für sowjetische Mittelstreckenraketen errichtet wurden. Die Sowjetunion wollte die Möglichkeit erhalten, die USA von einem Angriff genauso abzuschrecken, wie die amerikanischen Raketenbasen in der Türkei das bezweckten.

Präsident Kennedy verhängte eine Quarantäne über Kuba. Kein sowjetisches Schiff mehr sollte nach Kuba gelangen und die Sowjetunion die Raketenbasen abbauen. Vom 16. bis 28. Oktober stand die Welt am Rand eines Weltkriegs. Am 28. Oktober erklärte sich Chruschtschow zum Abbau der Raketen bereit und Kennedy verzichtete auf einen Angriff gegen Kuba sowie – von der Weltöffentlichkeit unbemerkt – auf die Raketenbasen in der Türkei. (Weltgeschichte, S. 249f.)



Nach der Kubakrise kam es zu einer Entspannung im Kalten Krieg. Es wurden Massnahmen ergriffen, damit ein Atomkrieg zwischen den Supermächten verhindert würde. So wurde eine direkte Nachrichtenverbindung zwischen Washington und Moskau eingerichtet („heisser Draht“). Paradoxerweise wirkte sich auch die weitere Aufrüstung letztlich friedenssichernd aus: denn als die Supermächte damit begannen, ihre U-Boote mit Atomraketen mit hoher Reichweite auszurüsten, erhielten sie beide die Fähigkeit, auf einen nuklearen Erstschlag des Gegners mit einem Gegenschlag zu reagieren. Es herrschte also ein **Gleichgewicht des Schreckens**.

Bereits 1964 wurde in der Sowjetunion Nikita Chruschtschow gestürzt. Seine Annäherung an den Westen war ihm zum Verhängnis geworden. Sein Nachfolger als Parteiführer wurde Leonid Breschnew. Für die Zeit unter Breschnew (1964–1982) wird üblicherweise von einer „Restalinisierung“ gesprochen. Die Spannungen zwischen den beiden Blöcken blieben aber zu Beginn vergleichsweise gering. Statt Spannungen zwischen den Blöcken gab es in dieser Zeit aber vermehrt **Spannungen innerhalb der Blöcke**: 1968 protestierte die Bevölkerung in Prag in der Tschechoslowakei und forderte eine politische Öffnung. Der **Prager Frühling** wurde von sowjetischen Truppen niedergeschlagen. Auch im Westen nahm der politische Protest zu. Die **Hippies** stellten sich gegen die bürgerliche Wohlstandsgesellschaft und protestierten gegen den durch die USA geführten Krieg in **Vietnam**. Nach 1968 setzte in vielen Ländern ein kultureller Wandel ein, der sich u.a. in einer Aufweichung der bestehenden Geschlechterordnung ausdrückte.

Ab 1964 bis 1975 führten die USA den **Vietnamkrieg**. Als Teil der früheren französischen Kolonie Indochina hatte Vietnam nach dem Zweiten Weltkrieg nach der Unabhängigkeit gestrebt. Die alliierten Siegermächte des 2. Weltkriegs bestimmten jedoch die Aufteilung in zwei Zonen: eine britische Zone im Süden und eine chinesische Zone im Norden. Auch Frankreich hatte weiterhin Interesse am rohstoffreichen Indochina und versuchte darum, seinen ehemaligen Kolonialbesitz ab 1946 militärisch zurückzuerobern. Sie verloren aber den Krieg gegen die für die Unabhängigkeit kämpfenden Truppen, die von China und der Sowjetunion unterstützt wurden. In den anschliessenden Friedensverhandlungen wurde erneut eine Teilung Vietnams durchgesetzt – in einen kommunistischen Norden und einen kapitalistischen Süden. Im Süden bildete sich darauf eine Oppositionsbewegung, die die Regierung zu stürzen drohte (Vietcong). Unter dem Vorwand, dass ein US-amerikanisches Militärschiff von nordvietnamesischen Truppen angegriffen worden sei, begann die USA dann ab 1964 einen äusserst brutal geführten Krieg gegen den Vietcong. Doch trotz der technologischen Überlegenheit konnte die USA den Krieg gegen den Vietcong nicht gewinnen. Es begann der Rückzug aus Vietnam und 1975 wurde Südvietnam definitiv von Nordvietnam eingenommen. Im Juli 1976 wurde die einheitliche Sozialistische Republik Vietnam gegründet, die bis heute besteht.

Weitere wichtige **Stellvertreterkriege** während des Kalten Kriegs waren der **Bürgerkrieg in Angola** (1975–2002), in dem sich die kommunistische, von der Sowjetunion und Kuba unterstützte Seite durchsetzen konnte, sowie der **Afghanistankrieg** (1979–1989). Hier waren 1979 sowjetische Truppen einmarschiert, um die kommunistische Regierung zu unterstützen. Diese

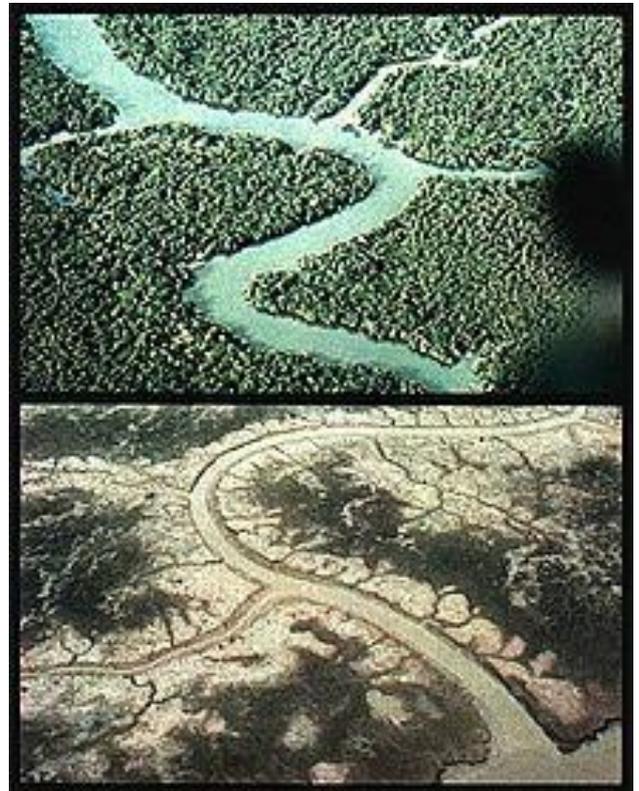


Abbildung 30: Mit Agent Orange entlaubter Dschungel in Vietnam



war durch die islamistischen Mujaheddin unter Druck geraten, die mit Unterstützung der USA, Pakistans und Saudi-Arabiens gegen die Regierung kämpften. Die Sowjetunion musste sich nach einem langen Krieg 1989 schliesslich aus Afghanistan zurückziehen, Afghanistan wurde dem sowjetischen Einflussbereich entzogen.

Auch die zahlreichen militärischen, politischen und geheimdienstlichen Interventionen der USA in Lateinamerika seit dem Zweiten Weltkrieg können als Stellvertreterkriege verstanden werden. Im Jahr 1948 wurde die Gründung der **Organisation Amerikanischer Staaten** (OAS, OEA) durch die USA veranlasst. Die USA wollten einen verstärkten Zugriff auf Lateinamerika durchsetzen, damit sich keine kommunistischen Regierungen dort festsetzen konnten. Der US-amerikanische Geheimdienst CIA war dann in zahlreichen politischen Umstürzen involviert, u.a. 1954 in Guatemala, 1964 in Brasilien und 1973 in Chile.

Das Ende des Kalten Kriegs

In den frühen 1970er-Jahren entspannte sich das Verhältnis zwischen den Blöcken und den beiden Supermächten weiter. Dafür waren unter anderem die **SALT**-Verhandlungen (Strategic Arms Limitation Talks) von 1972 verantwortlich, mit denen beide Seiten ihre atomare Rüstung begrenzten. In Osteuropa begannen sich – verursacht durch diese Entspannung – in dieser Zeit Bürgerrechtsbewegungen zu bilden, die sich der kommunistischen Führung widersetzen. Die Sowjetunion unterdrückte diese Bewegungen durch eine verstärkte Militärpräsenz. Dies bewirkte eine Reaktion der NATO, die ab 1979 hunderte neue Raketen in Westeuropa stationierte. Der Kalte Krieg lief damit erneut Gefahr, zu einem heissen Krieg zu werden. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979 verschärfte den Konflikt weiter. Die Verhandlungen über eine weitere Abrüstung zu Beginn der 1980er-Jahre scheiterten darum.

1985 übernahm Michail Gorbatschow die Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Gorbatschow leitete eine Öffnung der Sowjetunion und damit das Ende des Kalten Kriegs ein. Gorbatschow wollte, dass technische Neuerungen, auch aus anderen Ländern, in der Sowjetunion aufgenommen würden. Unter dem Schlagwort **Perestroika** forderte Gorbatschow eine Umgestaltung der Gesellschaft. Die Gesellschaft sollte demokratischer werden und die Menschen sollten sich besser verwirklichen können. Unter dem Schlagwort **Glasnost** forderte Gorbatschow eine neue Offenheit. Dies betraf auch die Politik, die transparenter und selbstkritischer werden sollte. Gorbatschow stellte damit das kommunistische System in Frage. Seine Politik war ein Eingeständnis, dass das liberale, kapitalistische Gesellschaftssystem des Westens – zumindest was die Wirtschaftsleistung betraf – erfolgreicher war.

Mit Gorbatschows Politik setzte ein tiefgreifender Wandel ein, der den Anfang vom Ende der Sowjetunion bildete. Auf der internationalen Ebene führte die neue Entspannungspolitik zum Erfolg bei **Abrüstungsverhandlungen**. Im Dezember 1987 einigten sich Gorbatschow und der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan darauf, alle atomaren Kurz- und Mittelstreckenrakete zu vernichten. Die Teilrepubliken der Sowjetunion begannen sich unter der neuen, offeneren Politik unter Gorbatschow der Vormachtstellung Moskaus zu widersetzen. Im Dezember 1991 wurde die Sowjetunion unter zunehmendem Druck aufgelöst. In den osteuropäischen Staaten hatten sich schon vorher starke Bürgerrechtsbewegungen gebildet. Sie traten nun stärker auf, weil eine militärische Intervention Moskaus unwahrscheinlich erschien.

Die Politik der Öffnung wirkte sich sehr symbolisch auch in Deutschland aus. Ab November 1989 wurden die Grenzen zwischen der DDR und der BRD geöffnet. Die



Abbildung 31: Fall der Berliner Mauer



Berliner Mauer wurde von Menschen gestürmt und in der Folge abgerissen (**Fall der Berliner Mauer**). 1990 kam es zur **deutschen Wiedervereinigung**: die DDR trat der BRD bei und die beiden Staaten vereinigten sich als Bundesrepublik Deutschland.

Mit der Auflösung der Sowjetunion endete der Kalte Krieg. Die Staaten Osteuropas näherten sich in der Folge dem westlichen Militärbündnissystem an. 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei. 2004 folgten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien und die Slowakei. Die Mehrzahl der ehemaligen Sowjetrepubliken verbündete sich nach der Auflösung der Sowjetunion in der **Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)**. Diese wurde durch Russland, die Ukraine und Weissrussland gegründet. Aserbaidschan, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan traten dem Bündnis kurze Zeit nach der Gründung ebenfalls bei (vgl. Karte unten).



Abbildung 32: Die Staaten der GUS. In Folge der zunehmend aggressiven Aussenpolitik Russlands haben Georgien (2009) und die Ukraine (2014) ihren Austritt aus der GUS erklärt.

Die Schweiz seit 1945

Für die Schweizer Politik des 20. Jahrhunderts war der Begriff der **Neutralität** prägend. Dies betraf nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Positionierung der Schweiz in den verschiedenen politischen Bündnissen. Obwohl wesentliche Unterorganisationen der Vereinten Nationen – gerade wegen der neutralen Position der Schweiz – in Genf ansässig sind, trat die Schweiz selbst erst 2002 der UNO bei. Auch bezüglich Europa legte die Schweiz im 20. und 21. Jahrhundert grosse Zurückhaltung an den Tag. 1992 lehnten die Schweizer StimmbürgerInnen einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum ab. Das Verhältnis der Schweiz zu Europa wird stattdessen über **bilaterale Verträge** geregelt, mit denen die Freizügigkeit des Personenverkehrs, die wissenschaftliche Zusammenarbeit und die Abschaffung innerer Grenzkontrollen (Schengen-Raum) festgelegt werden. Die Neutralität der Schweiz wird nicht nur vor diesem Hintergrund kritisch bewertet. Mit der Neutralität konnte die Zusammenarbeit mit Unrechtstaaten wie Südafrika während der Apartheid ebenso gerechtfertigt werden wie der Export von Waffen bei gleichzeitiger offizieller Enthaltung aus bewaffneten Konflikten.

Innerhalb der Schweiz war die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zeit der politischen Einheit. Die grossen Parteien einigten sich darauf, gemeinsam die Regierungsverantwortung zu übernehmen (**Konkordanz**). Eine solche Übereinkunft war möglich, weil die Schweizer Wirtschaft sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überaus positiv entwickelte. Das Wirtschaftswachstum war insbesondere durch die hohe Zahl von Gastarbeitern möglich, die in der Schweiz wenig gefragte Arbeiten ausführten. Nach der **Ölkrise** von 1973 setzte in der Schweizer Wirtschaft ein Strukturwandel ein. Die Industrie wurde verdrängt, stattdessen wurden Dienstleistungen im Bereich Banken, Versicherungen und Tourismus wichtiger für die Wirtschaft des Landes. Dieser Strukturwandel fand nicht nur in der Schweiz, sondern in den meisten industrialisierten Ländern statt.

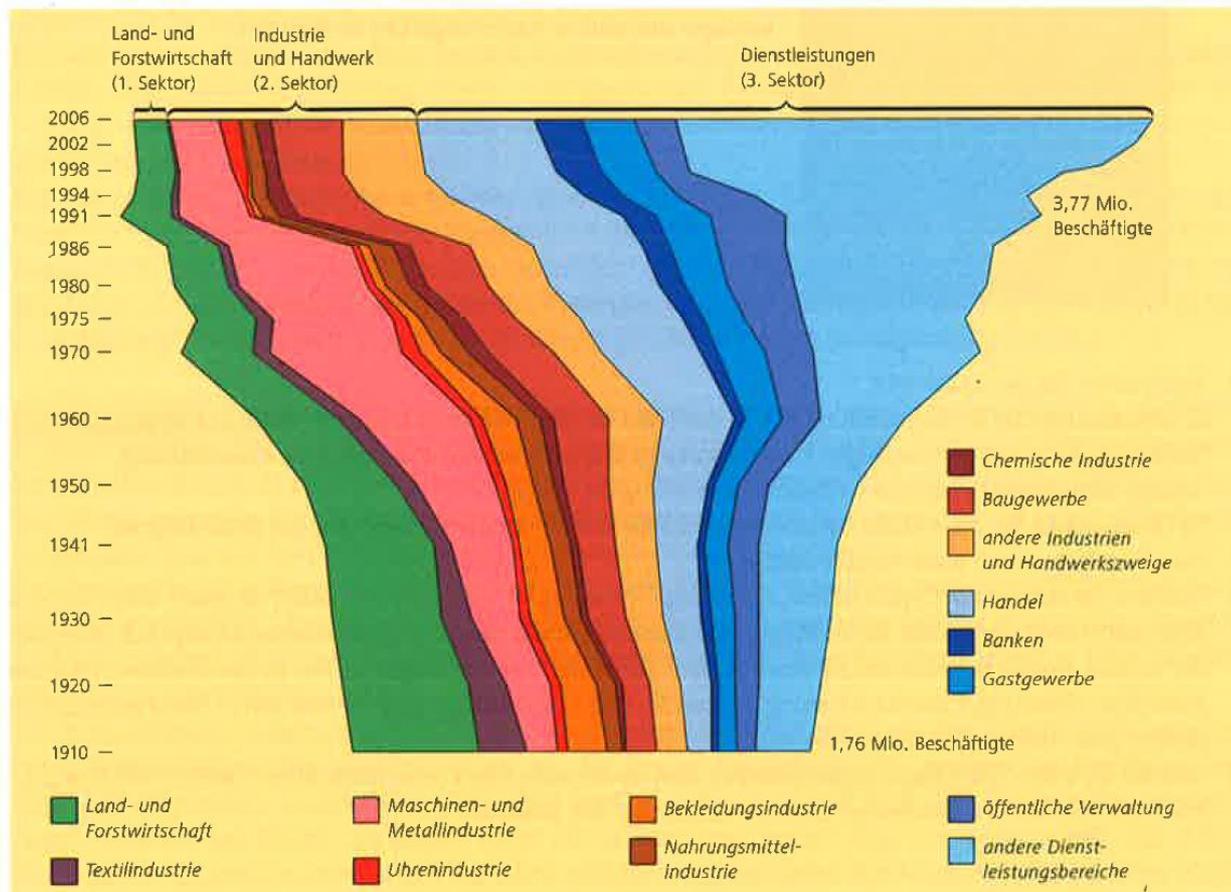


Abbildung 33: Strukturwandel der Schweizer Wirtschaft im 20. Jahrhundert

Der Kalte Krieg

Der Kalte Krieg prägte die Weltgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts enorm. Eine Bedrohung eines direkten atomaren Konflikts zwischen den Supermächten bestand vor allem während der Kubakrise 1962. In den 1980er-Jahren lud sich der Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion ein weiteres Mal auf, bevor die Auflösung der Sowjetunion 1991 den Kalten Krieg beendete. Im Kalten Krieg wurden zahlreiche Stellvertreterkriege geführt, in denen die Machtblöcke indirekt gegeneinander im Krieg standen. Der Prozess der Entkolonialisierung (vgl. Kap. 11) war ebenso durch den Kalten Krieg geprägt, denn in beiden Machtblöcken liess er die Furcht vor einer einseitigen Dominanz des jeweils anderen Blocks aufkommen.

Empfohlene Literatur zum Thema

SGB 4, S. 8–39 (Kalter Krieg); S. 40–119 (Schweiz seit 1945), S. 158–183 (Europäische Union), S. 184–221 (Osteuropa und Südosteuropa nach dem Kalten Krieg).

EDA: Die Schweiz im Kalten Krieg.

https://www.eda.admin.ch/content/dam/PRS-Web/de/dokumente/die-ch-im-kalten-krieg_DE.pdf [23.5.2017].

EDA: Die Schweiz seit 1989.

https://www.eda.admin.ch/content/dam/PRS-Web/de/dokumente/die-schweiz-seit-1989_DE.pdf [23.5.2017].

Bibliographie

Lehrmittel

SGB 4: Notz, Thomas et al.: Schweizer Geschichtsbuch 4. Zeitgeschichte seit 1945, Berlin: Cornelsen, 2008.

Weltgeschichte: Boesch, Joseph et al.: Weltgeschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart, Zürich: Orell Füssli, 2014.

ZfG 4: Beck, Dorothea et al.: Zeit für Geschichte, Bd. 4, Hannover: Schroedel, 2003.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 27: Geteiltes Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. SGB 4, S. 18.

Abbildung 28: Flagge der UNO.

https://de.wikipedia.org/wiki/Vereinte_Nationen#/media/File:Flag_of_the_United_Nations.svg [1.3.2017].

Abbildung 29: Kriegsverlauf im Koreakrieg. ZfG 4, S. 149.

Abbildung 30: Mit Agent Orange entlaubter Dschungel in Vietnam.

https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/2/28/Before_and_after_spraying_agent_orange.jpg/220px-Before_and_after_spraying_agent_orange.jpg [11.3.2017].

Abbildung 31: Fall der Berliner Mauer.

<http://www.ard.de/image/1330598/16x9/4788642088496785469/512> [23.5.2017].

Abbildung 32: Die Staaten der GUS.

<http://www.russland.ru/ruwir0010/images/gus5820031.jpg> [23.5.2017].

Abbildung 33: Strukturwandel der Schweizer Wirtschaft im 20. Jahrhundert. SGB 4, S. 45.



11. Die Entkolonialisierung

Phasen der Entkolonialisierung

Als Entkolonialisierung oder Dekolonisation wird der Prozess bezeichnet, im Laufe dessen die ehemaligen Kolonialgebiete der Kolonialmächte – vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg – zu unabhängigen Staaten wurden. Ein erster Schub der Entkolonialisierung hatte bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts stattgefunden, als die amerikanischen Kolonien Spaniens und Portugals unabhängig wurden. Dieser Prozess wird meist gesondert von der späteren Entkolonialisierung betrachtet.

- Die Länder des Nahen Ostens sowie Ost- und Südasiens wurden in einer **ersten Phase** der Entkolonialisierung während des Zweiten Weltkriegs oder kurz nach dem Zweiten Weltkrieg unabhängig.
- In einer **zweiten Phase** waren es dann die Staaten Nordafrikas, die von Beginn bis Mitte der 1950er-Jahre unabhängig wurden (Ausnahmen: Ägypten 1922, Algerien 1962).
- Als **dritte Phase** der Entkolonialisierung kann die Zeit ab 1957 bis Mitte der 1960er-Jahre bezeichnet werden, in der die Mehrzahl der schwarzafrikanischen (subsaharischen) Länder unabhängig wurde.
- Es dauerte dann noch einmal rund zehn Jahre, bis in einer **vierten Phase** auch die ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika zu eigenständigen Staaten wurden.
- Als **fünfte Phase** (nicht auf der Karte ersichtlich) kann die Auflösung der Sowjetunion und die folgende Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken nach 1991 beschrieben werden.

Der Prozess der Entkolonialisierung ist nicht abgeschlossen, denn es existieren immer noch abhängige Gebiete im Besitz Frankreichs (Französisch-Guyana, Guadeloupe, Martinique, Réunion), der USA (Puerto Rico, Guantánamo), Grossbritanniens (Falkland-Inseln, Cayman Islands, Gibraltar, Bermuda) oder Dänemarks (Grönland). Die Mehrzahl dieser Gebiete strebt allerdings eine Unabhängigkeit zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr an.

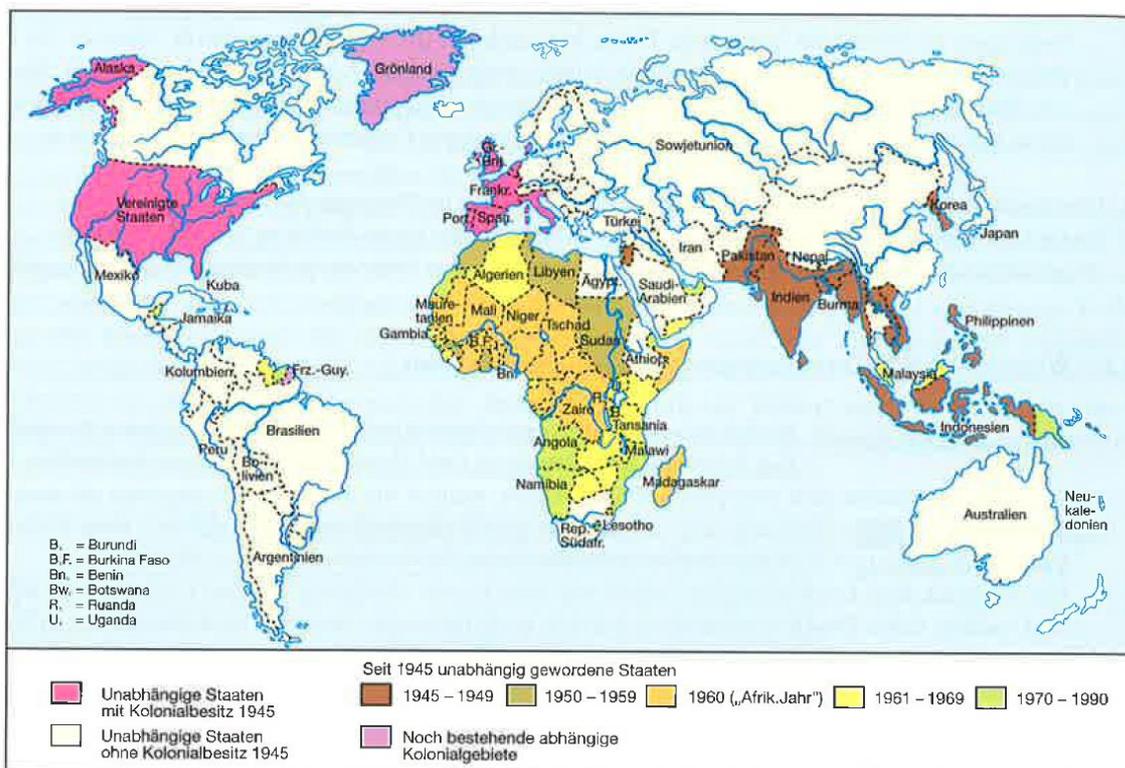


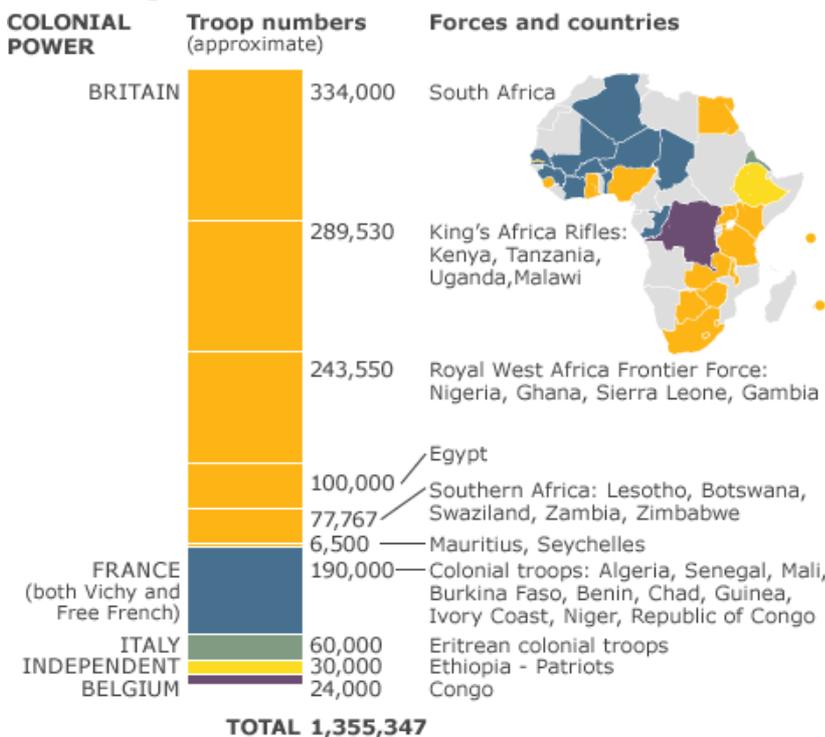
Abbildung 34: Entkolonialisierung 1945–1990

Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg

Die Vorgeschichte der Entkolonialisierung setzt nach dem Ersten Weltkrieg mit der Gründung des Völkerbunds ein. Dem Völkerbund wurden die früheren Kolonialgebiete des Deutschen Reichs und des Osmanischen Reichs als sogenannte **Mandatsgebiete** übertragen. Diese sollten offiziell auf eine baldige Unabhängigkeit vorbereitet werden. Die Verwaltung wurde in den meisten Fällen an Frankreich oder Grossbritannien übergeben. Weil beide Staaten nach dem Ersten Weltkrieg in den USA verschuldet waren, wurde die Unabhängigkeit möglichst lange hinausgezögert, um wirtschaftlich von den Gebieten profitieren zu können.

In den 1920er-Jahren erhielten Unabhängigkeitsbewegungen neuen Antrieb durch den **Kommunismus**: die russische Oktoberrevolution diente in den Kolonien als Vorbild. In Indien wuchs in der Zwischenkriegszeit eine starke Unabhängigkeitsbewegung heran, die die britische Herrschaft überwinden wollte, was vorerst aber nicht gelang. Auch in Indonesien versuchte man sich gegen die Kolonialherrschaft der Niederlande aufzulehnen. Ein Aufstand wurde aber 1926 durch die Kolonialmacht niedergeschlagen. Im französischen Indochina (Laos, Kambodscha, Vietnam) kam es während der Weltwirtschaftskrise zu Unruhen, weil der Reis- und Kautschukmarkt zusammengebrochen war. Auch diese Unruhen wurden von der französischen Kolonialmacht unterdrückt. In vielen Kolonialgebieten in Afrika und der Karibik kam es während der Weltwirtschaftskrise zu Streiks und Aufständen. Die Unabhängigkeitsbewegungen dieser Zeit wurden aber alle von den Kolonialmächten unterdrückt.

Africa's forgotten soldiers in WW2



Source: Fighting for Britain: African Soldiers in the Second World War, Spring 2010

Im **Zweiten Weltkrieg** wurden die Kolonien zu einem wichtigen Kriegsfaktor. Einerseits fanden Kämpfe in Kolonialgebieten statt. Afrika südlich der Sahara litt unter der Kriegswirtschaft der Kolonialmächte – Rohstoffe mussten zu festgesetzten niederen Preisen geliefert werden. Soldaten aus den Kolonialgebieten kämpften im 2. Weltkrieg für ihre Kolonialmächte. Dabei wurden bestehende koloniale Truppen – wie die *King's Africa Rifles* aus Britisch-Ostafrika – eingesetzt. Diese kämpften gegen Italien bei der Befreiung Abessinien 1941 und gegen Japan in Burma.

Abbildung 35: Afrikanische Soldaten im Zweiten Weltkrieg

Dieser teilweise erzwungene Kampf für die Kriegsziele der Kolonialherren brachte viele Kolonialvölker noch stärker gegen ihre Kolonialmacht auf. Der Kampf für die Unabhängigkeit erhielt neue Kraft auch aus der **Atlantikcharta**, in der Grossbritannien und die USA 1941 ein zukünftiges Selbstbestimmungsrecht der Nationen erklärten. Nach dem Kriegsende wurde dieses Versprechen jedoch nur auf Druck aus den Kolonialgebieten zögerlich umgesetzt.

Verlauf der Entkolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg

Die bisherigen französischen Mandatsgebiete Syrien und Libanon sowie das bisherige briti-

sche Mandatsgebiet Jordanien wurden bereits während des Zweiten Weltkrieg bzw. kurz danach unabhängig. 1947 folgten die früheren britischen Kolonien Indien, Pakistan, Myanmar und Sri Lanka.

Fallbeispiel 1: Die Unabhängigkeit Indiens und Pakistans

Die heutigen Staaten Indien und Pakistan waren von Mitte des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts Bestandteil der Kolonie Britisch-Indien. 1885 wurde mit britischer Hilfe in Indien eine Partei gegründet – der **Indian National Congress**. Diese Partei sollte eine stärkere Einbindung der gebildeten indischen Oberschicht in die Politik ermöglichen. Unter der Führung des Anwalts **Mahatma Gandhi** wurde der Indian National Congress nach dem 1. Weltkrieg zu einer Partei, die sich für die Unabhängigkeit von Grossbritannien einzusetzen begann. Der Widerstand verlief dabei mehrheitlich gewaltlos, wie während des **Salzmarsches** von 1930, mit dem Gandhi und seine Anhänger symbolisch gegen das von Grossbritannien beanspruchte Salzmonopol verstiesen. Zwar wurden Gandhi und seine Mitstreiter in der Folge inhaftiert, doch dies verhalf dem Indian National Congress nur zu weiterer Popularität.

Im Zweiten Weltkrieg erklärte der in Indien herrschende britische Vizekönig 1940 den Kriegseintritt auf Seiten der Alliierten. 2.5 Millionen Inder kämpften für Grossbritannien an verschiedenen Orten. Massenunruhen während des Kriegs wurden niedergeschlagen. Nach dem **Ende des Kriegs** kam es dann zu einer Wende. In Grossbritannien kam die linke **Labourpartei** an die Macht. Diese war gegenüber der Kolonialpolitik kritisch eingestellt und erklärte sich bereit, Indien in die Unabhängigkeit zu entlassen. So wurden die Vorbereitungen für die Unabhängigkeit vorangetrieben.

Indien war religiös nicht einheitlich. Die Mehrheit der Menschen waren Hindus, aber eine beträchtliche Minderheit waren Muslime. Viele Muslime waren der Idee eines indischen Gesamtstaats gegenüber kritisch eingestellt, weil sie in einem solchen eine Unterdrückung durch die Hindus befürchteten. Als Gegenbewegung zum INC organisierten sich die Muslime darum in der **Muslim-Liga**. Als sich Grossbritannien 1947 aus Indien zurückzog, setzten Kämpfe zwischen den Muslimen und den Hindus ein. Die Gegensätze zwischen den beiden Religionsgemeinschaften führten dazu, dass auch Grossbritannien für eine **Zweistaatenlösung** eintrat und diese wurde dann auch umgesetzt. Die Konflikte zwischen den neu entstandenen Ländern Indien (hinduistisch) und Pakistan (muslimisch) bestimmten das ganze 20. Jahrhundert und dauern bis heute an. Der Prozess der Entkolonialisierung prägt die Region bis heute – der Konflikt zwischen Indien und Pakistan scheint noch lange nicht überwunden zu sein.

In Afrika zeigten sich die Kolonialmächte zu diesem Zeitpunkt noch weniger bereit, ihre Kolonialgebiete in die Unabhängigkeit zu entlassen. Sie rechtfertigten dies mit der angeblichen „Unterentwicklung“ Afrikas: Afrika wurde als unfähig betrachtet, sich selbst zu regieren. Eine neue Form von Kolonialherrschaft wurde eingeführt, die das Ziel verfolgte, die afrikanischen Länder wirtschaftlich zu entwickeln. Dies geschah auch vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs: es bestand die Furcht, dass unabhängige Länder kommunistisch werden würden. Doch in der internationalen Politik begannen sich in dieser Zeit die Bedingungen zu verändern. Dafür waren vor allem die **Vereinten Nationen** von Bedeutung, wo die bereits unabhängigen Staaten sich für die Fortführung der Entkolonialisierung einzusetzen begannen. Ideell konnten sich die Unabhängigkeitsbewegungen auf die 1948 erklärten Menschenrechte (**Allgemeine Erklärung der Menschenrechte**) stützen.

In der Folge wurde – als erste Kolonie im subsaharischen Afrika – Ghana 1957 von Grossbritannien unabhängig. Es folgte eine Reihe weiterer Staaten und bis 1966 errangen mit Ausnahme der portugiesischen Kolonien alle afrikanischen Staaten die Unabhängigkeit. Doch mit der Unabhängigkeit waren die Probleme nicht gelöst. Der afrikanische Kontinent war in der

zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt von Bürgerkriegen, Diktaturen, Krisen und Hungersnöten. Für diese Instabilität verantwortlich gemacht wird oft, dass die modernen europäischen Strukturen, die in diesen Ländern aufgenommen wurden, nicht mit den lokalen Gesellschaftsformen in Einklang waren. Besonders wichtig ist aber auch, dass die Kolonialmächte ihre ehemaligen Kolonien weiterhin wirtschaftlich stark an sich banden und ihre eigenen Interessen durchzusetzen versuchen. Das Beispiel des Kongo verdeutlicht dies.

Fallbeispiel 2: Die Unabhängigkeit des Kongo

Der Kongo war im Zeitalter des Imperialismus zu einer Kolonie des belgischen Königs und später des belgischen Staats geworden (vgl. Kap. 5). Im Zweiten Weltkrieg wurde der Kongo wie viele andere Kolonien in die Kriegswirtschaft miteinbezogen. Das Uran für die US-amerikanischen Atombomben, die in Japan zum Einsatz kamen, kam aus der rohstoffreichen Provinz Katanga im südlichen Kongo.

Die Unabhängigkeit von Belgien erreichte der Kongo **1959** – zu einem Zeitpunkt also, zu dem viele andere Staaten im subsaharischen Afrika ebenfalls unabhängig wurden. Wie im Fall Indiens war auch für die Unabhängigkeit des Kongo ein politischer Meinungswechsel im „Mutterland“ von Bedeutung. Die belgische Bevölkerung unterstützte in den 1950er-Jahren die Kolonialpolitik nicht mehr, zudem setzten die Entkolonialisierungsbestrebungen anderer europäischer Länder Belgien unter Druck. Nachdem Belgien dem Kongo 1959 die Unabhängigkeit gewährt hatte, wurde **Patrice Lumumba** zum ersten Ministerpräsidenten des Landes. Die Verhältnisse waren aber sehr instabil. Belgische Bergbaukonzerne beherrschten weiterhin die rohstoffreichen Gebiete. Als Lumumba damit drohte, die Sowjetunion um Hilfe zu bitten, um die belgischen Konzerne aus dem Land zu vertreiben, führte das kongolesische Militär unter **Joseph Mobutu** – mit der Unterstützung Belgiens und der USA – einen **Putsch** gegen Lumumba durch. Lumumba wurde abgesetzt und kurze Zeit später erschossen.

Der Militärführer Mobutu errichtete im Kongo eine Diktatur und gab dem Land einen neuen, „afrikanisierten“ Namen: Zaïre. Mobutu blieb bis 1997 an der Macht, bevor er durch Laurent Kabila, einen Rebellenführer aus dem Nachbarland Ruanda, gestürzt wurde. Nach Kabilas Machtübernahme setzte ein weiterer internationaler Konflikt um Bodenschätze wie Diamante, Gold, Erdöl und Uran ein. Die Konflikte gehen bis heute weiter.

Auf den Kongo trifft, wie auch auf andere afrikanische Länder, die These eines **Rohstoff-Fluchs** zu. Diese besagt, dass rohstoffreiche Länder besonders gefährdet für die Einflussnahme und Ausbeutung durch nationale und internationale Konzerne und andere Länder sind. So bewirkt die auf den ersten Blick positive Voraussetzung eines Reichtums an Rohstoffen für Länder wie den Kongo, Nigeria, Sierra Leone, Liberia, Angola und Tschad eine ständige Gefahr der politischen und wirtschaftlichen Einmischung.



Abbildung 36: Coltan-Mine im Kongo. Coltan ist ein wichtiger Rohstoff für den Bau von Mobiltelefonen



Die Entkolonialisierung

Wie der Kalte Krieg prägte auch die Entkolonialisierung die Weltgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei entwickelte sich die Entkolonialisierung gerade im Konfliktfeld des Kalten Krieges. Eine wichtige Grundlage für die Unabhängigkeitsbewegungen bildeten die Vereinten Nationen und das Konzept der Menschenrechte. Unabhängigkeitsbewegungen beeinflussten sich gegenseitig, weshalb sich in der Entkolonialisierung Phasen ausmachen lassen. Mit der Entkolonialisierung wurde die Ausbeutung vielfach nicht beendet – stattdessen ging die wirtschaftliche Ausbeutung ehemaliger Kolonien in anderer Form weiter. Die Folgen der Kolonialzeit sind darum auch heute noch nicht überwunden.

Empfohlene Literatur zum Thema

SGB 4, S. 120–157.

Bibliographie

Lehrmittel

SGB 4: Notz, Thomas et al.: Schweizer Geschichtsbuch 4. Zeitgeschichte seit 1945, Berlin: Cornelsen, 2008.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 34: Entkolonialisierung 1945–1990. SGB 4, S. 124.

Abbildung 35: Afrikanische Soldaten im Zweiten Weltkrieg. http://newsimg.bbc.co.uk/media/images/46684000/gif/46684746_africa_soldier_ww2_466.gif [11.3.2017].

Abbildung 36: Coltan-Mine im Kongo. http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/wdr/coltan-mine-ostkongo-106~v-standard368_307a68.jpg [23.5.2017].

Literatur zur Vertiefung

Zur Vertiefung der Themen und zur Vorbereitung auf die mündliche Prüfung ECUS und ETH wird die Arbeit mit folgender weiterführender Literatur empfohlen.

Lehrmittel

SGB 1: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 1. Von der Urgeschichte bis zur Frühen Neuzeit, Berlin: Cornelsen, 2011.

SGB 2: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 2. Vom Absolutismus bis zum Ende des des Ersten Weltkriegs, Berlin: Cornelsen, 2010.

SGB 3: Gross, Christophe et al.: Schweizer Geschichtsbuch 3. Vom Beginn der Moderne bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, Berlin: Cornelsen, 2009.

SGB 4: Notz, Thomas et al.: Schweizer Geschichtsbuch 4. Zeitgeschichte seit 1945, Berlin: Cornelsen, 2008.

Prüfung ECUS

A1 Humanismus, Renaissance und Reformation (15. bis 16. Jahrhundert)

SGB 1, S. 178–183, 196–213, 216–244

A2 Aufklärung und Französische Revolution (18. Jahrhundert)

SGB 2, S. 6–35, 86–115

A3 Liberalismus und Nationalismus im 19. Jahrhundert. Zwei Beispiele: Italien und Deutschland

SGB 2, S. 176–202

A4 Die industrielle Revolution (Ende des 18.Jh. bis zu Beginn des 20.Jh.)

SGB 2, S. 206–253

A5 Europa in der Krise: vom ersten zum zweiten Weltkrieg (1914 bis 1945)

SGB 2, S. 298–319

SGB 3, S. 60–77, 174–213, 246–265

A6 Der „Kalte Krieg“ (1945 bis 1990)

SGB 4, S. 8–39

A7 Der Aufbau von Europa: vom Ende des zweiten Weltkrieges bis heute

SGB 4, S. 158–183

A8 Die Entkolonialisierung seit 1945

SGB 4, S. 120–157

B1 Entstehung der Eidgenossenschaft (ab 1250) bis Marignano (1515)

SGB 1, S. 140–158

B2 Von Marignano bis zum Untergang des Ancien Régime

SGB 1, S. 216–256. SGB 2, S. 116–121

B3 Die Schweiz im 19. Jh. (1798–1914)

SGB 2, S. 116–170

B4 Die Schweiz im 20. Jahrhundert (1914–heute)

SGB 2, S. 165–170

SGB 3, S. 214–245, S. 266–298

SGB 4, S. 40–119

Die Themen von **Teil C (Recht)** sind nicht Bestandteil des Skripts Geschichte.

Prüfung ETH

Renaissance:

SGB 1, S. 178–195

Reformation:

SGB 1, S. 196–213, 216–244

Amerikanische Unabhängigkeit:

SGB 2, S. 48–69

Französische Revolution:

SGB 2, S. 27–34, 86–114, 191–194

Schweizer Revolutionen:

SGB 2, S. 116–151

Industrialisierung und Soziale Frage:

SGB 2, S. 206–230

Imperialismus:

SGB 2, S. 254–295

Der Erste Weltkrieg:

SGB 2, S. 298–317

SGB 3, S. 60–77

Die Russischen Revolutionen:

SGB 3, S. 78–106

Die USA nach dem Ersten Weltkrieg:

SGB 3, S. 122–147

Totalitarismus:

SGB 3, S. 107–121, 174–213

Der Zweite Weltkrieg:

SGB 3, S. 246–265

SGB 4, S. 10–13

Die Bipolarisierung der Welt (der kalte Krieg):

SGB 4, S. 8–39

Die Dritte Welt:

SGB 4, S. 120–157

Die Schweizer Neutralität:

SG 2, S. 142–175

SG 3, S. 214–245, 266–298

SG 4, S. 94–119

Aktuelle Krisenherde des 20. /21. Jahrhunderts weltweit (z.B. Nahostkonflikt):

SGB 4, S. 266–348